

64

März/Apr '97
11. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.

Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin

Titelthema: Tel./Fax: 030 5511 62 49

Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Ausstellung

**"Vernichtungskrieg-
Verbrechen
der Wehrmacht
1941 bis 1944"**

Weitere Themen:

Die Wewelsburg

Geschichte einer
SS-Kultstätte
(Teil 2)

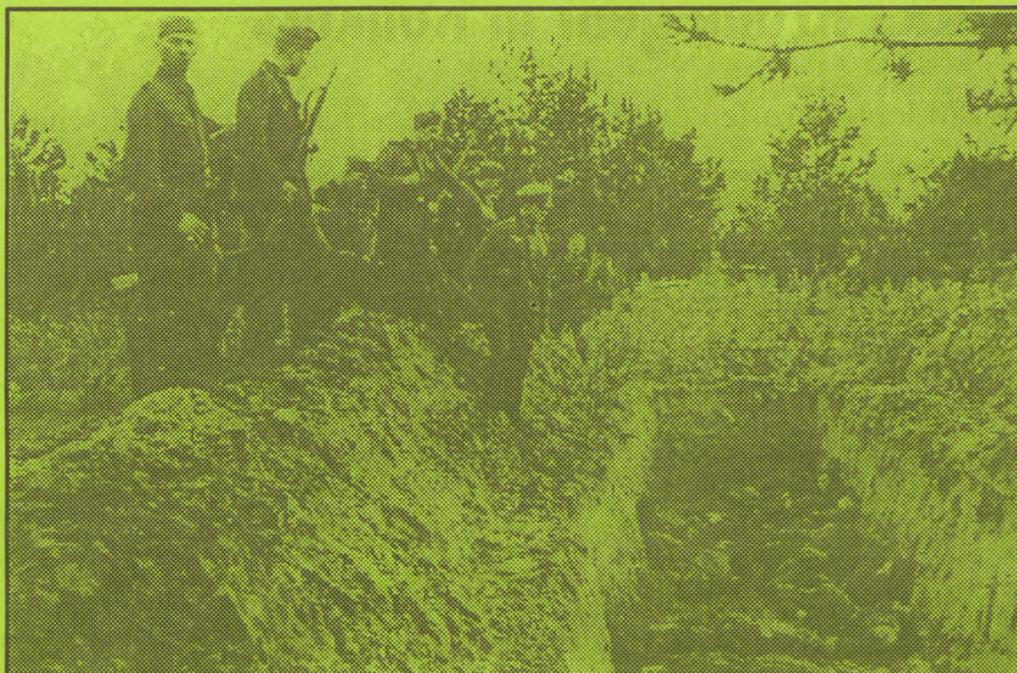
Neonazis

- Fascho-Strukturen
im Kreis
Recklinghausen

- Nazi-Mörder
Thomas Lemke

Türkei

Prozeß zum
Mordfall Göktepe



Deutsche Soldaten bei Massenerschießungen im Ostfeldzug

Foto: Ausstellungskatalog

"Tapferste aller Armeen"



Wurden sie völkerrechtlich erlaubt aufgeknüpft? Oder handelt es sich um ein Verbrechen? Foto: Katalog

Inhalt

*Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 75611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787*

**3 Editorial
Berichte**

- 4 Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944
- 6 AFB-Mitglied in Abschiebehaft
- 13 Keinen Fußbreit den Faschisten - Veranstaltung der Antifa - Koordination Kreis RE
- 20 Veranstaltung des AFB RE zum 30. Januar 1933
- 28 Marxloher Aktionseinheit gegen Polizeiübergriffe
- 30 Prozeß gegen die Jugendlichen von Manisa beendet
- 31 Prozeß im Mordfall Göktepe - Berichte einer Beobachterin

Dokumentationen

- 7 Die Wewelsburg - Geschichte einer Kultstätte Teil 2
- 21 Dokument faschistischer Gewaltbereitschaft - "An alle zecken usw..."
- 26 An die LeserInnen der AntifaZ (Neue Demokratische Jugend - Kommission)

Kommentare

- 23 Gerichtsverfahren gegen Lemke: Kein rechtsextremer Hintergrund ?
- 24 Diesner, Lemke - Psychopathischer Einzeltäter ?
- 25 Newroz und die Kurden

35 Leserbrief

Material

- A Der Name des Krieges gegen das Volk ist Konterguerilla - Teil 2
- G Der Rechtshilfeverein Azadi stellt sich vor
- H Prison Watch International gegründet

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Hemer Str. 43
45657 Recklinghausen
Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung
montags, ab 20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Kto.-Nr.: 334 01 027
Stichwort: AntifaZ
Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
Druck: Emek Essen

Redaktionsschluß für Nr. 64: 24.2.97

EDITORIAL

Diese Nummer erscheint spät - wir wollten die **Veranstaltung der Antifa-Koordination des Kreises Recklinghausen am 1. März über die dortigen Nazi-Strukturen** noch unterbringen. Dazu - neben zahlreichen Schnappschüssen - die Referate über Dorsten, Herten und Recklinghausen in dieser Nummer ... und ein Brief, der bei uns kurz vor der Veranstaltung eintraf, gerichtet an "alle zecken usw.", den wir trotz einiger Aufschneiderei nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Wir sind auch mal wieder reichlich mit Material "gesegnet" und standen vor der qualvollen Wahl. Ich fange da an, wozu wir gern etwas gesagt hätten, aber nicht haben.

Einer unserer Redakteure war die ganze Woche über vor Ort, als mit **einem Polizeiaufgebot wie nie zuvor in dieser Republik die Endlagerung von hochradioaktivem Abfall im Landkreis Lüchow-Dannenberg gegen die dortige Bevölkerung durchgesetzt wurde**. Er hat es so schnell nicht geschafft, seine Eindrücke in Worte umzusetzen.

Das Thema "Verhältnis der Geschlechter" - zum internationalen Frauentag fällt es uns mal wieder auf - wird von uns immer noch stiefväterlich behandelt. Als Mann möchte ich darüber hier nicht spekulieren.

Eine Fortsetzung über den Lübecker Prozeß, wo nach Befragen aller im Brandhaus im 1. Stock wohnhaft gewesenen Flüchtlinge, die von dem Brand zunächst nur Rauch mitbekommen haben, auch gerichtsnotorisch ist, daß das Feuer nicht, wie von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Stützung ihrer Anklage gegen Safwan Eid behauptet, im ersten Stock entfacht worden sein kann, haben wir diesmal nicht geschrieben.

Das Dortmunder Lesepublikum wird auch etwas zum **Hungerstreik der von Abschiebung bedrohten kurdischer Familien Serin und Yildirim**, die durch die Kriegshandlungen des türkischen Staates gegen das kurdische Volk jeweils zahlreiche Angehörige zu beklagen haben, vermissen, der inzwischen einen gewissen Erfolg erzielt hat und daher beendet wurde - der Landesinnenminister Kniola erklärte, nichts gewußt zu haben von dem, was sich in seinem Lande tut, und wies die Ausländerbehörden an, einstweilen keine Maßnahmen gegen diese beiden Familien zu ergreifen. Wir wünschen ihnen ein gutes Newrozfest. Anders noch **in Nottuln, wo das polizeiliche Räumen einer Kirche von Asylsuchenden offenbar auf grün-"rotem" Konsens auf Landesebene beruhte** was z.B. die Dortmunder Kreisleitung der Grünen sehr erbost hat.

Zur von DIDF initiierten, aber vielen Gruppen aufgegriffenen bundesweiten Kampagne gegen die von Kanther eingeführten Kinderpässe für Nicht-EG-Ausländer, die auch zahlreiche Familien in Bedrängnis bringt, deren Kinder hier geboren sind, haben wir auch nichts geschrieben. Eine hier aufenthaltsberechtigte Mutter, die mit ihrem in Deutschland geborenen Kleinkind einen Besuch etwa in ihrer türkischen oder afrikanischen Heimat macht, muß danach befürchten, ihr Kind nicht wieder nach Deutschland mitbringen zu können. Ist das vielleicht das "Schleperunwesen", dem er zu Leibe rücken wollte?

Auf Eis gelegt auch die Fortsetzung der Goldhagen-Analyse und das Weiterspinnen am Faden über die Unheimlichkeiten des Nazi-Faschismus. (Erste liegt immerhin vor.)

Was steht denn nun drin in diesem Heft? Hauptthema ist diesmal **der über Jahrzehnte gehegte und gepflegte Mythos von der "sauber" gebliebenen Wehrmacht**, der durch eine Wanderausstellung für viele erkennbar arg ins Bröckeln geraten ist und dessen Verfechter insbesondere aus dem Nazi-Lager unter den Fittichen eines CSU-Rechtsaußen aus dem Gau München versucht haben, durch eigene "Heerscharen" den Stein ihres Anstoßes wegzutreten, und nur durch ein massives Polizeiaufgebot davor bewahrt wurden, die Prügel zu bekommen, die sie verdient haben. Wie wirr mag es wohl in einem Kopf aussehen, dessen Träger sich sogar dazu versteigt, in einer solchen Ausstellung gar einen "Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk" zu erblicken, wie es besagter Peter Gauweiler tut? Hofft er, als ein teutscher Jörg Haider unter seinen von "Prosecco und Wachtelbrüstchen" angeekelten Volksgenossen sich ins rechte Lumpenlicht rücken zu können? Denn selber glauben wird er ja wohl solchen Blödsinn nicht können. Oder?

Was soll man eigentlich denen noch erklären, die immer noch meinen, die Litanei von den "unpolitischen Einzeltätern", die aus bloß sexuellem Frust "Odins Befehlen" folgen, herbeten zu müssen? Lest dazu die beiden Kommentare.

Ich kann und will hier nicht alles ansprechen. Erwähnt werden soll aber zumindest noch die AFB-Veranstaltung mit Heinz Junge aus Dortmund, dessen Lebensbericht über seinen und den Widerstand so vieler anderer unter dem Nazi-Regime und in den KZs manch eine(n) von uns stark beeindruckt hat.

Mit den vielen Sachen, die wir diesmal dennoch untergebracht haben, strapazieren wir möglicherweise bei etlichen unserer Leserinnen und Leser das Augenlicht. Dieses Vorwort möge als eine kleine Einübung in den Umgang mit der Lupe dienen. Trotz alledem - es wünscht Euch allen ein den Widerstand beflügelndes Lesen im Namen der AntifaZ-Redaktion

KD

VERNICHTUNGSKRIEG

Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944

Alte und junge Nazis, Deutschnationale vom Schlage eines Herrn Gauweiler, stramm Nationale aus CSU und CDU - in den vergangenen Wochen hat sich in seltener Deutlichkeit gezeigt, daß in Deutschland der Kern einer neuen "Front" der Kriegstreiber, Antidemokraten und Faschisten entstanden ist. An der Spitze des Staates repräsentiert durch Kohl und Kanther, auf kommunaler Ebene betrieben von Teilen von CDU und CSU, wird die politische Aktionseinheit mit den Zielen der Faschisten nicht mehr nur propagiert, sondern auf der Straße und in aller Öffentlichkeit in die Tat umgesetzt.

Dem Versuch von 5000 Faschisten und Nationalisten, in München am 1. März gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht" 1941 bis 1944" unter dem Motto "Unsere Großväter waren keine Verbrecher" waren Aufrufe von NPD, JN und der Münchener CSU vorangegangen. Die Faschisten hatten wochenlang bundesweit über ihre Info-Telefone mobilisiert.

Die Demonstration wurde nicht verboten, sie wurde von einem breiten Bündnis der AntifaschistInnen verhindert!

Zum Schluß waren es wohl 12.000 Menschen, die sich nach anfänglicher Uneinigkeit zusammenschlossen; sie kesselten die Faschisten-Demo ein und zwangen sie nach mehreren Stunden zum Rückzug.

Auch die in voller Kampfausrüstung angerückten USKs der Polizei konnten den Faschisten den Weg nicht freiknuppeln.

Anfangs gab es zwei antifaschistische Demonstrationen: Rund 7000 folgten dem Aufruf einer von 40 Organisationen gebildeten **Aktionseinheit**, weit über 1000 folgten einem Aufruf der **Antifaschistischen Aktion**. Außerdem hatten SPD, FDP und DGB zu einer Kundgebung aufgerufen, an der sich ebenfalls Hunderte beteiligten.

Auch in anderen Städten hatten Faschisten und Nationalisten gegen die Ausstellung mobil gemacht, in Bremen war es vor allem die örtliche CDU, die gemeinsam mit Altnazis eine wochenlange Hetze veranstaltete, um die Ausstellung zu verhindern.

Doch die Front der Antidemokraten wurde in ihre Schranken verwiesen - ihre Hetze führte im Gegenteil dazu, daß die Ausstellung auf ein immer stärker werdendes bundesweites Interesse stieß.

Im Ergebnis kann schon jetzt gesagt werden, daß sie den Mythos der "schuldlosen" Wehrmacht, der seit Jahrzehnten in Deutschland aufgebaut worden war, gründlich zerstört hat.

Anfängliche Versuche der **Bundeswehrführung**, sich mit nationalen Positionen in die Front der Ausstellungsgegner einzureihen, wurden inzwischen weitgehend eingestellt.

Die Presse nahm überwiegend eindeutig gegen die Verbrechen der Wehrmacht Stellung und wies ihr den ihr zukommenden Platz als Instrument des Faschismus im Vernichtungskrieg und bei der Vernichtung jüdischer Bevölkerung zu.

Kein einziger aus der 'revisio-
nistischen' Historikerzunft
wagte es auch nur

ansatzweise, die vorgelegten Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit der Ausstellungsmacher in Zweifel zu ziehen.

Im Vorwort zur Dokumentation der Ausstellung schreiben **Hannes Heer** und **Klaus Naumann**:

"Der Krieg, den Hitler mit dem Tag seiner Machtübernahme vorzubereiten begann, konnte nach seinem Selbstverständnis zur ein Vernichtungskrieg sein, das heißt, er würde mit der Ausrottung des 'jüdischen Bolschwismus' und der endgültigen Besetzung der landwirtschaftlich und industriell entwickelten Teile seines Territoriums enden. Daß er dazu benutzt würde, auch die Vernichtung der zentraleuropäischen Juden ins Werk zu setzen, war klar, unklar waren die Methoden. Insofern ist es richtig, den Krieg im Osten als den 'eigentlichen Krieg' Hitlers zu bezeichnen und den Kriegsbeginn auf 1941 zu datieren.

Die bewaffneten Überfälle auf Polen, Frankreich und Skandinavien dienten nur seiner logistischen, ökonomischen, politischen Vorbereitung und rundeten die vorher erfolgten unbewaffneten Annexionen ab.

In den sogenannten 'verbrecherischen Befehlen', die dem Feldzug vorausgingen, wurden die

Opfergruppen für die Wehrmacht klar definiert: Kommissare waren zu erschießen, den Kriegsgefangenen wurde ihr international geschützter Status verwehrt, die Zivilbevölkerung verfiel als partisanenverdächtig dem Terror der Besatzer, die Juden wurden zwar den Einsatztruppen übereignet, aber die Wehrmacht war über jeden Schritt des Vernichtungsprogramms unterrichtet und übernahm es, dessen Prolog zu organisieren, der Abschluß der Judenvernichtung durch die Einsatztruppen sollte - wie die physische Dezimierung der slawischen Völker durch eine Besatzungsverwaltung - nach dem zu erwartenden Feldzug erfolgen. Als das scheiterte, wurde mit der sofortigen Durchführung der Vernichtungsprogramme unter weitgehender Einbeziehung der Wehrmacht begonnen. (...)

Es fällt schon bei der Analyse der Grundsatzbefehle für das 'Unternehmen Barbarossa' auf, daß diese weniger militärische Befehle im Sinne von Anordnungen, Regeln, Sanktionen

darstellen, sondern über weite Strecken eher Argumentationshilfen sind. Die Zahl dieser 'Befehle' nimmt in dem Maße zu, wie die ursprünglich definierten Gegnergruppen erweitert werden und Menschen ins Visier der Genickschützen und Flammenwerfer geraten, die nach den Standards der herkömmlichen abendländischen Moral von der Anwendung gesteigerter Gewalt auszunehmen sind - Kranke, alte Menschen, Frauen und insonderheit Kinder."

Die Dokumentation ist in fünf Hauptabschnitte gegliedert: Verbrechen, Formationen, Krieger und Kriegerinnen, Tribunale und Erinnerung.

Darin besteht das einzigartige Verdienst dieser Ausstellung: Sie versucht, einen komplexen Erklärungszusammenhang vorzustellen bzw. Fragen aufzuwerfen, die weit über die 'reine' Dokumentation von Kriegsverbrechen hinausgehen.

Sind die Belege - Bilder, Befehle, Briefe und Dokumente über die Verbrechen der Wehrmacht -, schon für sich genommen, 'beweiskräftig', so liegt u.E.

ihre eigentliche Leistung in dem differenzierten Versuch, auch herauszufinden, wie dieser Krieg von den Handelnden, den "Landsern", betrieben wurde. Klaus Latzel analysiert z.B. in dem Kapitel "Tourismus und Gewalt" Feldpostbriefe, die von Soldaten an der Front in die "Heimat" geschickt wurden. Ein Beispiel:

"Um eure begreifliche Neugier zu stillen will ich euch sagen, daß ich eine sehr weite Reise, nämlich bis bald an die russische Grenze (...) hinter mir habe, wir sind ohne Übertreibung durch halb Europa kutschiert. Wieder strömten viele neue Eindrücke auf einen ein, und wieder lernt man vieles Neues und Interessante kennen. Meine ganze Militärzeit ist ja bald eine einzige 'Studienreise' gewesen."

In der Auswertung einer Vielzahl solcher Briefdokumente verdichtet sich der beklemmende Eindruck, daß "unsere Großväter" keine "Verbrecher" in dem Sinne waren, daß sie ihr kriegerisches Handeln subjektiv als verbrecherisch empfanden,



daß aber wohl der größte Teil der Landser durchaus im Hochgefühl des deutschen Herrenmenschen die Tötung der slawischen "Untermenschen" ohne jegliches Gefühl von Schuld praktizierte.

Auch in dem Kapitel "Der entleerte Blick hinter der Kamera" von **Bernd Hüppauf** werden Untersuchungen angestellt, die neue Fragen aufwerfen. Hüppauf arbeitet vor allem heraus, daß die Amateurphotographien, die entgegen der Befehle Erschießungen, Erhängen und andere Greuel im Foto 'festhielten', eine besondere "Beteiligungslosigkeit und Entleiblichung des Blicks" offenkundig werden lassen. Er schreibt:

"Es gibt zahlreiche Fotos von nackten Menschen vor den Grubenrändern bei Massenerschießungen oder von nackten Frauen, die eine 'Straße' im Lager Auschwitz hinuntergehetzt werden. Unter den Fragen, die

diese Aufnahmen nahelegen, ist die nach der Person hinter der Kamera besonders bestürzend. Wer kann angesichts solcher Entwürdigung des Menschen die Kamera zücken? Die moralische Frage ist gleichzeitig eine ästhetische. Frage: Was haben diese Fotografen eigentlich gesehen, daß sie in der Lage waren, ein solches Geschehen im Leben zu einer Szene für die fotografische Abbildung zu machen? Wie haben diese Fotografen gesehen? Ihr Blick mußte mit einer herkömmlichen Vorstellung von 'Sehen' gebrochen haben und kann eher das Anwenden des Auges als neutrales Instrument auf einen Fall von Körperbewegung verstanden werden."

Hüppaufs These:

Die Fotos dieser Massaker entstammen nicht "dem 'bösen Blick', nicht dem verständnislosen und schon gar nicht dem mitfühlenden, sondern einem

entleerten Blick. Die Fotografen solcher Bilder scheinen von dem Gedanken unberührt geblieben zu sein, daß sie selbst von diesem Blick getroffen werden könnten. Sie hatten den einseitigen, nicht erwiderten Blick des Glaubens an die absolute Macht, der vom Blick durchs Visier einer Waffe abgeleitet ist."

Nicht allen Aussagen, Thesen, Vermutungen und wissenschaftlichen Ansätze der verschiedenen AutorInnen dieser Dokumentation ist zuzustimmen; aber allesamt sind sie von brennender Aktualität, und es ist ihnen eine breite und langandauernde Diskussion zu wünschen. Der erste Schritt ist immerhin erreicht: Die reine "Tatsache" systematischer Verbrechen der Wehrmacht kann in diesem Land nach dieser Ausstellung nicht mehr bezweifelt werden.

Stephan W. Born

AFB-Mitglied in Abschiebehaft

Am Freitag, dem 7.2.1997, gegen 10.00 Uhr morgens, wurde Ferhat Yüksel, Mitglied des Antifaschistischen Bundes (AFB), im Ausländeramt in Recklinghausen festgenommen. Gegen 12.00 Uhr entschied am Amtsgericht Recklinghausen Richter Dr. Gores auf Antrag der Herren Pleitner und Kozminski vom Ausländeramt Recklinghausen, Ferhat müsse in Abschiebehaft genommen und nach Büren verbracht werden.

Das Ausländeramt habe ihn zweimal angeschrieben, in seiner Unterkunft in der Canisiusstraße sei er nicht vorgefunden worden.

Obwohl Ferhat dokumentieren konnte, daß er am Tag zuvor, am 6.2.1997, beim Bundesamt in Dortmund persönlich seinen Asylfolgeantrag abgegeben hatte, obwohl er persönlich im Ausländeramt erschienen war, um einen Antrag auf Wiedererteilung der Sozialhilfe zu stellen, ging das Ausländeramt davon aus, er "sei untergetaucht". Alle Versuche der anwesenden AFB-Mitglieder, die beiden

Vertreter der Behörde zur Zurücknahme des Antrags auf Inhaftierung zu bewegen, scheiterten.

Der Amtsrichter schloß sich der "Argumentation" der Behörde an.

Ferhat wurde umgehend nach Büren verbracht.

Noch immer ist sein weiteres Schicksal ungewiß, da auch das Bundesamt in Dortmund noch nicht mitgeteilt hat, ob es den Asylfolgeantrag zu bearbeiten gedenkt oder nicht.

Erneut erweisen sich kommunale Behörden als willfährige

Helfer staatlicher Abschiebepolitik.

Im Grunde könnte sie die "Ausländer raus" - Aufkleber vom versteckten Platz unter den Schreibtischen auch hervorholen und offen außen an ihre Büro-Türen kleben.

**Wir fordern
sofortige Freilassung
von Ferhat Yüksel.**

AFB Recklinghausen

DIE WEWELSBURG

Geschichte einer Kultstätte, Teil 2

Im zweiten Teil unserer dreiteiligen Dokumentation über die Wewelsburg soll auf das Konzentrationslager in Wewelsburg eingegangen werden.

Als zeitgeschichtlicher Sachverständiger im Frankfurter Auschwitzprozeß hat Martin Broszat 1964 eine knappe Darstellung der "institutionellen und funktionalen Entwicklungen der Konzentrationslager" (1) vorgelegt, weil er feststellen mußte, daß seit Eugen Kogons 1946 in erster Auflage erschienenem Buch über den "SS - Staat" die Konzentrationslager des NS-Regimes nicht erneut wissenschaftlich dargestellt worden sind.

Broszat bemerkte zu den Möglichkeiten bzw. Grenzen einer solchen wissenschaftlichen Untersuchung:

"Im Sinne einer positivistischen Rekonstruktion der Fakten" kann möglicherweise die Gründung sowie die äußere und innere Entwicklung des KZ in Wewelsburg nachgezeichnet werden, wogegen "psychologische und soziologische Bedingtheiten der Lagerwirklichkeit" wegen der in dieser Hinsicht unzureichenden Quellenlage nur an einzelnen Stellen angedeutet werden können. (2)

Ein Konzentrationslager Wewelsburg hat es SS-offiziell nicht gegeben, daher wird wegen der wechselnden organisatorischen Stellung im System der Konzentrationslager im folgenden der Ausdruck verwendet: Konzentrationslager in Wewelsburg.

1. Das Außenlager Wewelsburg des KZ Sachsenhausen (1939 - 1941)

Die Verlegung des Kommandos des Reichsarbeitsdienstes (RAD) in die Eifel zum "Westwall" - Bau muß Himmlers Architekten Bartels im Sommer 1938 sehr getroffen haben, denn dadurch war die Ausführung seiner Pläne gefährdet, mit den Bauarbeiten am Nordturm der Burg und an der alten Vorburg weiter voranzukommen.

Seit 1934 hatte der RAD immer rund 100 Mann für alle anfallenden Bauhilfsarbeiten zur Verfügung gestellt.

Es gab kaum noch freie Arbeitskräfte, die die RAD - Männer ersetzen konnten.

Angesichts dieser Lage hat vermutlich Himmler persönlich die Verlegung eines Häftlingskommandos aus dem KZ Sachsenhausen nach Wewelsburg veranlaßt. (3)

Sowohl für Himmler als auch für seinen Verwaltungschef Oswald Pohl lagen derartige Überlegungen nahe. Mit einem von der "Denkmalsgesellschaft" gestellten

Stammkapital von 20 000 RM hatten sie im April 1938 die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) gegründet. Der Zweck dieses SS-Wirtschaftsunternehmens bestand in der Anlage von Ziegelerwerken und der Ausbeutung von Steinbrüchen durch KZ-Häftlinge, um den für die von Albert Speer geplanten großen Repräsentationsbauten des Dritten Reiches benötigten Naturstein und andere Baumaterialien zu beschaffen. (4)

Die Errichtung des KZ Neuengamme bei Hamburg zunächst als Außenkommando des KZ Sachsenhausen scheint den unmittelbaren Anstoß zu einem ähnlichen Vorgehen in Wewelsburg gegeben zu haben. (5)

Am 10. Mai 1939 trafen 100 Häftlinge aus Sachsenhausen in Wewelsburg ein. Die Gemeindechronik berichtete:

"50 Mann der SS-Verfügungstruppe aus dem Totenkopfverband bewachten die Häftlinge. Diese setzten sich aus Zuchthäuslern, politischen Häftlingen und Arbeitsscheuen zusammen." (6)

Das Kommando bezog zunächst ein provisorisches Zeltlager im Finneketal unterhalb der Burg. Die

Häftlinge wurden zuerst bei Rodungsarbeiten auf dem der Burg gegenüberliegenden Kuhkampsberg eingesetzt. Dort errichteten sie dann zwei 8 x 50 m große Häftlingsbaracken und oberhalb davon eine weitere für die SS - Bewachungsmannschaft.

Himmlers "Denkmalsgesellschaft" hatte die Parzelle in Größe von rund einem Hektar "zum Preise von 0,40 RM je qm" eigens zu diesem Zweck von der Gemeinde Wewelsburg gekauft. (7)

Die Häftlinge zäunten auch selbst das Gelände mit Stacheldraht ein und stellten zwei hölzerne Wachtürme auf.

Eine der Häftlingsbaracken diente als Unterkunft, während die andere Küche, Bekleidungskammer und Krankenrevier enthielt.

Anfang August 1939 war das Lager bezugsfertig, das zur Unterscheidung von dem 1940 errichteten KZ im Niederhagen später von der Dorfbevölkerung das "kleine Lager" genannt wurde.

Von diesem Zeitpunkt an mußten die Häftlinge im Steinbruch am Fuße des Burgberges arbeiten. Wenige Wochen später setzt der Beginn

des Krieges dieser Arbeit vorläufig ein Ende.

2. Die ersten Toten bei Fluchtversuchen und ein zweimaliger Austausch der Häftlinge

Am 15. Mai 1939 überwältigten zwei Gefangene während der Arbeit einen SS-Wachposten, fesselten und knielten ihn und entflohen unter "Aneignung eines Gewehres mit scharfer Munition" (8). Wenige Stunden später wurde einer der beiden Flüchtlinge gestellt, er starb an den Folgen eines Bauchschusses am folgenden Tag im Krankenhaus Büren.

Der zweite Gefangene wurde trotz gewaltigen Fahndungsaufwandes eingesetzt war neben Allgemeiner-SS, Angehörigen der TK-Standard-SS, Angehörigen der Wehrmacht und der Schutzpolizei auch die freiwillige Feuerwehr - erst am folgenden Tag in Geseke festgenommen werden. Er hatte bei einem Bauern Unterschlupf gefunden, der ihn auch mit Zivilkleidern versorgte. Über einen weiteren Ausbruch aus dem KZ im Januar 1940 berichtet die Gemeindechronik:

"Zwei Sträflinge flüchteten am 22.1.40 bei minus 27° Kälte. In Ahden brechen sie ein. Bei ihrer Gefangennahme fällt der eine sofort, der andere stirbt im Bürener Krankenhaus."

Der erhaltene Schriftwechsel wegen der Ausfertigung der Sterbeurkunden zeigt die Bemühungen der SS um Irreführung der Öffentlichkeit. Die Sterbeurkunden geben z.B. noch als Todesursache an: "Auf der Flucht erschossen", während die Leichenpässe für die Überführung nach Berlin-Treptow den Vermerk "Unglücksfall" tragen. Während der Häftling Wuwer in Büren den Folgen einer Schußverletzung erlag, soll der zweite Gefangene, Willi Petermann, von dem Kommandoführer Plaul in Ahden, ca. 5 km von Wewelsburg entfernt, hinterrücks erschossen worden sein.

Der neuerliche Fluchtversuch und seine brutale Beendigung

beunruhigte die Wewelsburger Bevölkerung zu einem Zeitpunkt, als Himmler erste Überlegungen anstellte, das Bauprojekt auszuweiten und das ganze Dorf in die Planungen einzubeziehen.

Daher wollte er weitere Unruhe vermeiden und ließ kurzerhand das gesamte Häftlingskommando nach Sachsenhausen zurückverlegen.

In Wewelsburg traten am 16. Februar 1940 an die Stelle des ersten Kommandos 70 Häftlinge mit dem violetten Winkel der Zeugen Jehovas. Die Zeugen Jehovas wurden insbesondere wegen ihrer konsequenten Wehrdienstverweigerung seit 1935 in die KZs eingewiesen.

Da die Zeugen Jehovas aus religiösen Gründen auch die Flucht aus dem Lager ablehnten, erwartete Himmler in Zukunft keine weitere Unruhe in der Wewelsburger Bevölkerung

3. Das neue Lager im Niederhagen: äußerer Aufbau und innere Organisation

Wie bereits im 1. Teil erwähnt, galt das SS-Projekt in Wewelsburg juristisch als "private Baumaßnahme". Deshalb erteilte der "Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft im Kriege" die erforderliche Ausnahmegenehmigung auch nur mit der Auflage, daß für die Baumaßnahmen in Wewelsburg

Büren, den 7. Februar 1940.

An den Herrn Standesbeamten in Brenken

Anliegend übersende ich einen Personalbogen über den Häftling Willi Petermann, welcher am 23. v. Mts. auf der Flucht in Ahden erschossen wurde. Petermann ist daher eines nicht natürlichen Todes gestorben. Ich bitte den Fall zu beurkunden und nach erfolgter Beurkundung eine Sterbeurkunde auszufertigen und diese sowie die anliegende der Kommandatur des Konzentrationslagers Sachsenhausen in Oranienburg zu übersenden. Sollten für die Beurkundung noch weitere Angaben benötigt werden, so bitte ich, sich mit der vorgenannten Dienststelle in Verbindung zu setzen.

Leichenpaß.

Die nach Vorchrift eingelagerte Leiche des am 24. Jänner 1940

in Lösow i. M. an infolge Flugunfall

verstorbenen

32 jährigen Willi Hermann Carl Petermann

foli mittels Handabdruck, Kopfmagen

von Lösow i. M. über Stammes eine Magdeburger

nach Leuten-Tanghans Stammführung zur Erd-Seeer-Befähigung befördert

werden. Die Überführung der Leiche ist genehmigt. Sämtliche Behörden, deren Bezirke berührt werden, haben die Überführung ohne Aufenthalt weitergehen zu lassen.

Lösow den 2. Februar 1940
2) N. d. Nr. 145-9/0
(Siegel) L. H. (Beide)

Todesursache: Sturz in Flucht

weder Arbeitskräfte noch kontingiertes Baumaterial zur Verfügung gestellt werden dürften. Demnach war die Vergrößerung des KZ eine unabdingbare Voraussetzung für die Fortsetzung der Bauarbeiten.

Mitte April 1940 beantragte die Bauleitung bei der Gemeinde Wewelsburg den Verkauf einer 2,87 ha großen Fläche in der Gemarkung Niederhagen. Es handelte sich um einen kurz vor Kriegsbeginn abgeholzten Teil des Gemeindewaldes am Wege nach Niederntudorf.

Anfang Mai lehnt die Gemeinde den Verkauf der Fläche ab, erklärt sich aber für den Fall des Aufbaus eines KZs zur Verpachtung bereit.

Anfang August 1940 wird das KZ im Niederhagen aufgebaut.

Die Vorbereitungen zum Aufbau des neuen Lagers traf der neue

Kommandoführer Adolf Haas, der sein Amt in Wewelsburg am 17. Juni 1940 antrat. Nach seiner Ankunft in Wewelsburg ging Haas sofort daran, das KZ zum Niederhagen zu verlegen. Anfang August war das Gelände planiert, und der eigentliche Umzug konnte beginnen. Der ehemalige Häftling Paul Buder berichtet darüber:

"Am Ausgang des Dorfes Richtung Niederntudorf entsteht ein neues Lager. Wir sind umgezogen. Alle Barackenteile wurden von uns von der Waldsiedlung bis hierher auf den Schultern getragen, an einem Tag. Es sollen neue Häftlinge kommen."

Gleich nach der Aufstellung der Kommandanturbaracke und der drei Häftlingsbaracken errichteten die Häftlinge eine vierte Baracke, so daß das Lager am Anfang vier Baracken umfaßte, der um diese vier Baracken gezogene etwa 2,50 m hohe Stacheldrahtzaun war nach wenigen Wochen durch die verlegten Stromleitungen elektrisch geladen. Entlang des Zaunes war innerhalb des Lagers ein etwa 2 m breiter Streifen durch einen Stolperdraht gegen das Lager abgegrenzt. Ein Häftling, der diese sogenannte neutrale Zone betrat, wurde ohne Anruf von einem der Posten erschossen, die Tag und Nacht die Wachttürme besetzt hielten, von denen der gesamte Lagerbereich umstellt war. Durchschritt man das Lagertor, so lagen zur Linken die Blöcke 1 und 3, zur Rechten die Blöcke 2 und 4. Bald darauf entstanden eine neue Küchenbaracke und ein massiver Bunker mit Arrestzellen. Ein im ummauerten Innenhof errichteter Galgen dient später als Exekutionsstätte.

Wie aus den erhaltenen Bauunterlagen hervorgeht, war die Bauleitung der SS-Schule Haus Wewelsburg bzw. die "Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler e. V." bis Anfang 1942 auch für die Bauplanung und Überwachung der Bautätigkeit im Bereich des KZ verantwortlich. Himmlers "Denkmalsgesellschaft" trug bis zum Herbst 1941 auch die gesamten Kosten für den Aufbau des KZ.

Erst im Frühjahr 1942 läßt sich auch in Wewelsburg eine selbständige Bauleitung für den KZ-Bereich nachweisen.

Im Jahr 1941 entstand unmittelbar im Anschluß an die Lager auf frisch gerodetem Waldgelände ein sogenannter Betriebs- und Wirtschaftshof mit mehreren Werkstattbaracken, in denen Häftlinge arbeiten mußten, sowie mit Garagen und Maschinenhaus. Fast alle Arbeiten wurden durch KZ-Häftlinge ausgeführt; das gilt auch für den Bau einer SS-Küche, eines Hundezwingers für die Bluthunde der SS, eines Stallgebäudes für die Schweinemast des Lagerkommandanten und nicht zuletzt für die Totenkammer in der Nähe dieses Stalles. Die Leichen der ums Leben gekommenen Häftlinge wurden durch ein Tor im Lagerzaun unmittelbar zu dieser Totenkammer gebracht, bevor sie zur Einäscherung abtransportiert wurden. Auf dem von der Straße aus nicht einsehbaren rückwärtigen Gelände des Betriebshofes am Waldrand bauten Häftlinge im Sommer und Herbst 1942 ein lagereigenes Krematorium.

220 Zeugen Jehovas leisteten im Spätsommer 1940 die Aufbauarbeiten im Niederhagen. Sie bildeten auch in den folgenden Jahren den eigentlichen Kern der Häftlinge, obwohl sie bereits am 22. September 1940 durch die Einlieferung von 287 Häftlingen aus Sachsenhausen mit dem schwarzen Winkel der "Asozialen" rein zahlenmäßig in die Minderheit gerieten.

Am 7. Januar 1941 wurde das Kommando Wewelsburg mit einem Bestand von 471 Häftlingen zum Außenlager des KZ Sachsenhausen erklärt, und Haas, der bis dahin alle Führungspositionen in seiner Hand vereinigt hatte, begann, seinen Herrschaftsbereich nach der allgemeinen Organisationsstruktur der Konzentrationslager zu gliedern. Diese sah die folgenden fünf Abteilungen vor:

1. Kommandantur (Lagerkommandant, Adjutant)
2. Politische Abteilung (Leiter, Erkennungsdienst)
3. Schutzhaftlager (Schutzhaftlagerführer, Rapportführer, Blockführer, Arbeitsdienstführer,

- Kommandoführer, Häftlingspoststelle),
4. Verwaltung (Verwaltungsführer, Gefangenenführer, Eigentumsverwaltung, Lageringenieur).
5. Lagerarzt.

Der gesamte Aktenbestand des KZ in Wewelsburg ist verloren. Allem Anschein nach ist er im April 1943 bei der lediglich als vorläufig angesehenen Auflösung des KZ auf dem Dachboden eines Wewelsburger Bauernhauses gelagert worden, um bei der Wiedereröffnung des Lagers zur Verfügung zu stehen. Mehr als 27 Jahre lagerten dort unbeachtet "zentnerweise Akten", bis sie kurz vor dem Beginn des KZ-Prozesses Ende 1970 von der Bäuerin verbrannt wurden. (9).

Deshalb läßt sich die Organisationsstruktur nur aufgrund von Zeugenaussagen und einigen erhaltenen Schriftstücken nachzeichnen.

Abgesehen von der Anfangsphase befehligte Adolf Haas das KZ bis zur Auflösung Ende April 1943. Von seinem Adjutanten ist lediglich der Nachname Satter ermittelt worden.

Der Leiter der politischen Abteilung war der SS-Sturmbannführer und Kriminalsekretär Friedrich Schultes (10). Als Vertreter der Gestapo im Lager wickelte er den gesamten Akten- und Schriftverkehr von und zu den Gestapostellen ab. Mit Wirkung vom 1.1.1943 wurde Schultes zum Standesbeamten des Standesamtes Niederhagen bestellt.

Der Schutzhaftlagerführer Wolfgang Plaul war während der Abwesenheit des Lagerkommandanten dessen ständiger Stellvertreter für das Schutzhaftlager. Er forderte die zur Bewachung des Arbeitskommandos nötigen Posten an, kontrollierte die Arbeitsfähigkeit der Häftlinge und traf die Maßnahmen zur Wiederergreifung bei Fluchtversuchen.

Rapportführer in Wewelsburg war der in der Sowjetunion verschollene Josef Kuhn. Er war der ständige Vorgesetzte der SS-Unterführer im Schutzhaftlager, nahm bei den Zählappellen der Häftlinge die Stärkemeldungen der Blockführer entgegen und stellte die tägliche Lager- und Verpflegungsstärke zusammen

Nach den Weisungen der SS-Lagerleitung übten wie in den übrigen KZs auch in Wewelsburg sogenannte Funktionshäftlinge eine Art Selbstverwaltung aus. Da die Zeugen Jehovas aus religiösen Gründen lediglich bereit waren, die Aufgaben der Lager- und Blockschreiber zu übernehmen, trugen die Funktionshäftlinge vorwiegend schwarze, zum geringeren Teil grüne, in einzelnen Fällen auch rote Winkel. Ihre Namen sind vom Lagerältesten über die Block- und Stubenältesten bis zu den Vorarbeitern oder "Kapos" der verschiedenen Arbeitskommandos zwar zum größten Teil bekannt, aber von ihrem Wirken sind fast ausschließlich erschreckende Grausamkeiten zahlreicher Kapos gegenüber ihren Mithäftlingen überliefert. Von Ansätzen zu organisiertem Widerstand gegen die SS ist nichts bekannt (11)

Die Zeugen Jehovas ("Bibelforscher") lehnten, wie bereits erwähnt, jeglichen Widerstand ab. Jedoch bildeten die Schreiberpositionen, die sich in Wewelsburg fest in ihrer Hand befanden, wichtige Anlaufstellen für die Glaubensbrüder zur Organisation einer für das Überleben notwendigen wechselseitigen Hilfe. Da in den Schreibstuben die Zusammenstellung der Arbeitskommandos erfolgte, gelang es

z.B. fast immer, durch Arbeit und Mißhandlungen ausgelaugte Glaubensgenossen rechtzeitig vor dem physischen und psychischen Zusammenbruch auszutauschen. Die "Bifo"-Häftlinge halfen sich in materieller und ideeller Weise, so daß der damalige Lagerschreiber Wettin Müller am 4. Mai 1945 dem britischen Vernehmungsoffizier mit spürbarem Stolz berichten konnte, von 306 Bibelforscherhäftlingen seien in Wewelsburg nur 19 gestorben, während von den übrigen 903 deutschen Häftlingen der anderen Kategorien 455 umgekommen seien.

4. Das selbständige KZ Niederhagen (September 1941 - April 1943)

Über die Entwicklung des KZ im Kriegsjahr 1941 berichtet die Gemeindechronik knapp:

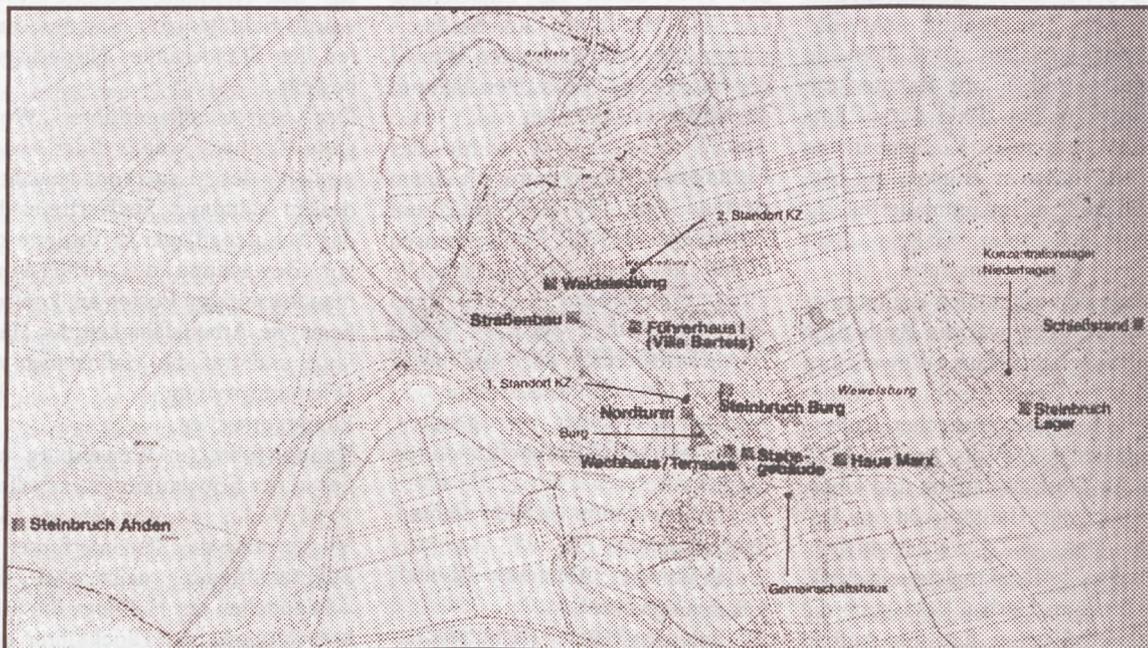
"Ein Schießstand wurde vom Sträflingslager im Oberhagen erbaut. Das Lager wurde sichtlich erweitert. Es fällt weiter nicht mehr auf, wenn Lagerinsassen flüchten und dann von der tödlichen Kugel getroffen werden."

Die Bemerkung zeigt, daß das Dorf die Veränderungen im KZ zwar beobachtete, daß aber inzwischen die gewaltsamen Todesfälle als unabwendbare Gegebenheiten nur noch registriert wurden.

Nicht verzeichnet ist eine organisatorische Veränderung, weil sie die Dorfbewohner nicht berührte. Mit Wirkung vom 1. September 1941 wurde das bisherige Außenlager des KZ Sachsenhausen mit einem gegenüber dem Jahresbeginn kaum veränderten Bestand unabhängig. Genau 480 Häftlinge wurden an das neue "KL Wewelsburg" überstellt. Selbst wenn eine weitere Vergrößerung geplant war - Ende 1941 war die Rede von eintausend bis zweitausend Häftlingen, die Himmlers Ordenshochburg aufbauen sollten -, so ergab sich aus dieser begrenzten Erweiterung des KZ keineswegs notwendig die Erklärung des Außenlagers zu einem selbständigen KZ. Der Grund ist relativ einfach: Es ging um Geld. Im Jahresbericht 1941 heißt es:

"Zur Verringerung der Unkosten der Gesellschaft wurde das Häftlingslager Wewelsburg auf das Reich übernommen und ist als KL Niederhagen selbständig."

Aus dem gleichen Bericht erfahren wir:



Grundkarte Wewelsburg

"Da die Gesellschaft in den Jahren 1939/41 die Kosten für die Errichtung des Häftlingslagers in Wewelsburg getragen hatte und die Abwälzung dieser Kosten auf den Reichsetat im Jahre 1941 erreicht werden konnte, flossen ihr vom Reich bis zum 31.12.1941 rd. 492 000,- RM zu."

Obwohl das KZ Wewelsburg seit September 1941 selbständig war und vom Reichsetat finanziert wurde, behielt es die Anschrift K.L. Niederhagen, Abtlg II. Es gibt zwar keinen Beweis, aber es steht zu vermuten, daß Himmler selbst den Namen Niederhagen gewählt hat, um möglichst keine Gedankenverbindung zu seiner Ordenshochburg aufkommen zu lassen. Die Tarnung ist ihm so gut gelungen, daß bis heute das KZ Niederhagen in den meisten Übersichtskarten über die Standorte der KZs nicht richtig lokalisiert oder gar nicht aufgeführt wird.

5. Vernichtung durch Arbeit

*"O Wewelsburg, ich kann dich nicht vergessen,
weil du mein Schicksal bist.*

Wer dich verließ, der kann es erst ermessen,

wie wundervoll die Freiheit ist.

Doch Wewelsburg, wir jammern nicht und klagen!

*Und was auch unsre Zukunft sei,
wir wollen trotzdem ja zum Leben sagen.*

Denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei!

*Wir wollen ja zum Leben sagen,
denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei."*

Morgens, mittags und abends klang der Refrain des Wewelsburg-Liedes durch die Dorfstraßen, wenn die von SS-Posten bewachten Arbeitskommandos auszogen oder ins Lager im Niederhagen zurückkehrten. Ein politischer Häftling hatte es in Anlehnung an das Buchenwald-Lied verfaßt.

Unter der Anleitung nur weniger Facharbeiter der Baufirma Fritz Scherpeltz, Paderborn, arbeiteten häftlinge auf allen Baustellen, die Bartels in Wewelsburg einrichtete.

Nach 10- bis 12stündiger Arbeit kehrten sie erschöpft und ausgeleugt ins Lager zurück. Je nach Entfernung der Arbeitsstelle vom Lager mußten sie auch noch mittags zum Essenfassens ins KZ zurückmarschieren.

Der steinige und felsige Boden in Wewelsburg stellte an die Arbeitskraft der Häftlinge die höchsten Anforderungen, zumal keine Sprengwerkzeuge zur Verfügung gestellt wurden.

Seit Mitte 1941 wurde das Essen immer erbärmlicher. Nach der Aussage Dr. Metzgers enthielt es 600 bis allenfalls 900 Kalorien.

Es war deshalb keine Seltenheit, daß von Hunger ausgemergelte Häftlinge bei der schweren Arbeit zusammenbrachen und starben oder, wenn sie am Boden lagen, von brutalen Kapos wegen "Arbeitsunwilligkeit" zu Tode getreten oder geschlagen wurden.

Das Leiden und Sterben der Häftlinge in Wewelsburg unterschied sich in keiner Weise von den Verhältnissen in den größeren und bekannteren Konzentrationslagern im Reich.

Zwar wurden keine Gefangenen zur Vergasung eingeliefert, aber Haas und seine SS-Unterführer nutzten die Arbeitskraft der Häftlinge bis zur totalen Erschöpfung aus. Obwohl Niederhagen in der drei Kategorien umfassenden Stufeneinteilung der KZs in die Stufe I "für alle wenig belasteten und unbedingt besserungsfähigen" Häftlinge eingereiht worden war, spürten die Häftlinge von dieser "günstigen" Einstufung nichts. Die brutalen und menschenunwürdigen Disziplinarstrafen hatten den Zweck, jeden Gedanken an Auflehnung und Widerstand von vornherein zu ersticken. In Wewelsburg wurden Häftlinge aus den wichtigsten Anlässen auf den sogenannten Block gelegt und entweder öffentlich auf dem Appellplatz oder im Arrestgebäude von SS-Unterführern oder Funktionshäftlingen mit einem Stock oder Ochsenzimmer körperlich gezüchtigt. Die Anzahl der Schläge konnte zwischen zehn und fünfundsiebzig betragen, sollte jedoch fünfundzwanzig auf einmal nicht überschreiten.

Gefürchtet war das sogenannte Tor- oder Strafstehen. Die mit dieser Maßnahme belegten Häftlinge mußten sowohl bei glühender Hitze als auch bei eisiger Kälte, bei Regen oder Schnee den ganzen Tag über ohne jede Bewegung in der Nähe des Lagertors stehen. Zur Verschärfung der Strafe mußten sie auch oft stundenlang in Kniebeuge mit vorgehaltenen Armen zum "Sachsengruß" hocken.

Eine noch üblere Quälerei war das sogenannte "Pfahlhängen". Mit einem fingerdicken Strick wurden dem Häftling die Hände auf dem Rücken zusammengebunden. An diesem Strick wurde er dann an dem Haken eines in die Erde eingelassenen Pfahls in etwa zwei Meter Höhe aufgehängt, so daß der Körper frei in der Luft schwebte.

Nicht zuletzt zählte auch die Einweisung in die Strafkompagnie zu den Disziplinarmaßnahmen. Sie konnte auch der Vollstreckung eines Todesurteils gleichkommen, denn die Strafkompagnie wurde zu den schwersten Arbeiten herangezogen und außerdem durch SS-Leute zur Arbeit angetrieben und durch Kapos mißhandelt.

Eine ganze Anzahl von Mordtaten ist durch Zeugenaussagen glaubwürdig überliefert:

- Ermordung durch Abspritzen mit kaltem Wasser im Waschraum in vier Fällen
- Ertränken mehrerer Häftlinge im Feuerlöschteich
- Totschlagen oder -treten von Häftlingen auf verschiedenen Außenkommandos
- Tötung mehrerer Häftlinge durch Herabrollen von Steinblöcken bei der Arbeit in den Steinbrüchen
- Tötung von Häftlingen durch treiben in den elektrisch geladenen Lagerzaun
- Zerreißen durch abgerichtete Bluthunde.

Die Brutalität und der Zynismus einzelner SS-Führer mag der folgende Fall verdeutlichen:

Eines Tages lag ein sterbender russischer Häftling völlig entkräftet und ausgepumpt auf dem Appellplatz. Während er röchelnd atmete, warf ihm der SS-Arbeitsdienstführer kleine Steinchen in den Mund

und rief lachend: "Seht, der Kerl frißt noch!" (12).

Angesichts der verhältnismäßig geringen Gesamtzahl von höchstens 3 300 Häftlingen in Wewelsburg war die Todesquote mit 1285 nachgewiesenen Toten außerordentlich hoch.

6. Das KZ Niederhagen als Exekutionslager

Erstmals am 15. April 1942 ist im Sterbebuch des Standesamtes Wewelsburg die folgende Todesursache aufgezeichnet:

"Erhängen auf Anordnung des Reichsführers-SS".

Die Sterbeurkunde ist ausgestellt auf den fünfzehnjährigen jüdischen Arbeiter Günter Ransenberg.

Günter Ransenberg war kein Häftling des KZ Niederhagen, sondern wurde von der Gestapo zur Exekution in das KZ eingeliefert wurde. Das gleiche gilt für seine 55 Leidensgefährtinnen und -gefährten.

Der 14jährige Günter fand 1941 eine Arbeitsstelle bei dem Tiefbauunternehmen, bei dem auch sein Vater beschäftigt war. Anfang 1942 arbeitete er in einer Arbeitskolonne in der Nähe von Bestwig im Sauerland. In einer Frühstückspause warf er in einer Gruppe von Arbeitskollegen mit Schneebällen auf

vorübergehende Mädchen. Noch am gleichen Tag wurde er auf der Baustelle von der Gestapo verhaftet und abgeführt. Seine Familie erhielt erst Nachricht nach seiner "Hinrichtung wegen Rassenschande".

Das KZ Niederhagen diente vom April 1942 bis März 1943 als Exekutionslager für die Gestapo(leit)stellen in Westfalen und Lippe. In Wewelsburg wurden insgesamt 56 Menschen von der SS ermordet, davon 42 durch Erhängen und 14 durch Erschießen. Bei den 14 Erschossenen handelt es sich um sowjetische Kriegsgefangene. Durch Erhängen starben außer Günter Ransenberg fünf Polen und 36 Sowjetbürger, darunter drei Frauen.

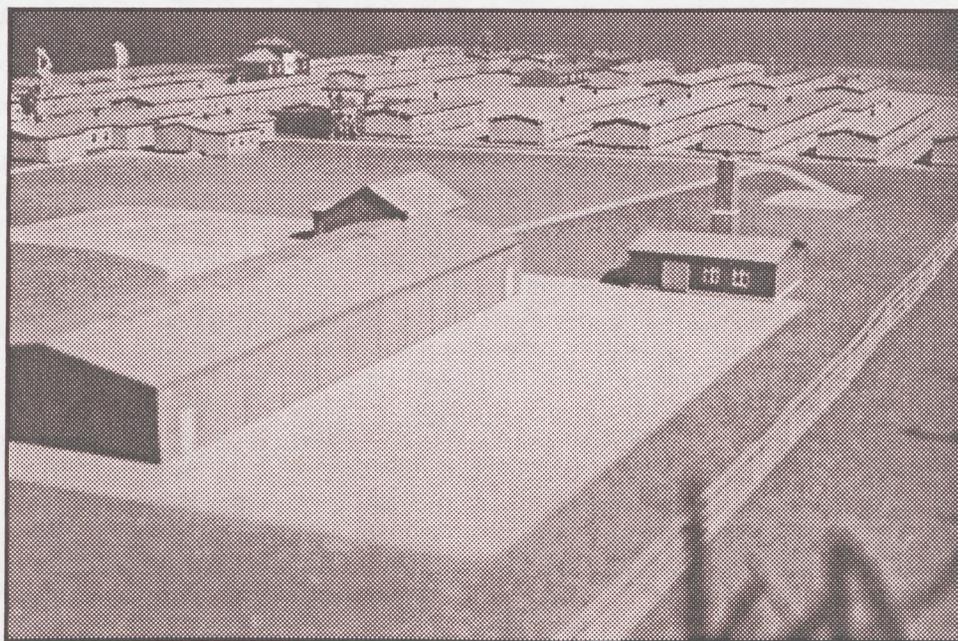
Unter den erhängten Polen befindet sich der Name eines 14jährigen Jungen.

Über ihr Leben, das in Wewelsburg ein gewaltsames Ende fand, ist nichts bekannt. Das gleiche gilt für die 50 exekutierte Sowjetbürger. Lediglich von dem furchtlosen Sterben der zweiundzwanzigjährigen Jelena Kekachina erfahren wir etwas in Paul Buders Erinnerungen. Sie mußte sterben, weil sie sich erfolgreich gegen die Zudringlichkeiten eines Vorgesetzten zur Wehr gesetzt hatte.

Stephan W. Born

Literaturangaben:

- (1) M. Broszat, Studien zur Geschichte der KL, 1970, Einleitung, S. 7
- (2) M. Broszat, a.a.O., S. 8f.
- (3) Mdl. Mitteilung von Hermann Bartels
- (4) Vgl. A. Speer, Erinnerungen, S. 158f.
- (5) Vgl. W. Johe, Das KL Neuenamme, In: Studien zur Geschichte der KL, S. 29f.
- (6) StdtA BÜ, Gemeindechronik Wewelsburg, S. 434f.
- (7) Schreiben des Amtsbürgermeisters an den Regierungspräsidenten in Minden vom 16.3.1940. StA DT D1 Nr. 6503
- (8) Zeugenaussage des SS-Sturmbannführers Elstermann von Elster vom 14.12.1939, BCD, Personalakte
- (9) Vgl. Neue Westfälische, Nr. 27 vom 2.2.1971
- (10) Fr. Schultes, geb. 1.7.1890 in Hilden, gest. 3.1.1951 in Datteln
- (11) Andeutungen über einen Widerstand machte im November 1977 in Wewelsburg der inzwischen verstorbene ehemal. Häftling Heinrich Recktenwald
- (12) Anklageschrift, S. 115f., vgl. Paul Buder, Erinnerungen, S. 50.



Modell des Lagers

KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN

Erfolgreiche Auftaktveranstaltung der Antifa-Koordination im Kreis Recklinghausen

Am 1. März 1997 fand im Recklinghäuser Jugendzentrum "Heinrich-Pardon-Haus" die erste öffentliche Veranstaltung der neu gegründeten Antifa-Koordination im Kreis Recklinghausen statt. Knapp 100 BesucherInnen hörten mit großer Aufmerksamkeit die Referate über die faschistischen Strukturen in den Städten Dorsten, Herten und Recklinghausen und einen ergänzenden Beitrag über die faschistische Vernetzung im Kreisgebiet.



Der Koordination war klar, daß dies erst ein Anfang sein konnte - aus wichtigen Gebieten des Kreises wie z.B. Datteln, Waltrop und Haltern liegen noch keine oder wenig Untersuchungsergebnisse vor.

Dennoch kann die Veranstaltung als Erfolg gewertet werden, weil diese Koordination einen Anfang in die richtige Richtung geschafft hat: Antifaschistische Diskussionen werden aus dem engen Rahmen der AktivistInnen wieder breiter in die Öffentlichkeit getragen.

Auch die Tatsache, daß verschiedene Organisationen - wenn auch mit unterschiedlicher Intensität - diese Veranstaltung, an die sich immerhin noch die Durchführung eines Antifa-Konzertes anschloß, gemeinsam vorbereitet und durchgeführt haben, ist als Erfolg zu sehen.

Daß hierbei neben wichtigen Gemeinsamkeiten durchaus

auch Unterschiede in der Einschätzung der faschistischen Organisationsstruktur zwischen den teilnehmenden Organisationen bestehen, wird auch in den im folgenden abgedruckten Beiträgen deutlich.

Gerade deshalb ist es von Bedeutung, daß diese Auftaktveranstaltung ein relativer Erfolg war, der die teilnehmenden Organisationen AFB, VVN/BdA, B 90/Die Grünen, SJD Die Falken, DKP und PDS darin bestärken wird, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen.

Daß es nach den Wortbeiträgen nur wenige kürzere Informationsnachfragen gab, ist zwar ein Mangel, der möglicherweise durch die Fülle der Informationen entstand - es wurde allerdings auch deutlich, daß die Anwesenden die drei Hauptforderungen der Koordination teilten: 1. Verbot der Deutschen Liste (DL) Herten und aller

faschistischen Organisationen im Kreis Recklinghausen!

2. Keine öffentlichen Plätze und Räume für Faschisten - Den Nazis keinen Fußbreit!

3. Schluß mit der Verharmlosung faschistischer Gewalt durch Polizei und Staatsanwaltschaften!

Zurecht wurde allerdings von einem Vertreter des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins "Hevalti" kritisiert, daß die Beiträge die Existenz der türkischen Faschisten von der MHP ausgeklammert hatten. Vertreter des AFB berichteten, daß sie eine längerfristige Kampagne gegen die "Grauen Wölfe" in Recklinghausen vorbereiteten.

Es bestand Einigkeit, daß die Koordination diese Thematik ebenfalls aufgreifen müsse.

Im folgenden nun die einzelnen Redebeiträge auf der Veranstaltung.

NAZI-STRUKTUREN IM KREIS RECKLINGHAUSEN

DORSTEN

Referent: Boris Boskowski

Der harte Kern der Neofaschisten umfaßt 20-30 Leute, von denen einige mehrfach vorbestraft sind, u.a. wegen Volksverhetzung. Zu diesen gesellt sich etwa die gleiche Anzahl von ideologisch nicht gefestigten Mitläufern.

Die Hauptfigur für sie ist Melanie Dittmer, eine Frau, die trotz ihrer Jugend bereits eine steile Karriere im organisierten Neofaschismus hinter sich hat.

Sie hat Kontakt zu den bundesweit wichtigsten Personen im Neofaschismus.

Besonders engen Kontakt pflegt sie mit dem Vorsitzenden der Deutschen Nationalisten, Michael Petri, in Mainz. Gemeinsam mit ihm realisierte sie in der Dorstener Fascho-Szene das Konzept der Autonomen Nationalen Zellen. Dieses Konzept sieht unter anderem vor, die Gemeinschaft von national Gesinnten nach außen hin als zusammenhanglos erscheinen zu lassen, um die Angriffsfläche für Antifaschisten und/oder den Staatsschutzapparat zu verkleinern.

Dittmer ist die NRW-Beauftragte für die Bildung von weiteren autonomen Zellen.

Ihre Hauptaufgabe in Dorsten lag in der Verteilung von Infos und Propagandamaterial an die Dorstener Szene. Auch traf sie sich in unregelmäßigen Abständen in ihrer Wohnung mit den für Recklinghausen und Herten wichtigen Faschoanführern Riefing und Reber.

Durch sie arbeitete die Dorstener Szene außerdem mit der Fascho-Szene im Ausland zusammen, so nahm sie z.B. gemeinsam mit Michael Petry und einigen Mitgliedern der autonomen nationalen Zellen im April 95 an einer Solidaritätskundgebung für den gerade verhafteten NSDAP/AO - Funktionär Gary Lauck in Den Haag teil.

Im Sommer bis Winter 95 hatten die Aktivitäten der Dorstener Neofaschisten die Beseitigung des antifaschistischen Widerstands in Dorsten/Schermebeck zum Hauptziel.

Auslöser hierfür war eine spontane Demonstration, die von AntifaschistInnen in Schermebeck durchgeführt wurde, dabei wurde der Neofaschist Andre Zielke beinahe von Teilnehmern der Demo zusammengeschlagen. Grund für die Demo waren sogenannte Kameradschaftsabende, die in Schermebeck stattgefunden haben und auf die die Antifa aufmerksam machen wollte.

Die Reaktion auf die Demo ließ nicht lange auf sich warten.

Jeder Mensch, der nur im Ansatz nach "linker Zecke" aussah, das konnten z.B. schon gefärbte Haare sein, mußte nach der Demo in Schermebeck damit rechnen, angepöbelt zu werden; die TeilnehmerInnen der Demo und auch die Verwandten wurden massiv bedroht, das Haus eines Antifaschisten wurde mit nazistischen Aufklebern beklebt, und Melanie Dittmer sorgte dafür, daß ein Schermebecker Antifaschist in einem weit verbreiteten Nazipamphlet, der 'Freien Stimme', namentlich genannt wurde. Und weiter hieß es in dem Artikel, daß jede Regung der Antifa in Schermebeck mit einem Gegenschlag beantwortet werden würde.

Doch zu einer Eskalation kam es nicht, denn aufgrund der Vorkommnisse in Dorsten wurde der Staatsschutz im Dorstener Raum aktiv.

Sehr zum Ärger einiger ortsansässiger Politiker.

Diese hätten die Vorkommnisse gern als Jugendrivalität zweier verfeindeter Gruppen dargestellt. Und sie ließen in der lokalen Presse verlautbaren, daß das mit den Kameradschaftsabenden alles Humbug sei, sie würden meinen, daß die

Antifa "den Antifaschismus als Alibi für Krawall" benutzen würde.

Der Staatsschutz agierte kaum, obwohl die Zeit überreif gewesen wäre, die Wohnungen der Neofaschisten zu durchsuchen, denn die AntifaschistInnen wurden nicht nur mit frei erwerblichen Waffen bedroht.

Die Razzien in Dorsten und Schermebeck liegen auffallen nah am Zeitpunkt der Verhaftung des mehrfachen Nazimörders T. Lemke. Das Erscheinen M. Dittmers am 1. Verhandlungstag des Verfahrens gegen Lemke bestärkt uns in der Vermutung, daß zwischen der Verhaftung Lemkes und den Razzien im Raum Dorsten eine Verbindung besteht.

Die Razzien im Frühjahr 96, bei der auch Melanies Wohnung durchsucht wurde, führten dazu, daß sich die Dorstener Szene zerstritt.

Die Szene gab Dittmer eine Teilschuld an den Razzien, womit sie gar nicht so falsch liegen dürfte, denn wie im Filmausschnitt gerade gesehen, gibt sie jedem bereitwillig Auskünfte über sich und ihre Funktionen, einige Informationen in diesem Beitrag stammen direkt von ihr.

Was folgte, war ihr Weggang aus Dorsten.

Sie ist jetzt unter einer Postfachadresse in Mainz erreichbar.

Dort arbeitet sie, wie auch schon in Dorsten, bei der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HnG). Diese Organisation betreut Neofaschisten, die wegen unterschiedlicher Delikte in Haft sind, und bringt eine Zeitschrift heraus, die Nachrichten der HnG. In dieser Zeitschrift war Lemke 1991 zum Gefangenen des Monats Juni erklärt worden.

Außerdem widmet sie sich dem Vertrieb von Skin-Musik.

Dittmer besucht trotz der Streitigkeiten häufig in Michael Petris Begleitung Dorsten.

Die nach den Razzien scheinbar inaktiven Neofaschisten tauchen in den letzten Wochen wieder öfter in Gruppen auf, und wie es scheint, haben sie Zuwachs bekommen.

HERTEN

Referent: Hans-Heinrich Holland

Einleitung

Wir haben in Hertzen nicht erst seit der Existenz der Deutschen Liste ein Problem mit dem ultrarechten Spektrum der politischen Landschaft.

Schon 1989 - unter dem Firmenschild "Republikaner" - wäre Rechtsextremen beinahe ein Einzug in den Stadtrat gelungen, wenn die Kandidaten nicht durch erschlichene und gefälschte Unterschriften aufgefallen wären. Auf diese Weise wurden in 8 Wahlbezirken die Kandidaten nicht zugelassen. Trotzdem erreichten die Republikaner damals fast die notwendigen 5 %.

Dies ist umso erstaunlicher, als kurz vor den Kommunalwahlen eine schlimme Geschichte ans Tageslicht kam. Ein Kandidat der Republikaner, Wolfgang Kevering, wollte kurz vor den Wahlen noch zurücktreten, weil seine Vergangenheit in die Schlagzeilen geriet. 1974 hatte der Kandidat, der auf dem aussichtsreichen 3. Platz der Reserveliste stand, eine junge Frau ermordet. Dafür und für weitere Straftaten erhielt er damals 9 Jahre Jugendstrafe. In Herne war er dann Kreisvorsitzender der NPD und zog 1988 wieder nach Hertzen.

Beunruhigend war schon damals, daß die Hertener Republikaner bei der Kreistagswahl mehr als 40 % der Direkt-Kandidaten kreisweit stellten (18 von 44 zugelassenen Kandidaten). Das heißt: Hertener Kandidaten kandidierten nicht nur in Hertzen, sondern auch in anderen Städten des Kreisgebiets.

Die Republikaner übersprangen bei den Kreistagswahlen knapp die 5 % - Hürde und zogen in den Kreistag ein. Erst 1993 wurde per Gerichtsbeschluß das Wahlergebnis wegen Erschleichens bzw. Fälschens von Unterschriften in mehreren Kreiswahlbezirken annulliert und die Mandate im Kreistag aberkannt. Der ehemalige Kreisvorsitzende der Republikaner, Jörg Könemann, wurde 1993 zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr verurteilt. In diesem

Urteil war nicht nur der Wahlbetrug enthalten, sondern auch die Strafe für den sexuellen Mißbrauch eines 8 Monate alten Kindes.

Mit der Gründung der "Deutschen Liste Hertzen" wurde 1994 eine neue politische Basis des Rechtsextremismus in Hertzen geschaffen. Das Thema Republikaner hatte sich in Hertzen erledigt. Was kam, hatte eine neue Qualität. Zum kleinen Teil handelte es sich um die gleichen Personen, z.B. den Marler Import Hartmut Grudke, die bereits im Umfeld der Republikaner auftraten, zum größeren Teil speiste die "DL" sich aus einem ungleich extremeren und jüngeren Potential.

Die Deutsche Liste - Hertzen

Im Frühjahr 1994 gründete sich die "unabhängige Wählergruppe" Deutsche Liste - Hertzen.

Seit dem 12. Dezember ist der Verein beim Amtsgericht Recklinghausen eingetragen.

Ihre Mitglieder setzen sich vorwiegend aus neofaschistischen Skinheads, Mitgliedern des "Vestische Sportaktivisten e.V.", ehemaligen Mitgliedern der FAP und der Republikaner zusammen.

Die Zahl der Mitglieder und Aktivisten der DL in Hertzen liegt - nach deren Angaben - bei derzeit 50.

Die DL versteht sich laut Satzung "als Zusammenschluß aller nationalen Kräfte auf kommunaler Ebene" Programmatik:

Durch das Grundsatzprogramm der DL vom 5.5.1994 zieht sich ein brauner Faden. Verständliche Ängste und Unsicherheiten der Bevölkerung werden aufgegriffen, um sie gegen AusländerInnen und andere Minderheiten zu richten.

- sie schürt den Haß und sozialen Neid deutscher Bürger und richtet ihn gegen Ausländer und "Asylanten".

- sie strebt an, daß Ausländer von sozialen Leistungen und Hilfen ausgeschlossen werden,

- sie macht die Ausländer zu Sündenböcken der wachsenden gesellschaftlichen Probleme,

- sie will eine Ausweitung der Rechte für Ausländer verhindern und fordert massive Einschnitte in deren Rechte,

- sie will den "Asylbetrug stoppen", die "sofortige Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern",

- sie fordert die Registrierung von HIV-Positiven in einer zu schaffenden Infektionsliste,

- sie fordert die "Todesstrafe für Kinderschänder und Drogenhändler" - womit sie hinreichend Stellung zur derzeitigen Diskussion in Hertzen über die geplante Einrichtung des Maßregelvollzugs bezogen hat.

Aktuelle Stellungnahmen dazu kennen wir von der DL nicht. Wir wissen allerdings auch nicht, woher ein Flugblatt stammt, in dem zur Gründung einer Bürgerwehr aufgerufen wird. Unbekannt ist auch, wer die Morddrohungen, die verschiedenen Mitgliedern der Hertener Grünen mitgeteilt wurden, ausgesprochen hat.

Handelnde Personen der DL

a) Frank Reber hat eine Klammer- und Schlüsselfunktion für die neofaschistischen Organisationen im Kreis Recklinghausen. Er ist - neben Dieter Riefling, Melanie Dittmer und vermutlich Thomas Lemke - führender Kopf der Kameradschaft Recklinghausen, Vorsitzender des "Vestische Sportaktivisten e.V." und "Ortsleiter" der "Deutschen Liste Hertzen e.V."

Rebers politischer Lebensweg führte von der NPD und den Jungen Nationaldemokraten über die Wikingjugend (spätere Kinder- und Jugendorganisation der FAP), ANS/NA und NBR zur FAP.

Reber hat mit der Gründung des "Vestische Sportaktivisten e.V." und der "Deutschen Liste" seine Organisationsfähigkeit während der vergangenen 10 Jahre unter Beweis gestellt. Er hat jugendliche Skinheads organisiert und politisiert. Auch seine Militanz hat er mehrfach unter Beweis gestellt. Daß er auch gut schießen kann, sei hier nur am Rande erwähnt.

b) Zweitwichtigster Mann der DL und einer der beiden Stellvertreter ist Hartmut Grudke. Er war Mitglied des Kreisvorstandes der Republikaner und saß für diese im Rat

der Stadt Marl. 1990 versuchten Mitglieder des Kreisvorstandes der Republikaner, ein Ausschlußverfahren gegen ihn durchzusetzen, weil er zu rechtsextrem sei. Kurz vor der letzten Kommunalwahl verlegte Grudke seinen Wohnsitz von Marl nach Herten in das Haus, in dem auch Frank Reber wohnt. Daraufhin mußte er sein Ratsmandat in Marl niederlegen.

c) Horst Lemke aus Lübbenau (Partnerstadt von Oer-Erkenschwick) zeichnet presserechtlich für die meisten Flugblätter und Spuckzettel der DL verantwortlich.

Die zwei Gesichter der DL

Die Deutsche Liste konzentriert

eine Deutsche Liste Stolberg, die unter Federführung von Funktionären der NPD und deren Jugendorganisation, der JN, gegründet worden war.

Die DL versucht nach außen, sich als nicht gewalttätig und als Hüter von Recht und Ordnung darzustellen. Offen oder verdeckt versuchten Mitglieder der DL mehrmals, an Veranstaltungen linker Parteien wie z.B. der DKP, ausländischer Organisationen und antifaschistischer Bündnisse in Herten teilzunehmen. Sie nutzen jeden Ansatz für eine rechtliche Verfolgung. Uns kosteten Unachtsamkeiten und nicht genaue Recherche für Flugblätter in-

Markus Kriedel, wurde wegen eines brutalen Überfalls auf Jugendliche, die ein von ihm geklebtes Plakat der NPD entfernen wollten, verurteilt.

Vestische Sportaktivisten und MJÖLNIR - Versand und Verlag GmbH

Über beide Strukturen berichtete die AntifaZ bereits an anderer Stelle ausführlich.

Hinweise auf übergeordnete Strukturen

Eine vage Vorstellung über die Neonazistrukturen im Kreis recklinghausen konnten alle diejenigen bekommen, die im letzten Jahr aufmerksam die Tageszeitungen lesen oder andere Medien mitverfolgt hatte.

Anfang des Jahres 1996 gab es zwei Razzien der Polizei im Kreisgebiet.

Der gemeinsame Zusammenhang war die von der Polizei als "Kameradschaft Recklinghausen" bezeichnete Gruppierung.

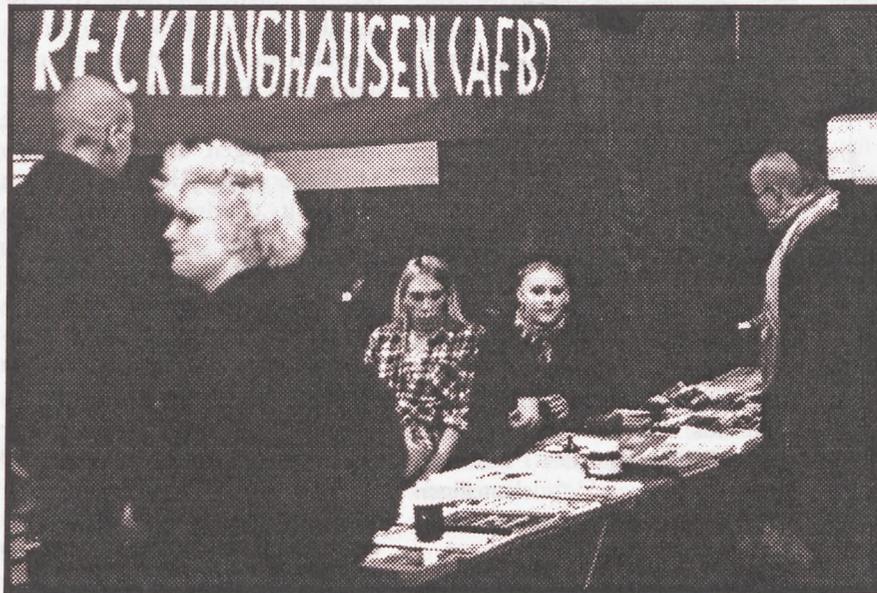
Herten gehörte bei der ersten Razzia zum Schwerpunktbereich. Am 16. Februar 1996 wurden 9 Wohnungen im Stadtgebiet durchsucht, am 24. April 1996 nur eine.

Bei beiden Razzien wurden insgesamt 69 Wohnungen bzw. "Objekte" durchsucht und zwar in Herten, Recklinghausen, Oer-Erkenschwick, Dorsten/Schermbeck, Castrop-Rauxel, Hal-

tern, Marl, Waltrop, Lübbenau (Spreewald), Herne und Bochum.

Im Gebiet des Kreises Recklinghausen würde es nach diesen Polizeiaktionen praktisch zwei "weiße Flecken" geben: Gladbeck und Datteln. Unseren Erkenntnissen nach ist dies nicht so. Seit dem 2. Verhandlungstag gegen den Nazimörder Lemke nehmen wir begründet an, daß Lemke der Kopf der Kameradschaft in Gladbeck ist, jedenfalls war er es, der die Einladungen für die Kameradschaftsabende verschickt hatte.

Es gibt ein Netz von Nazi-Aktivitäten, die über das Kreisgebiet hinausreichen. Dies dürfen wir nicht ignorieren.



An einem Büchertisch

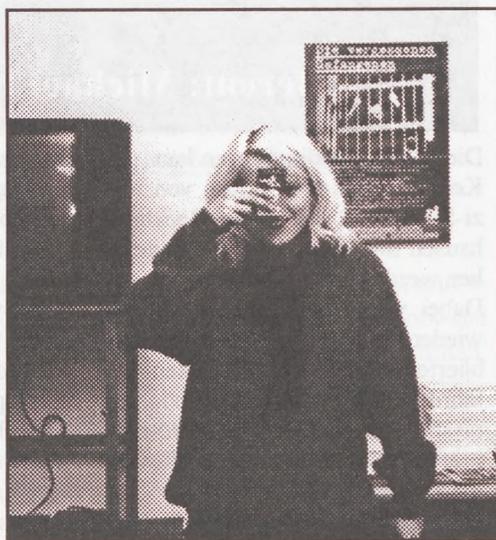
sich vor allem auf die Teilnahme an Wahlen. Unter legalen Bedingungen können sie öffentlich Wirkung zeigen und sich ins Gespräch bringen. Ansonsten wirken sie mehr im Verborgenen. So kandidierte die DL 1994 zu der Kommunalwahl in Herten und mit zahlreichen Mitgliedern auf der Liste "Die Unabhängigen" zur Kreistagswahl in Recklinghausen sowie 1995 zu den Landtagswahlen im Hertener Wahlkreis. Zu den Kommunalwahlen erlangte die DL in Herten 1 % der Stimmen.

Im Spreewald, in Berlin, Gelsenkirchen und Recklinghausen bildeten sich nach den Kommunalwahlen ebenfalls Deutsche Listen. Seit 1993 gibt es in Stolberg bei Aachen

zwischen rund 2 1/2 Tausend Mark. Deswegen auch unser Drang, Informationen "sicher" zu machen.

Mitglieder der DL fielen in der Vergangenheit auf, sehr schnell und unkontrolliert zur Gewalt zu greifen. Uwe Jerosch wurde 1995 innerhalb von 24 Stunden zweimal handgreiflich, eine "linke Zecke" erhielt Prügel in Hochlar und einen Tamilen schlug er brutal und ohne Grund auf offener Straße zusammen. Kurz nach den Taten trat er aus der DL aus. Die Anwesenheit des "Ortsleiters" der DL bei dem Verfahren bekundete, daß der Austritt des Täters nicht den Abschied von der Gruppierung bedeutete. Das Fördermitglied der DL,

E
I
N
D
R
Ü
C
K
E



RECKLINGHAUSEN

Referent: Michael Hillebrandt

Die Stadt Recklinghausen kann als Keimzelle für den Aufbau von Nazi-Strukturen im Kreis Recklinghausen und darüber hinaus angesehen werden.

Dabei waren und sind zunehmend wieder die in diesem Staat fest etablierte und nie von Verboten gefährdete NPD und ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten (JN), die hauptsächlich legalen Strukturen der Faschisten.

Die Alt-Funktionäre Joachim Gläbel, Rolf Plewka, der inzwischen verstorbene Bruno Schemmit und im Hintergrund die braune Eminenz, der ebenfalls vor Jahren verstorbene Rechtsanwalt Schöttler, zogen die Fäden, an denen der Nachwuchs, Leute wie Frank Reber, Dieter Riefling, Frank Maaß, sich zu neuen Kadern entwickeln konnten.

Schon 1978 hatte Joachim Gläbel die Leitung der JN in Castrop-Rauxel, 1980 zeichnete er verantwortlich für die "Bürgerinitiative Ausländerstop", 1981 gründete er die Gruppe "Sache des Volkes - Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation", 1983 das "Arbeiterkomitee gegen Überfremdung".

Frank Reber ist seit 1983 Mitglied der NPD und der später verbotenen Wiking-Jugend.

Daß die gesamten Strukturen der Faschisten engste Kontakte zueinander pflegten, belegt unter anderem die Tatsache, daß Reber geraume Zeit mit Dieter Riefling in der Oi-Skin-Band "Doitsche Säuerfront" spielte.

Daß die gesamte Struktur gewalttätig auftritt, belegt unter anderem die Teilnahme von Reber, Gläbel und Plewka an der Massenschlägerei am Volkstrauertag im Jahre 1983 in Gelsenkirchen-Buer, als sie auf Mitglieder der Friedensbewegung einschlugen.

Wie in vielen Fällen wurde auch in diesem Fall der Prozeß gegen Zahlung eines Bußgeldes eingestellt.

Wichtig bei der Analyse der früheren politischen Stoßrichtung der

faschistischen Kader ist, daß sie von Anfang an eine Doppelstrategie betrieben:

1. Aufbau von legalen, demokratisch getarnten Strukturen wie NPD, wie Bruno Schemmits "Deutscher Freundeskreis" oder die erwähnte "Bürgerinitiative Ausländerstop" und

2. Aufbau von SA-ähnlichen Strukturen, die die Ideologie des NS-Systems zur Grundlage machten, terroristische Gewalt als notwendiges Mittel zur Ausschaltung des Gegners propagierten und die Ausübung und das Trainieren solcher Gewalt vorantrieben.

Frank Rebers frühe Kontakte zur faschistischen Szenerie in Recklinghausen und in Oer-Erkenschwick leisteten dabei wichtige Dienste. Mal als "Deutsche Bomber", mal als "Volkssturm Recklinghausen", später dann als Teil der FAP Nordrhein-Westfalen unter Anleitung von "SS-Siggi" Borchardt und Jürgen Mosler waren neben Frank Reber die Brüder Jürgen und Dieter Riefling für die Leitung dieser Gewalt-Struktur verantwortlich.

Seit Beginn der 80er Jahre läßt sich die Spur dieser Terrortruppe in allen Städten des Kreises verfolgen.

Für Recklinghausen sei in diesem Zusammenhang erinnert an den Versuch, am 7. November 1987 ein bundesweites Nazi-Skin-Treffen durchzuführen, das allerdings am Widerstand der antifaschistischen Demonstration von 1500 Menschen scheiterte. Überhaupt läßt sich klar erkennen, daß antifaschistische Arbeit dem Treiben der Faschisten in Recklinghausen häufig erfolgreich Grenzen aufzeigte.

So zog es der "Deutsche Freundeskreis" 1978 nach öffentlichen Protesten z.B. in Recklinghausen und Marl vor, eine geplante "Kulturveranstaltung" abzusagen. So wurde die geplante "Reichsgründungs"feier der NPD am 16. Januar 1978 im Recklinghäuser Ratskeller erfolgreich verhindert.

Über die Geschichte der Ratskeller-Wirte und die Haltung der SPD zu ihnen ließe sich ein eigenes Referat halten - dazu ist heute leider keine Zeit. Es sei nur erwähnt, daß sie der FAP immerhin die Durchführung ihres Landesparteitages NRW ermöglichten, was übrigens auch darauf verweist, daß die faschistischen Kader Recklinghausens keineswegs Randfiguren der bundesweiten Nazi-Szene darstellen. Ausgerechnet am 1. Mai 1989 wollten Faschisten erneut ein provokatives überregionales Skinhead-Treffen in Recklinghausen durchführen. Auch das wurde erfolgreich durch rechtzeitige Mobilisierung der Öffentlichkeit verhindert, so daß die Polizei die anreisenden rechten Kader rechtzeitig aus den Zügen holte bzw. am Verlassen des Recklinghäuser Bahnhofs hinderte.

Wir können also feststellen, daß der antifaschistische Widerstand in Recklinghausen erfolgreich war.

Allerdings gab es auch erfolgreiche Aktionen der Faschisten, und zwar immer dann, wenn über ihre geplanten Aktivitäten vorher nichts bekannt wurde, weil z.B. die für die Vergabe des Ratskellers, des Saalbaus, der Engelsburg usw. zuständigen Personen oder Institutionen und Parteien hier die Neonazis deckten. Die größte Sorge der damals bereitstehenden Polizei war nicht die Verhinderung des Faschistentreffens, sondern daß die Linke von diesen Treffen Wind bekommen könnte.

Die Verhinderung des Skintreffens 1987 war für die Faschisten eine empfindliche Niederlage, führte allerdings auch dazu, daß die antifaschistische Wachsamkeit in Recklinghausen zeitweilig nachließ. Nicht anders ist es zu erklären, daß in der Nacht vom 2 auf den 3. Oktober 1990 immerhin 35 FAP-Leute und 25 Nazi-Skins durch Recklinghausen marschieren konnten. Aus Anlaß der Wiedervereinigung bedrohten sie die Altstadt-schmiede, nennenswerter Widerstand wurde ihnen seitens der dort Anwesenden nicht entgegengesetzt. Die Antifaschisten stellten die Verhältnisse aber wieder richtig, als sie am 4. Dezember 1992 mit fast 400 Menschen eine Teilnahme des

DER NAME DES KRIEGES GEGEN DAS VOLK IST KONTERGUERRILLA (Teil II)

Die Konterguerilla wurde entwickelt, um nationale Befreiungsbewegungen und Revolutionen zu bekämpfen

Anfang der 90er Jahre wurde die Existenz von Konterguerilla - Organisationen in den NATO - Ländern und in Staaten wie Finnland und Schweden, die nicht Mitglied der NATO sind, bekannt. Aber trotzdem, und obwohl die Türkei Mitglied der NATO ist, wird in der Türkei die Existenz einer Konterguerilla immer wieder bestritten. Vielleicht werden in den imperialistischen Ländern Europas keine Konterguerilla - Organisationen mehr gebraucht, aber die türkische Oligarchie braucht sie noch lange. Hier war es nie möglich, den revolutionären und den nationalen Befreiungskampf zu beenden, die Gefahr einer Revolution hat sich vielmehr für die Oligarchie vergrößert. Damit konnten sich weder der Imperialismus noch die Oligarchie abfinden. Deswegen wurde besonders ab Anfang der 90er Jahre der Kampf gegen das Volk verstärkt und zunehmend Gebrauch von der Konterguerilla gemacht. Mit Verschwindenlassen, Exekutionen, Massaker, Zwang zum Verrat, Verbrennen von Dörfern, Provokationen, Zwang zur Emigration und mit Verleumdungen der Revolutionäre und Patrioten wurde der psychologische Kampf verstärkt, Aktivitäten der Konterguerilla wurden institutionalisiert und zur Politik des Staates.

Neue Organisationen wie die Spezialeinheiten oder der Geheimdienst des Militärs JITEM wurden gegründet, Verräter von der Konterguerilla eingesetzt und die 'Dorfschützer' legalisiert.

Diese Methoden anzuwenden, bedeutet Krieg gegen das Volk zu führen. Eigentlich sind die Methoden für einen Krieg gegen das Volk nichts Neues. Sie wurden schon vorher von den Imperialisten, speziell von den USA und deren Konterguerilla - Zentrum CIA überall auf der Welt beim Krieg gegen die Völker angewendet.

Als die USA nach 1945 daran gingen, ihre kapitalistische Weltordnung zu verbreiten und zu sichern, gründeten sie in allen Ländern der Welt, die sie erreichen konnten, Konterguerilla - Organisationen. Ziel dieser Gründungen war es nicht, die Länder vor einer von außen drohenden Gefahr einer "Kommunistischen Besetzung" zu schützen, sondern nationale Befreiungskämpfe und Revolutionen in diesen Ländern zu verhindern, mit Hilfe der Konterguerilla - Organisationen kollaborierende Regierungen an die Macht zu bringen und an der Macht zu halten. Dadurch sollten die Länder von den USA abhängig und zu einer ständigen Quelle der Ausbeutung gemacht werden. Deswegen wurden nicht nur in NATO - Ländern, sondern in allen mit den USA zusammenarbeitenden Ländern Konterguerilla - Organisationen gegründet.

Die Militärexperten Peter Paret und John W. Shy erläutern die Ziele der USA so: "Ziel ist es, die Autorität der Regierungen, die von den USA unterstützt werden, zu stärken und deren Regime zu sichern." (P. Paret und J.W. Shy, Guerilla in the 1960, S. 42).

"Die USA können und müssen bei der Zerschlagung linker oder nicht linker Regierungen, die nicht den Wünschen der USA entsprechen, Konterguerilla einsetzen. (...) Unser Ziel ist es, statt unseren Interessen nicht entsprechenden oder uns nicht freundschaftlich gesinnten Regierungen, den USA freundliche Regierungen zu bilden." (a.a.O., S. 302)

Um diese Ziele zu erreichen, planten die USA in vielen Ländern Putsche, führten sie durch oder unterstützten ihre Durchführung. Der Putsch 1973 in Chile beispielsweise wurde durch den Finanzchef des amerikanischen Monopols ITT organisiert. Der durch Wahlen an die Macht gekommene sozialistische Präsident Chiles, Allende, wurde gestürzt, und an seine Stelle trat eine Militärjunta. Im Juni 1953 war der CIA am Sturz der Regierung von Ministerpräsident Mossadegh im Iran beteiligt. Der vom CIA stattdessen an die Macht gebrachte General Feyzullah Zahidi war ein Unterstützer der Nazis. In Griechenland wurde die Regierungskommandantur von der Konterguerilla organisiert. Vietnam, Korea und andere Länder, in denen die USA offen Krieg führten, Lateinamerika, das als 'Hinterhof der USA' bezeichnet wird, dienten als Laboratorium der Konterguerilla.

Die in den 80er Jahren verstärkte, zur Regierung gewordene und seit den 90er Jahren mit erhöhter Intensität gegen das Volk Krieg führende Konterguerilla in der Türkei profitiert von den Erfahrungen, die der CIA in den Jahren vorher in diesen Ländern aus Experimenten gewonnen hat.

Das erste Konterguerilla Zentrum, der 'Studienausschuß zur Mobilisierung'

1947 wurde in der Türkei unter der Regierung der CHP (Cumhuriyet Halk Partisi, Republikanische Volkspartei) aufgrund der Beziehungen zu den imperialistischen Ländern, speziell zu den USA, vom Ein- zum Mehrparteiensystem übergegangen. Diese Phase war sehr wichtig für die Türkei. Unter der an die Regierung gekommenen DP (Demokratische Partei) des Ministerpräsidenten Adnan Menderes entwickelten sich die Beziehungen der Türkei zu den USA rasch. In Rahmenabkommen mit den USA und europäischen Ländern verlangte die Türkei vor allem wirtschaftliche Hilfe.

Diese Hilfe wurde unter dem Einfluß der Truman-Doktrin, im Rahmen des Marshal-Planes, willig gewährt, um die USA ihrem Ziel, der Weltherrschaft, näher zu bringen. Obwohl es keine schriftliche Aufforderung der USA oder entsprechende Abkommen gab, schickte die Türkei auf eigene Initiative zum Wohl der Imperialisten Soldaten nach Korea, um sich den USA als verlässlicher Freund zu zeigen. Am 4. April 1952 wurde die Türkei NATO - Mitglied. Im Rahmen der 'Vereinbarung zur gemeinsamen Verteidigung' unterschrieb die Türkei viele Abmachungen, die sie von den Imperialisten abhängig machten. Wie bei jedem NATO - Mitglied, wurde auch in der Türkei 1952 gegen die Gefahr einer 'kommunistischen Besetzung' die Konterguerilla gegründet, unter dem Namen 'Studienausschuß zur Mobilisierung'. Und wie in jedem anderen Gründungsland auch, wurden Öffentlichkeit und Parlamente nicht von der Existenz der Konterguerilla unterrichtet. Nur die wenigen, die an der Gründung teilhatten, wußten davon.

Die Konterguerilla, die vom 2. Vorsitzenden des Großen Generalstabes abhängig ist, befand sich mit der USA - Hilfsorganisation JUSMAAT im gleichen Gebäude in Ankara/Bahcelievler. Ihr Name wurde 1965 in "Spezial - Kriegsamt" umgeändert, nach 1990 wurde sie erneut in "Speziale Streitkräfte Kommandantur" umbenannt. Bis zum Jahr 1947 übernahm der CIA die Kosten und die Ausbildung der Konterguerilla.

Konterguerilla und CIA sind miteinander verflochten

Unter dem Programm "Helfer sein" wurden unter Vermittlung der CIA die Konterguerilla-Kandidaten in den anderen imperialistischen Ländern oder Kolonien in Schulen oder in Ausbildungslagern ausgebildet. Unter den Ausgebildeten befinden sich Offiziere, Polizisten und Zivilisten. Die USA bilden sie aus, aber ihr Wille ist nicht, Helfer zu sein. In den Ausbildungslagern und Schulen nimmt die CIA Kontakt zu ihnen auf und versucht, sie als CIA-Agenten auszubilden. In jedem Land der Konterguerilla gründet sie ihre eigene Organisation. Und somit kann sie in den Ländern, die sie unter ihrer Kontrolle halten will, durch die Konterguerilla regieren. Bis in die letzten Schlupfwinkel des Staates dringt sie vor und holt so viel schneller Informationen über die Politiker und die aktuellste Situation ein als diejenigen, die die Regierung bilden. Sie versucht, die Polizisten und Offiziere, die sie zu ihren Agenten gemacht hat oder denen sie ihre Politik sehr leicht einimpfen kann, auch Bürokraten und Politiker, die für sie Schlüsselpersonen sind, in hohe Schlüsselpositionen zu bringen. Bei dem Putsch und Militärputsch spielten die Offiziere, die zu Agenten gemacht worden waren, eine sehr wichtige Rolle.

1967 erklärte der US-Verteidigungsminister McNamara das Ziel der USA so:

"Wenn wir es noch offener erklären müssen, mit den Hilfeleistungen für Lateinamerika verfolgen wir das Ziel, falls notwendig, mit der Polizei und anderen Sicherheitskräften zusammen, die nötige innere Ruhe herzustellen und die Ausbildung von Soldaten oder paramilitärischen Kräften zu unterstützen."

"Das eigentliche Motiv für unsere militärische Hilfe in Ländern, in denen das Militär noch schwach entwickelt ist, besteht darin, sie nach der Ideologie der USA zu formen und in Zukunft, wenn es notwendig wird, beim Regieren des Landes zu benutzen."

**Der von der Konterguerilla gegen das Volk geführte Krieg
führt auch zu einer Stärkung der Opposition**

Es sind 44 Jahre vergangen, seit die Konterguerilla in der Türkei gegründet wurde. Aber in den letzten 5 Jahren zeigte sich ein großer Unterschied zu all den anderen Jahren, sowohl bei der Macht, die sie im Staat erreicht hatte, als auch in den Methoden, die sie beim Krieg gegen das Volk anwendet. Das ist sicher kein Zufall. Wenn die Oligarchie mit der Hand der Konterguerilla die brutalsten und grausamsten Methoden bei dem Krieg, den sie gegen das Volk eröffnet hat, anwendet, dann kommt das von ihrer Hilflosigkeit gegenüber den Revolutionären und dem nationalen Kampf. In der Vergangenheit hat sie gesehen, daß all die Werkzeuge und Methoden nicht ausgereicht haben, um den Kampf anzuhalten, und sie ist jetzt gezwungen, neue Methoden und Instrumente zu entwickeln, um den Krieg weiterzuführen. Zwischen 1950 und 1960 wurde in der Türkei die "Politik des Kalten Krieges" der USA von der Demokratischen Partei unter Führung von Menderes auf radikale Weise angewandt. Den größten Feind stellten *"der Kommunismus und die Sowjetunion"* dar. In diesem Zeitabschnitt wurde als erste Aktion der Konterguerilla die Bombardierung des Hauses von Atatürk, das als Museum eingerichtet ist, 1955 in Thessaloniki (Griechenland) durchgeführt. Die Regierung und Presse, die sie unterstützte, nutzten dieses Ereignis, um das Volk zu provozieren. Die durch die Provokationen von der Konterguerilla organisierten Putschisten führten im Jahr 1955 in Istanbul Angriffe auf Häuser, Geschäfte und Arbeitsplätze von Armeniern und Byzantinern durch. Diese Orte wurden zerstört oder verbrannt.

Aber der Konkurs ihrer Wirtschaftspolitik führte zu einer ökonomischen Krise und Armut im Lande und warf die Demokratische Partei zurück. Die Konterguerilla griff die Opposition noch härter an, was Ende der 50er Jahre eine Steigerung der demokratischen Opposition zur Folge hatte und dann zum Putsch vom 27. Mai 1960 führte. Die USA hatten vorher von dem Putsch gewußt. Aber man konnte erkennen, daß sie die Offiziere, die diesen Putsch organisiert hatten, nicht in dem Maße, wie sie es wollten, unter Kontrolle hatten. An dem gegründeten Komitee der nationalen Einheit war zwar zunächst auch der in den USA ausgebildete Faschist Alparslan Türkes beteiligt, jedoch wurde er später mit seinen Freunden entfernt und in die Verbannung geschickt. Später wurde er zum Chef der zivilfaschistischen Organisation MHP (Graue Wölfe).

Mitte der 60er Jahre begannen die Massenaktionen. 1967 wurde die DISK (Konföderation der Revolutionären Arbeiter-Gewerkschaften) gegründet und die Organisierung unter den Arbeitern nahm eine rasche Entwicklung. Ab den 68ern nahmen die Diskussionen unter den Linken erheblich zu, die revisionistische Linie von TKP und TIP galt als besiegt. Die Jugend entfernte sich zum großen Teil von dieser Linie. Zuerst wurde die FKF (Föderation der Gedankenklubs unter Muhrir Cayan) und danach die Revolutionäre Jugend gegründet. Gegen die immer mehr Massen erfassende, immer radikalere und eine Revolution anstrebende Opposition wurde zunehmend die Konterguerilla eingesetzt. Eine Zivilorganisation der Konterguerilla, die zivilfaschistische Bewegung der MHP, begann sich damals zu organisieren. Ab 1967 wurden die Zivilfaschisten in den Kommandocamps der Konterguerilla ausgebildet. Alparslan Türkes wurde Anführer dieser Bewegung. Nihat Yazar, der ehemalige MHP-Disziplin-Vorstandsvorsitzende, der später die Partei verließ, erklärte in einem Bericht an die Zeitung Politika über die Beteiligung von Alparslan Türkes am Putsch von 1960 folgendes: *"Die Beziehung zwischen Alparslan Türkes, der an dem Putsch beteiligt war, und der CIA datiert aus der damaligen Zeit."*

Gegen die zunehmende Volksopposition setzte der Staat die Zivilfaschisten in Polizei und Armee ein.

Die provokativen Aktionen der Konterguerilla

Seit den 60er Jahren waren provokative Aktionen Teil der Methoden der Konterguerilla, um den psychologischen Krieg auszuweiten. Der 12. März Putsch und viele Sabotageaktionen wurden durchgeführt. Dabei wurde versucht, dies alles so darzustellen, als hätten es die Revolutionäre gemacht. Es wurde eine breite Verleumdungskampagne gegen die Revolutionäre durchgeführt. Einige dieser Aktionen:

- * In Istanbul wurde eine rote Flagge auf dem Galataturm aufgehängt.
- * In Taksim/Istanbul wurde der Atatürk-Kulturpalast verbrannt

- * In Eminönü/Istanbul wurde eine Fähre versenkt
- * In Istanbul wurde der Sirkeci Bahnhof bombardiert
- * In Yasilköy/Istanbul wurde der Atatürk-Flughafen bombardiert
- * Die Marmara-Fähre wurde in Brand gesteckt.

Mit solchen provokativen Aktionen übte die Konterguerilla Terror aus auf Revolutionäre, Demokraten und Intellektuelle. Hunderte von Menschen wurden festgenommen und gefoltert. Aber wie bei allen Aktionen wurden auch bei diesen keine Täter gefunden.

Der Beginn der Massenhinrichtungen

Mit dem 12. März Putsch des Jahres 1971 wurde die Konterguerilla noch stärker. Ganz im Gegensatz zum 27. Mai 1960 spielte die Konterguerilla bei diesem Putsch eine größere Rolle. Unter der Junta hörte man den Namen der Konterguerilla am meisten in Istanbul/Erenköy bei dem Ziverbey - Haus, Folterzentrum. In dieser Zeit ist der 1. Konterguerillachef des Großen Generalstabs Memduh Tagmac.

Danach hat sich die Organisierung der Konterguerilla, von MHP-Zivilfaschisten und Stützpunkten der Faschisten verstärkt. Ab 1974, mit der Steigerung des revolutionären Kampfes, begannen die Angriffe der zivilfaschistischen Banden erneut. Die faschistischen Banden wollten Schulen, Wohnviertel, Dörfer im gesamten Land unter ihre Kontrolle bringen. Die Oligarchie wollte die zunehmende Opposition durch eine faschistische Besetzung erwürgen. Das veranlaßte die zum Klassenkampf gezwungenen Massen, den antifaschistischen Kampf zu entwickeln. Obwohl es bei manchen opportunistischen und revisionistischen Gruppen zu keinerlei Provokationen kam und sie eine passive Haltung gegenüber faschistischen Angriffen einnahmen, wurde in den Schulen und Wohnvierteln Widerstand geleistet. Es wurden große Opfer gebracht, Tausende Revolutionäre und Patrioten kamen zu Tode. Der faschistische Plan wurde durchkreuzt, die Besetzung durch die Faschisten wurde in allen Gegenden des Landes zum größten Teil durchbrochen. Als die sich vergrößemde Opposition auch durch die vom Staat unterstützten faschistischen Angriffe nicht mehr aufgehalten werden konnte, blieb der Oligarchie keine andere Möglichkeit mehr, als einen Militärputsch durchzuführen. Zwischen 1975 und 1980 wurden die meisten Konteraktionen von Zivilfaschisten durchgeführt, In diesem Zeitraum wurden Revolutionäre und Patrioten zumeist von Organisationen wie ETKO (von MHP-Faschisten gegründete 'Rettungsarmee der gefangenen Türken') oder der IIT (Türkische Rachebrigade) entführt, gefoltert und ermordet.

Die ermordeten Menschen wurden in einen Sack gesteckt und irgendwo hingeworfen

Die Konterguerilla führte in diesem Zeitraum folgende Massenhinrichtungen durch:

- * Am 1. Mai 1977 wurden Menschen auf der Straße von Gebäuden aus erschossen und mit Panzern überfahren. Der Tod von 36 Menschen war zugleich das Zeichen für den Anfang einer Massenhinrichtungswelle.
- * Am 16. März 1978 wurden vor der Istanbuler Universität demokratische und revolutionäre StudentInnen erschossen, als sie das Universitätsgebäude verließen. Danach werden 7 StudentInnen durch eine Bombe ermordet.
- * Am 8. Oktober 1978 werden 7 Mitglieder der TIP (türkische Arbeiterpartei), StudentInnen, in ihren Wohnungen in Ankara/ Bahcelievler von faschistischen Mördern getötet. Einer der Verantwortlichen dieses Massakers ist Abdullah Catli.
- * Im Oktober 1978 holen Faschisten in Istanbul 4 StudentInnen aus einem Bus und erschießen sie.
- * Am 21. Dezember 1978, vor dem Massaker in Kahramanmaras diesen Jahres, werden 2 Lehrer, Mitglieder der TÖB-DER (Lehrgewerkschaft) ermordet. Am 22. Dezember greifen Faschisten die Menschen an, die an der Beerdigungsfeier der ermordeten Lehrer teilnehmen. Von dort aus marschieren die Faschisten bis zum Einkaufszentrum, wo sie die Geschäfte von Alewiten und der CHP (Republikanische Volkspartei) zerstören. Bei einer Auseinandersetzung ermorden sie 3 weitere Menschen. Am 23. Dezember, sozusagen um die Auseinandersetzung zwischen der Polizei und dem Volk zu verhindern, wird für alle Polizisten ein Einsatzverbot ausgesprochen. Dadurch können sich die Faschisten versammeln, und es wird ihnen 'freie Hand' gelassen. Die Soldaten, die der Gouverneur am 21. Dezember anfordert, kommen nicht. Am 24.

Dezember greifen Faschisten ein Wohnviertel, in dem überwiegend Alewiten leben, an. Sie ermorden Kinder, ältere Menschen, Frauen - auch schwangere -, Kranke, ohne jegliche Ausnahme. Die Angriffe halten bis zum Abend des 25. Dezember an. Bei den Angriffen werden 210 Häuser und 70 Arbeitsplätze zerstört und verbrannt. So weit festzustellen ist, werden insgesamt 111 Menschen ermordet.

- * Am 16. Mai 1979 stürmen Faschisten ein von Linken besuchtes Cafe in Ankara/Etik Piyangotepe. Sie zwingen die Menschen, sich auf den Boden zu legen und erschießen sie. Bei diesem Massaker werden 7 Menschen ermordet.
- * Am 27. Oktober 1979 wird ein von Linken besuchtes Cafe in der Devrim-Straße in Istanbul/Bayrampasa von Kugeln durchsiebt. Dabei werden 6 Menschen getötet.
- * Am 28. Oktober 1979 wird wieder ein Cafe in Kayseri, das von Linken besucht wird, von den Faschisten durchsiebt. 5 Menschen sterben.
- * Am 16. Dezember 1979 wird das Barbaros Kaffeehaus in Istanbul/Besiktas, das von revolutionären Studenten besucht wird, bombardiert. Dabei sterben 5 Studenten.

Es wäre möglich, der Liste von Massakern unzählige weitere hinzuzufügen. Wir haben nur einige davon ausgewählt.

Sprengstofflager im Haus der MHP-Konterguerilla

Am 16. Februar 1979 wurde im Haus des pensionierten Hauptmanns Mehmet Ali Cevirker, der während seiner Militärzeit im Dienste der Konterguerilla stand, Sprengstoff gefunden. Es wurde festgestellt, daß die Sprengstoffe, die bei den Massakern am 16. März 1978 in der Istanbuler Universität und in Kahramanmaras eingesetzt wurden, aus Mehmet Ali Cevirker's Lager stammten. Im August 1978 gab der Faschist Ali Yurtaslan an, daß Mehmet Cevirker Mitglied der MHP sei. Die oberen MHP-Leute bestellten falsche Papiere für Mehmet Cevirker, um ihn aus dem Gefängnis zu holen, schafften es jedoch nicht.

Aktionen der Konterguerilla:

Am Cigli-Flughafen in Izmir - Anschlag auf Ecevit

Als Ecevit am Flughafen ankam, wurde er von einem Polizisten angeschossen, aber die Kugel traf das Bein von Mehmet Isvan, der neben Ecevit stand. Ein zweiter Anschlag sollte bei einem Treffen in Taksim/Istanbul erfolgen, dieser wurde jedoch durch eine Warnung des Staatspräsidenten Demirel verhindert.

"Wir haben noch nicht einmal den Ministerausschuß nationalisiert"

Der Jugendführer von 1979 beschloß, einen Bericht über NATO, CENTO, Miliz, Erdöl, Nationale Wirtschaft, Nationalisierung der natürlichen Ressourcen, Montage-Wirtschaft und Unabhängigkeit zu schreiben, der dem damaligen Ministerpräsidenten İnönü überreicht werden sollte. Süleyman Genc übernahm den Auftrag. Nachdem İnönü den Bericht gelesen hatte, sagte er zu Süleyman Genc:

"Laß mich über ein Ereignis berichten, das mit passierte: 1963 war ich Ministerpräsident. Die Situation in Zypern hatte sich verschärft. Das London-Zürich-Abkommen wurde vom Staatspräsidenten von Zypern einseitig geändert. Ich rief den Ministerausschuß zu einer Besprechung zusammen, und wir diskutierten über notwendige Sicherheitsmaßnahmen. Wir haben uns für eine Politik entschieden, die wir anwenden wollten. Die Kommission wurde beendet, und meine Freunde gingen weg. Nach 45 Minuten rief mich der amerikanische Konsul an und bat mich um einen Termin. Er wies darauf hin, mit mir über die Probleme in Zypern sprechen zu wollen. Ich war einverstanden. Alles, was wir im Ministerausschuß besprochen hatten, zählte er der Reihe nach auf. Das sind gefährliche Erregungen, sie können gefährliche Reaktionen auslösen.

Die Türkische Regierung darf nicht Auslöser dieser gefährlichen Sachen sein', sagte er. Inönü: 'Wir haben es nicht einmal geschafft, den Ministerausschuß zu nationalisieren, was wollt ihr denn machen?'

**"Ich erteile eine Aufgabe, und noch bevor ich das Ergebnis erfahre,
weiß Washington Bescheid"**

Bei einer Besprechung 1964 berichtete Ismet Inönü, wie sich der CIA in der Türkei unter dem Namen Berater-Experte organisierte:

"Wir wollen noch unabhängige, charaktervolle Politik. Jeder redet über dieselben Dinge. Wie werde ich das machen? Ich werde mich entscheiden und die Sache den Experten weiterleiten. Können sie das tun? Sie sind umzingelt von ausländischen Beratern, wenn sie nicht erfolgreich sind, dann ziehen sie die Sache hin. Wenn das auch nicht funktioniert, dann treffen sie Sicherheitsmaßnahmen. Ich erteile eine Aufgabe. Bevor ich das Ergebnis erfahre, liegt es bereits in Washington vor. Die Ergebnisse erfahre ich nicht von meinen Beamten, sondern von ihnen. Haben wir den Staat etwa so weitergegeben? Mir wurde kein einziger Bericht von ihnen gezeigt, der tatsächlich eine Lösung aufzeigt. Alles verbotene Sachen. Alles, was wir machen, machen wir mit unseren Männern. Also laufen tausende Menschen nur so herum, oder sie haben alle bestimmte Eigenschaften. Ansonsten wären die Banden aktuell. Den Schadensersatz hätten wir zwischen unseren beiden Staaten erledigen können. Der ganze Kampf dafür ist wegen des Angriffs auf unsere Initiative. Sie waren bereit, uns Vorschläge zu machen, wenn wir auch nur einen Experten von ihnen aufnehmen würden. Wir waren nicht einverstanden. Wir wußten genau, wieso sie das wollten. Und sie wußten genau, wieso wir nicht einverstanden waren. So sind nun mal die Sichen. Sie machen Versprechungen, und wenn du es unterschrieben hast, kommen sie gleich morgen. Dann versuch, sie wegzubringen, wenn du es kannst. Sie gehen dann nicht mehr weg. Aber man muß sich in dieser Sache Gedanken machen. Ansonsten können wir keine unabhängige Außen- und Innenpolitik betreiben. Glaub nicht, daß die Sache so einfach ist. Sogar unerwartete Vorfälle sind besser als das. Wenn wir versuchen, sie wegzubringen, weiß ich nicht, was uns

passieren könnte".

(Übersetzung aus Kurtulus Nr. 9 vom 14. Dezember 1996)

Der Rechtshilfeverein AZADI stellt sich vor

"Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel ist." (Walter Benjamin)

Die Tradition der Unterdrückten in den heutigen Tagen ist nicht nur, aber auch kurdisch. Und die kurdische Realität lehrt uns heute in Deutschland, daß wir in einem Ausnahmezustand leben. Und zwar in einem geregelten. Daher merken die deutschen Bürger und Bürgerinnen meist nichts davon, denn alles geht ja seinen geregelten Gang, auch die Unterdrückung. Das hat Tradition in Deutschland.

Seit 3 Jahren gibt es das "PKK-Verbot". außer in der Türkei auch in Deutschland. Die seitdem in Gang gesetzte Repressionsmühle der bundesdeutschen Exekutive und Justiz hat tausende Menschen kurdischer Herkunft durchgemahlen. Razzien, Vereinsverbote und -durchsuchungen, Verhaftungen, Aufrufe zur Denunziation - das alles kennzeichnet den geregelten Ausnahmezustand in Deutschland heute.

Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Menschenrechtsorganisationen, politischer Parteien und Anwaltsvereinigungen veröffentlichten bereits im November 1994 einen Aufruf zur politischen und materiellen Unterstützung der in Deutschland verfolgten Kurdinnen und Kurden. Aus dieser Initiative entstand im April 1996 der Rechtshilfeverein AZADI. Azadi ist das kurdische Wort für Freiheit. In der Satzung des Vereins ist zu

lesen, daß die internationale Gesinnung, kulturelle Toleranz und die Völkerverständigung gefördert werden sollen. Der Verein wird diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft unterstützen, die in Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes verfolgt, kriminalisiert und verhaftet werden. Die Hilfe gilt denjenigen, die deswegen vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Der Rechtshilfeverein AZADI wird begleitet von einem Beitrag politischer Gruppen und Einzelpersonen; der Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, der Bundesvorstand der Roten Hilfe und eine grüne Landtagsabgeordnete aus Rheinland-Pfalz gehören bereits dazu.

Die bisherige Arbeit gestaltet sich eher schwierig. Das eingerichtete Spendenkonto stand dem Verein nicht zur Verfügung. Die zuständige Sparkasse verzögerte die Konto-Verfügung ohne konkrete Angabe von Gründen. Schließlich löste sie - wiederum ohne konkrete Angabe von Gründen - das Konto auf. Nun bemüht sich der Rechtshilfeverein um ein neues Konto. Drei weitere Geldinstitute versagten dem Verein, dort ein Konto einzurichten. Daß die Arbeit des Rechtshilfevereins nicht leicht sein wird, zeigt auch die Tatsache, daß sich bereits der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz für dessen Tätigkeit interessiert. Alles, was mit Kurdistan zu tun hat, wird in Deutschland mit Argusaugen beobachtet. Der geregelte Ausnahmezustand gilt auch für diejenigen, die sich solidarisch mit den Unterdrückten verhalten.

Damit die Unterdrückung ein Ende hat, damit wir uns auch an den Ausnahmezustand in Deutschland nicht weiter gewöhnen, ruft der Rechtshilfeverein zur tatkräftigen Unterstützung seiner Arbeit auf.

Kontaktadresse: Rechtshilfeverein AZADI e.V., Maxstr. 50, 53111 Bonn.

Da bisher noch kein eigenes Konto vorhanden ist, bittet der Verein um Geduld. Informationsmaterial (Plakat "Freiheit für die politischen Gefangenen" und die regelmäßig erscheinenden Rechtshilfeinformationen) kann gegen Rückporto zugesandt werden.

(Aus: Kurdistan Report, deutschsprachige Ausgabe, Nr. 83, Januar/Februar 1997)

PRISON WATCH INTERNATIONAL GEGRÜNDET

Buca September 1995, Ümraniye Januar 1996, Todesfasten Sommer 1996, Diyarbakir, Canakkale, Suzurluk... auch die europäische Öffentlichkeit kann nicht schweigen angesichts der Menschenrechtsverletzungen, aber auch angesichts des Zorns des Volkes aufgrund der Unterdrückung und Ungerechtigkeit in der Türkei.

Nicht erst seit dem Todesfasten im Sommer letzten Jahres sind die Augen der Weltöffentlichkeit auf die Türkei gerichtet. Aber die Entschlossenheit und Willenskraft der Todesfastenden, eher ihr Leben zu geben als vor dem Faschismus das Knie zu beugen, haben nicht nur die Menschen in der Türkei beeindruckt und zum Kampf gegen das faschistische Regime in der Türkei aufgerufen.

Auch in Europa waren viele erschüttert über die Bilder aus Bayrampasha, die in den Abendnachrichten Europas ausgestrahlt wurden. Berichte der Zeugen, die in die Türkei gefahren waren und mit eigenen Augen sehen konnten, mit welcher Menschenverachtung die Herrschenden die rechte der Menschen mit Füßen treten, weckten Wut und Protest überall in Europa. Und auch hier spürte man das Hoffnung machende wachsende Bewußtsein der eigenen Stärke der Völker in der Türkei, die sich gegen diese Unterdrückung, Ausbeutung und Unmenschlichkeit organisiert.

Angestoßen vor allem durch das Todesfasten, aber auch, weil der türkische Staat seine Versprechen auf eine Anerkennung der Rechte der Gefangenen nicht einhielt, hat sich in Europa eine Initiative gegründet, die besonders die Situation in den Gefängnissen in der Türkei aktiv begleiten will.

Dazu wurden Komitees in Deutschland, England, Holland, Frankreich, Österreich und Belgien gegründet.

Am 1. Februar wurde dann in Deutschland "Prison Watch International" als offizieller Verein gegründet.

An der Gründungsversammlung nahmen Vertreter verschiedener politischer Gruppen in Deutschland, Abgeordnete, Rechtsanwälte, interessierte Einzelpersonen und ein Vertreter des "Prison Watch Committee" teil.

Aus Istanbul war Rechtsanwalt Efkân Bolac vom "Rechtsbüro des Volkes" gekommen, um über die aktuelle Situation zu berichten.

Nach einleitenden Worten der Abgeordneten Heidi Lippmann - Kasten (B 90/Die Grünen), einer der InitiatorInnen von "Prison Watch International", überbrachte Rechtsanwalt Evkan Bolac Grüße der politischen Gefangenen aus der Türkei. Er berichtete von der Geschichte des Widerstandes in den Gefängnissen.

Danach sprach Perihan Özpolat, die Schwester von Erol Özpolat und Nichte von Sadi Naci Özpolat, die beide am Todesfasten teilgenommen hatten. Sie schilderte eindringlich ihre Ängste und Sorgen um das Leben der Todesfastenden und kritisierte die europäischen Medien und manche Menschenrechtsorganisationen in Europa, die sich erst eingeschaltet hatten, als die ersten Gefangenen gestorben waren. Alle waren von ihrem Bericht sichtlich beeindruckt und überlegten, was sie und "Prison Watch International" dazu beitragen könnten, solch eine Situation in Zukunft zu verhindern. Vorgeschlagen wurde die Bildung von sechs Arbeitsgruppen: Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung und Umsetzung von Aktionsformen, Planung und Durchführung von Delegationen, Völkerrechtsverletzungen, Organisierung kurzfristiger Reisen in die Türkei und Koordinierung der Gesamtarbeit.

Als erste offizielle Aktion des gegründeten Vereins wurde eine Resolution über Manisa verabschiedet, in der gefordert wurde, nicht die Jugendlichen, sondern die Folterer zu bestrafen (in dieser Ausgabe an anderer Stelle)*.

(gekürzt aus: Nachrichtenbulletin Türkei und Kurdistan v. 14.2.1997)

* Hinweis der AntifaZ-Redaktion

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle

Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

H

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
 NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
 45657 RECKLINGHAUSEN
 TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Faschisten-Idols Thorsten Lemmer an einer sogenannten Talk-Show in eben dieser Altstadt Schmiede verhinderten.

Überhaupt fühlen sich im Zuge des durch die Wiedervereinigung erstarkten Nationalismus in Recklinghausen auch Teile des rechten bürgerlichen Spektrums bemüht, Flagge zu zeigen. So der Buchhändler Winkelmann, der den Ökofaschisten O.M. Bruker in die Engelsburg einlud; so der Recklinghäuser Presseclub, der unbedingt den CDU-Rechtsaußen Lummer zum Gespräch bitten mußte.

Daß seit der sogenannten Wende rassistische und faschistische Gewalt gegen Ausländer und Asylsuchende in Deutschland zum Alltag wurde, hat auch in Recklinghausen Folgen gehabt. Die Solidaritätsarbeit für Sinti und Roma wurde eingestellt, die Unterkünfte an der Strükedestraße nach diversen Anschlägen und der Aktivität einer rechten Bürgerinitiative weitgehend abgerissen, die Wohnwagen an der Cäcilienhöhe dichtgemacht.

Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern sind an der Tagesordnung.

Initiativen zum Aufbau einer "Aktion Fluchtburg" in Recklinghausen waren nicht erfolgreich.

Daß 1995 die FAP verboten wurde, hing einzig mit den für die Weltöffentlichkeit inakzeptablen Bildern der genehmigten bzw. geduldeten Heß-Märsche in Fulda und Bayreuth zusammen, geschadet hat es den Fascho-Strukturen nicht. Auch zwei Razzien Anfang 1996 in Recklinghausen und Umgebung bedeuteten nicht, daß die Nazi-Szene entscheidend geschwächt wurde - das Gegenteil ist der Fall, zumal

einiges darauf hindeutet, daß die Faschisten über die bevorstehenden Durchsuchungen rechtzeitig informiert waren.

In einem allgemeinen Konsens von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit organisieren die faschistischen Kader sich in verdeckter Form - Treffen der sogenannten Kameradschaften finden in Privatwohnungen oder in Kneipen statt.

Bestimmte Kneipen wie Scheune am Steintor sind Kommunikationssorte für das Umfeld. Das zeigt auf, daß es mit einem Verbot faschistischer Organisationen allein nicht getan ist, sondern daß z.B. auch die Verbreitung faschistischer Ideologie juristisch konsequent verfolgt werden müßte und daß gegen Kneipenwirte, die den Faschisten ihre Treffen ermöglichen, auf jeder Ebene vorgegangen werden muß.

Erschreckend, daß an Recklinghäuser Gymnasien faschistische Organisation wieder stattfindet und deren Propaganda auf fruchtbaren Boden fällt, wie Berichte beispielsweise vom Freiherr-vom-Stein-Gymnasium zeigen.

Während heute die Altkader wie Gläbel und Plewka sich vor allem publizistisch betätigen, etwa in den Redaktionen der "Unabhängigen Nachrichten (UN)" oder im Marler "Leiheft", nimmt die organisierte Tätigkeit der "Kameradschaft", insbesondere unter sehr jungen Leuten, bedenkliche Formen an.

Wir gehen davon aus, daß inzwischen 30-40 Leute zum Mitgliederkreis der recklinghäuser Kameradschaft gehören.

Verantwortlicher Funktionär ist z.Zt. für Recklinghausen Jürgen

Riefing, Verstärkung hat er bekommen durch einen aus Halle nach Recklinghausen umgezogenen faschistischen Kader.

Nach unserer Einschätzung ist bei den Faschisten die Phase der relativen Verunsicherung abgeschlossen, es ist in nächster Zukunft mit verstärkten Aktionen, beispielsweise mit dem Versuch, am 20. April einen Marsch durch Recklinghausen zu organisieren, zu rechnen.

Dies zu verhindern, sollte auch eine wichtige Aufgabe unserer Koordination sein.

Wir suchen

freie MitarbeiterInnen

Das Archiv G.Fälscht sammelt seit 1991 politische Fälschungen von unten. Unsere MitarbeiterInnen haben ein Auge auf fake's in ihrer Region und schicken uns mindestens 3 Originale mit den dazugehörigen Zeitungsartikeln, Fotos, Flugis etc...

Mittlerweile liegen uns die vielfältigsten Fälschungen von A-Z vor:

Ausweise, Anzeigen, Behördenschreiben, Briefmarken, Drucksachen, Extraausgaben, Fahrausweise, Flugzeugabstürze, Gut- und Geldscheine, Hauswurfsendungen, Informationsbroschüren, Jubelparaden, Karten, Nachrichten, Offizielle Rundschreiben, Plakate, Stempel, Schilder, Scheinbesetzungen, Tageszeitungen, U-Bahnkarten, Wahlpropaganda, Werbezettel und Zug-Begleiter...

Besonders interessiert sind wir an Einsendungen von AuslandskorrespondentInnen über amerikan. hoax, englische fakes, spanische falsificasines, italienische falsificazione, französische falsification, und unsichtbares Theater aus aller Welt.

Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in Ihrem Leben schon einiges falsch gemacht haben, sondern auch "Opfer" oder Sympathisanten und Neueinsteiger.

Schickt uns also keinen tabelarischen Lebenslauf, sondern von jeder Fälschung mind. 3 Exemplare und Zeitungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht

Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen

Lagerhaus Schildstraße 12-19 D-28203 Bremen
internet: http://www.underground.de/g_faelscht/
Postbank Hamburg Nr.:547258202 BLZ 20010020



Menschenrechte für die Frau 4/96

Die Zeitschrift von TERRE DES FEMMES

- Kinderpornographie im Internet
- Internationale Vernetzung gegen Kinderprostitution
- Interview mit der Filmemacherin Zara Yacoub
- Hebammenausbildung in Ostafrika

bei: TERRE DES FEMMES, PF 2565, 72015 Tübingen
Tel. 07071/24289. Preis: 6,50 DM + 1,50 DM Porto
(Bitte in Briefmarken)

AFB-Veranstaltung zum 30. Januar 1933

Am 29.01.1997 führte der Antifaschistische Bund Recklinghausen eine Diskussionsveranstaltung in den Räumen der Szene-Kneipe "Grauzone" am Oerweg durch. In den Räumen waren zu diesem Zeitpunkt zu diesem Zeitpunkt auch Gemälde unseres AFB-Mitgliedes Horst ausgestellt, die bei einigen der Anwesenden "gut ankamen".

Der Arbeitstitel, unter dem als Zeitzeuge der Dortmunder Journalist Heinz Junge, Vorstandsmitglied von VVN/Bund der Antifaschisten und Generalsekretär des Internationalen Komitees der ehemaligen Häftlinge des KZ Sachsenhausen, eingeladen wurde, lautete sinngemäß: "War Hitler ein Betriebsunfall oder kann sich so etwas wiederholen?" Es sollte darum gehen, wie damals Widerstand geleistet wurde und was man heute daraus für Erfahrungen schöpfen kann.

Zur Veranstaltung erschienen etwa 30 bis 40 Personen aus verschiedenen politischen Lagern, was sich hinterher bei der Diskussion deutlich widerspiegelte, wo teilweise "die Fetzen flogen".

Heinz Junge machte es ganz konkret: Er schilderte sein Leben und seine Arbeit während der Nazi-Zeit. Er war bereits kurz nach der Machtübergabe an Hitler, an deren Darlegung er bereits deutlich machte, wie wenig von einem "Betriebsunfall" die Rede sein kann, als Kommunist verhaftet und in die Dortmunder Steinwache verbracht worden, wo damals die Gestapo ihren Sitz hatte. Unter den dort Mißhandelten traf er außer Genossen seiner Partei (KPD) auch Sozialdemokraten an, und schon damals bahnten sich zwischen ihnen Beziehungen an, die zu einem gemeinsamen Vorgehen beider Parteien im Dortmunder Untergrund führen sollten, eine Basis, die auch nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Dortmund mit Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein Bestand hatte.

Heinz Junge wurde ins ins KZ Börgermoor verschleppt. Er überlebte

dank der unter den Geschundenen vorherrschenden Solidarität und aufgrund seiner robusten Natur. Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurden viele Moorsoldaten auf freien Fuß gesetzt, weil man diejenigen, die diese "harte Schule" überlebt hatten, als künftige Soldaten glaubte verwenden zu können, so auch Heinz Junge.

Er tauchte in Dortmund unter und war bald führend im Widerstand tätig. Dabei ging es auch um Sabotageakte in Rüstungsbetrieben (in Hörde gab es z.B. die Reichspanzerschmiede Phönix). In manchen Stadtteilen des Dortmunder Nordens (z.B. Dorstfeld) konnten sich die Nazis während der gesamten Zeit ihrer Herrschaft nur in größerer Mannstärke bewegen. Zeugnis von dieser Zeit gibt eine heute in der Steinwache untergebrachte Dauerausstellung, zu der auch Heinz Junge beigetragen hat. Als sein Name (sowohl der Deckname als auch sein bürgerlicher Name) allmählich auch im Obergrund bekannt wurde, sah es seine Partei als ratsam an, ihn aus Deutschland verschwinden zu lassen. Er arbeitete von da an mit niederländischen Genossen auf der Insel Vlieland zusammen. Über sein Wirken dort

haben die niederländischen Genossen nach 1945 eine Broschüre herausgebracht, um an seinem Beispiel aufzuzeigen, daß nicht das deutsche Volk insgesamt, sondern in erster Linie das deutsche Großkapital die Verantwortung für das auch den Niederländern zugefügte Unrecht hatte. Als die Wehrmacht 1940 die Niederlande überfallen hatte, wurde er dort aufgegriffen, ohne daß man wußte, wo man ihn zuordnen sollte. Er kam ins KZ Sachsenhausen (Berlin-Oranienburg). Ein Häftling auf der Schreibstube erkannte ihn und verschaffte ihm Zugang zu der heimlichen Widerstandsorganisation in diesem Lager. Das KZ Sachsenhausen ist besonders berüchtigt auch dadurch, daß dort eine Genickschußanlage existierte, in der zahlreiche sowjetische Soldaten unter dem Vorwand, ihre Körpergröße messen zu wollen, umgebracht wurden.

Hier können nur einige Erinnerungen aus Heinz Junges fesselndem Vortrag wiedergegeben werden, an den sich eine z.T. sehr kontroverse und auch hitzige Debatte anschloß. Einige anwesende Lehrer wollen Heinz Junge als Referenten für projektorientierten Unterricht einladen.

KD



DOKUMENT FASCHISTISCHER GEWALTBEREITSCHAFT

Am Donnerstag, dem 27. Februar 1997. zwei Tage vor der kreisweiten Veranstaltung über die faschistischen Strukturen im Kreis Recklinghausen, landete im Briefkasten des Antifa-Zentrums Recklinghausen folgendes Schreiben. Wir dokumentieren es in voller Länge.

Wer Lust, Zeit oder Laune hat, uns zu diesem Schreiben ein paar nette Zeilen zu schreiben, kann dies gerne tun. Mit dem Phänomen faschistischer Gewalt beschäftigt sich in dieser Ausgabe auch der Kommentar von Stephan W. Born.

An alle zecken usw. :

wir gehören zur gdbf, - Gross - Deutsche - Befreiungs - Front. wir selber agieren darin in der NBA. wir verlassen uns nicht nur auf seichtes politisches geplänkel, weil wir gesehen haben, daß die gesamte linke damit auch keinen erfolg hatte. ihr habt es allerdings auch viel schwerer, euch mag keiner. ihr selbst mögt euch nicht, sonst würdet ihr nicht wie ein haufen hühnerscheisse rumlaufen und auch nicht so riechen. schwamm drüber. trotz allem machen wir euch heute ein anbot, das ihr nicht abschlagen solltet. euer kommunistisches vorbildsystem ist kaputt gegangen. einfach so. das antidemokratische schweinesystem der gegenwart geht gerade kaputt. die unterschiede zwischen rechts und links verwischen zunehmend mehr. eigentlich solltet ihr uns dabei unterstützen, ein neues lebens- und liebenswertes deutschland aufzubauen, ohne eine atomlobby und ohne eine lebens- und naturzerstörende industrieclique, die vorwiegend von ausländern und gewissenlosen politmafiosi gesteuert wird: siehe schröder & co und piech & co.

aber wir geben uns nicht der trügerischen hoffnung hin, daß ihr die zusammenhänge so schnell rafft, bei euch selbst ist ausländischer einfluß so stark, das ihr euren arsch nicht mehr frei bewegen könnt. außerdem glauben wir nicht, das ihr sauberes deutsches denken und handeln von heute auf morgen lernt. aber vielleicht habt ihr doch noch so viel grips in der birne, das ihr merkt, was hier abläuft. ihr werdet hoffentlich eure eigenen internetnachrichten gelesen haben. z.b. katjuscha oder antifa allgemein. da standen genug berichte über linke und zecken die vom vs

(verfassungsschutz) und vom staatsschutz angeworben wurden. denen wurde geld dafür geboten, das sie aktionen gegen rechte usw. anbahnen. das gleiche ist bei uns passiert. einige von uns, einige von euch haben darauf reagiert. scheiße ist das. wir haben das problem bei uns sofort weitgehend in den griff bekommen, weil wir straff bundes- und weltweit organisiert sind. bei euch gibt es aber immer mehr geldgierige misthaufen, die dies spiel leider mitmachen. das führt dazu, das die beiden einzigen und wirklichen oppositionsgruppen in diesem land sich gegenseitig aufreiben. der vs und die ganzen absahner aus cdu, spd, fdp, grünen usw. schauen händereiben, zu. auf diese weise können sie ihre macht- und geldstruktur immer mehr konservieren und der kleine mann verliert dadurch immer mehr. weniger lohn, keine lohnfortzahlung, na ihr kennt das ja. das ganze ist nicht mit kommunismus oder sozialismus zu bremsen. hier muß ein konsenz gefunden werden, der die nationalen interessen und das gesamtdeutsche volk im vordergrund hat. wenn ihr das letzte vielleicht auch heute noch nicht einsehen könnt, dann müßt ihr aber begreifen, daß wir uns als opposition nicht länger auf die birne hauen lassen, sonst warten unsere gemeinsamen gegner, die absahner, bis sie uns einfach wegwerfen können. für das einfache volk ist dann die ganze zukunft dahin. also wir schlagen euch vor, alle gewaltsamen auseinandersetzungen ab sofort zu beenden. die sache in berlin hat gezeigt, wir reiben uns gegenseitig auf, ausserdem regt sich bei uns die bewegung der nma immer mehr, das ist die Nationale - Militärische - Aktion. es ist nicht so, das wir angst vor euch haben.

wegen der nma solltet ihr eher angst vor uns haben. die ausstattung, auch mit schweren waffen ist auf dem allerbesten stand. wir wollen blutvergießen vermeiden, wo es geht. weil wir gerade dabei sind: die auseinandersetzungen in magdeburg sind von punks richtig hochgedreht worden, denen war es zu ruhig. die jetzige lage hat so ein stinkender müllkübel ausgelöst. er hat die ganze zeit überfälle auf einzelne rechte organisiert, auch frank hat er aufgehetzt. er hat immer von krieg geredet. er hat einen irokesenschnitt. zuletzt haben wir ihn im canape in magdeburg gesehen. wir hoffen, ihr kriegt ihn vor uns. solche typen wie er, die schaffen es immer wieder, zoff gegen uns zu veranstalten, obwohl ein paar stinkende punks oder ausländer irgendwas verzapfen, wie in lübeck. dann kommt noch der vs und gibt ein paar fehlinformationen und ihr idioten macht alles mit. nach unseren informationen gibt dieser punk auch schon lange hinweise über die ganze linke scene an den vs und kassiert dafür satt.

ihr solltet über unser anbot nachdenken. wir verbreiten das auch im bereich der gdbf. wir fordern hiermit unsere leute dazu auf und hoffen ihr macht das gleiche. wir ermahnen die zecken in braunschweig besonders. die haben nämlich mal den krieg gegen uns ohne grund angefangen, als sie zwei braunschweiger kameraden mit eisenstangen lebensgefährlich verletzt haben. diese sache und der vorfall in berlin sind z.B. eine schwere last für euch. nochmal können wir das nicht hinnehmen. wir würden unseren regulierenden einfluss verlieren und es gäbe nur noch krieg. deshalb ist die annahme des anbot bis 30.3.97 befristet. haben wir bis

dahin keine klare zustimmung in einer entsprechenden meldung in der taz, dann können wir euch nicht mehr helfen. wir wollen euch aber noch über folgendes aufklären:

- ihr wolltet durch die institutionen marschieren, wir waren schon drin,
 - euer marsch ging ins leere, besonders die spd hat dann versucht, die polizei, die justiz und alle anderen öffentlichen bereiche in ihren roten bann zu ziehen. das gab erheblichen widerstand und der ist organisiert und hat die gleichen ziele wie wir. wir haben also unendlich viele einflußmöglichkeiten, das solltet ihr wissen.

- wenn ihr also euer scheisspiel weitermacht, dann können wir auch auf diesem wege agieren.

- die braunschweiger zecken haben das im internet schon richtig beschrieben. sie wüssten nicht mehr, wann unsere aktionen aufhören und die der polizei beginnen. das ist klar. seitdem im nwr, dem rein politischen teil der gdbf, die arbeitskreise polizisten und juristen arbeiten, da ist das nicht mehr zu unterscheiden. ihr hattet ja das gleiche vor. bloss das konnte nicht klappen, euren anarchoscheiss will hier keiner ausser ein paar vollgekickten und abgedrehten haufen hühnerscheisse.

jetzt wisst ihr, warum ihr nie gewinnen könnt. wir lassen uns nicht von hühnermist vertreiben. wir sind im gegensatz zu euch von moral und liebe zur natur, also auch zum menschen, gekennzeichnet. eure raf-aktionen usw. haben eure unmenschlichkeit deutlich dargestellt. wir wollen einen bürgerkrieg verhindern, weil die wunden eines solchen krieges nur langsam heilen. das würde die zukunft deutschlands lange verdunkeln. wir wollen aber gerade eine sichere zukunft gewährleisten. das ganze ist aber keine reine bitte. es ist auch ein ultimatum. haltet ihr euch nicht an diesen vorschlag, dann wird folgendes passieren: ihr sitzt vorm fernseher. ihr hört schweres MG-feuer, ihr stellt den ton ab. aber das hilft nicht. die lautstärke bleibt. es ist eure letzte wahrnehmung.

nf-untergrundarmee, national-autonome-zellen, aktionskommandos der nba in der gdbf

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
 Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
 Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
 Karl-Hermann-Str. 14
 45701 Herten
 Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektroinstallationen

Solaranlagen
 Regenwassernutzung
 Brennwertkessel

BUCHLADEN TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
 Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16
 ☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
 Diese Menschen, und sie töten
 Nicht einander mehr aus Eifer
 Für die himmlischen Interessen. -

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
 Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
 Sondern Eigennutz und Selbstsucht
 Treibe sie jetzt zu Mord und Todschatz.
 Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

Das Gerichtsverfahren gegen den dreifachen Neonazi-Mörder Lemke:

KEIN RECHTSEXTREMER HINTERGRUND ?

Inzwischen sind vier Verhandlungstage beim Verfahren gegen den rechtsextremen Serienmörder Thomas Lemke und seine Mitangeklagten Marcel Müthing und Bianca Weidemann gelaufen.

Unstrittig ist, daß Lemke verantwortlich für den Tod von drei Menschen ist. Er hat gestanden, Dagmar Kohlmann am 16. Juli 1995 in Altena, Patricia Wright am 3. Februar 1996 in Bergisch Gladbach und Martin Kemming am 15. März 1996 in Dorsten ermordet zu haben. Im Fall Kohlmann war seine Freundin Bianca Weidemann und im Fall Wright Marcel Müthing beteiligt. Die Offensichtlichkeit der Verantwortung Lemkes für den Tod dieser drei Menschen scheint den Hintergrund dieser Morde nicht zum Thema werden zu lassen.

Dabei gibt es auf den rechtsxtremen ideologischen Hintergrund genug Hinweise.

Aber die Staatsanwaltschaft fragt nicht nach, manchmal hat man gar den Eindruck, sie sei überhaupt nicht im Gerichtssaal.

Ein Schlüsselwort für die brutalen Morde ist für Thomas Lemke, daß die Opfer allesamt "Verräter" waren - ohne Ausnahme. Diese Äußerung wurde nur vom Anwalt des Nebenklägers, der Familie des "hingerichteten" Martin Kemming, aufgegriffen. Der Staatsanwaltschaft war auch dies keiner Nachfrage wert.

Der Bruder des ermordeten Kemming wurde quasi symbolisch - mit einer imaginären "Pump Gun" - von Lemke im Zeugenstand "erschossen". Es gab zwar große Aufregung und eine Verwarnung an Lemke, es wurde aber nicht nachgefragt, warum Lemke diese Geste des Erschießens machte.

Eigentlich hatte es sich um eine belanglose Aussage gehandelt, die allerdings für Lemke ungeheuer wichtig schien. Der Zeuge hatte deutlich gemacht, daß sein Bruder wohl nie richtig zu der rechtsextremen Szene gehörte. Diese Aussagen entlockten Lemke zweimal ein "Ha, ha, ha!". In dem Moment, als der Zeuge sagte, daß sein Bruder sich aus der Szene gelöst hatte, da "erschöß" er den Zeugen. "Der Typ macht falsche Aussagen gegen mich!", kommentierte Lemke seine Reaktion.

Deutlicher kann sich nicht erweisen, wo die Empfindlichkeit Lemkes liegt: Mit solchen Aussagen verliert er die eigene Legitimationsgrundlage für die Hinrichtung des "Verräters". Jemand, der überhaupt nicht zur Szene gehört, kann sie nicht "verraten". Die rechte Ideologie ist der Hintergrund für die Ermordung von Kemming, die persönliche Rache-Motivation stimmt eben nur zum Teil. Nur - im Gerichtssaal scheint das niemand zur Kenntnis nehmen zu wollen.

In der Anklageschrift, die am 1. Verhandlungstag verlesen wurde, hieß es, daß Patricia Wright ermordet wurde, weil sie eine "Linke" war. Wie

ignorant muß man sein, hier einen rechtsextremen Hintergrund zu leugnen. Lemke selbst stellte einen Zusammenhang her. Er berichtete von einer Frau aus der rechten Szene, die mit 41 Messerstichen in Kulmbach angeblich von jemandem mit einem "Nazis-raus-Sticker" umgebracht worden sei. Er sei hingefahren, um den Mörder zu finden. Als das nicht gelang, hätte er sich geschworen, an jemand mit einem solchen Sticker Rache zu nehmen. Patricia Wright starb mit 91 Messerstichen. Wie gesagt, es gab jede Menge Hinweise in den Aussagen von Lemke und von Zeugen, die im Zusammenhang der Morde den rechtsextremen Hintergrund immer wieder aufzeigten. Nur, es wird nicht ernst genommen, schon gar nicht wird nachgefragt.

An allen Verhandlungstagen wurde die Glaubwürdigkeit der Staatsanwaltschaft arg ramponiert. Diese behauptete im April 1996 noch, daß die rechte Szene Lemke seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis nicht mehr habe Fuß fassen lassen.

Diese Szene saß im Zuschauerraum. Mal mehr, mal weniger. Mal bekannt - z.B. Melanie Dittner aus Dorsten - mal weniger bekannt. Am 4. Verhandlungstag verabschiedeten sich Lemkes "Fans" mit einem lauten "Thomas" und der hochgestreckten geballten Faust. Ermunterung von denjenigen, die ihn angeblich "ausgestoßen" haben.

Es kann ja sein, daß die 'große Stunde' der Staatsanwaltschaft noch kommt, es stehen immerhin noch mehrere Verhandlungstage an. Ihr wird aber ein wenig mehr einfallen müssen, als Aussagen zu ignorieren und Beobachtungen zu verdrängen.

**Hertener Aktionsbündnis
gegen Neofaschismus.**

KAI DIESNER, THOMAS LEMKE

- PSYCHOPATHISCHE EINZELTÄTER ?

"Losballern, um die Angst zu besiegen" titelt die taz am 26. Februar, drei Tage nach der Tötung eines Polizisten durch den Berliner Neonazi Kai Diesner, eine Woche nach den Schüssen auf den Berliner Buchhändler Klaus Baltruschat durch denselben.

"Das sind Typen mit psychopathischen Zügen", kommentiert Brandenburgs stellvertretender Leiter des Verfassungsschutzes, Jörg Milbradt über "Einzeltäter in der Neonazi-Szene".

"Wir haben relativ schnell erkannt, daß Thomas Lemke aus sexuellen Motiven gemordet hat; wir haben relativ schnell erkannt, daß für seine Taten kein rechtsxtremer Hintergrund anzunehmen ist", so die Aussage eines Mitglieds der Politischen Polizei Recklinghausen in seiner Aussage während des zur Zeit in Essen laufenden Prozesses gegen den mehrfachen Nazi-Mörder Thomas Lemke.

"Der neue rechte Gewalttäter will den Faschismus leben. Jetzt." lautet die 'psychologische Analyse' des Allgäuer Publizisten Georg Seeßlen in seinem Kommentar in der taz, Überschrift: "Der Fascho als Outlaw".

So langsam frage ich mich, ob ich nicht zwanzig Jahre lang ein grundfalsches Verständnis vom Faschismus hatte.

Hätte ich nicht längst erkennen müssen, daß die Faschisten eigentlich die moderne Version Robin Hoods darstellen?

Warum konnte ich bisher nicht glauben, was z.B. in dem letzten Schreiben einer "Gross-Deutschen-Befreiungsfront" an meine Organisation stand: "Eigentlich solltet Ihr uns dabei

unterstützen, ein neues lebens- und liebenswertes Deutschland aufzubauen, ohne eine Atomlobby und ohne eine lebens- und naturzerstörende Industrieclique".

Ja, ich gebe zu, bisher habe ich ganz einfach nicht begriffen, was mir Georg Seeßlen in seinem Kommentar schlüssig beweist: "Um nicht zu den Ausgegrenzten zu gehören, muß ich die Ausgegrenzten bekämpfen." Trotzdem, so ganz bin ich noch nicht überzeugt. Warum, frage ich mich, gibt es nicht zumindest ein paar Morde von ausgegrenzten Be-geleuten im Ruhrgebiet an ausgegrenzten Asylbewerbern ?

Warum, frage ich mich, sind nicht viel mehr arbeitslose "Outlaws" mit Pump-Guns unterwegs und erschießen Polizisten? Befinden sich die 5 Millionen Arbeitslosen in diesem Land nicht in einem "Notstand gegenüber diesem Staat", wie es Diesner für sich behauptet?

In welchem "Notstand" befanden sich die Mörder des Magdeburger Punks Frank Böttcher?

Gibt Odin auch denen die Befehle, die jeden Tag in irgendeiner deutschen Stadt einen 'betrunkenen' Obdachlosen ertränken (warum ertränkt keine/r Harold Junkie?), ein paar 'schmarotzende' Asylbewerber verbrennen (Kohl und Kanther verbrennt keiner) eine "linke Zecke" erschießen, einen 'schwarzen' Afrikaner erstechen, einen 'gelben' Vietnamesen totschlagen, einen 'braunen' Tamilen tottreten, einen 'weißen' (war der nicht gewaschen ?) Engländer zum

Krüppel machen ? Den Faschismus "leben" ? Was meinte noch der Verfassungsschützer Milbradt über die neonazistischen "psychopathischen Einzeltäter" ?

"Wenn im Einzelfall erkannt wird, daß jemand nicht nur von blutrünstigen Taten träumt, sondern sie auch umsetzen will, dann müssen sich die Sicherheitsbehörden überlegen, wie sie präventiv aktiv werden. Einen solchen Fall hatten wir in Brandenburg allerdings noch nicht."

Ich denke, nach all den Fragen, die mich immer mehr verunsichern, ist es ja verständlich, wenn ich meinen Beitrag damit beende, daß ich die abschließende Frage der taz an Herrn Milbradt zitiere: "Haben Sie den Eindruck, daß unter Neonazis gehäuft Menschen mit starkem Realitätsverlust anzutreffen sind?"

Stephan W. Born

Anzeige

Theater Kunst



Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h-18^h
Samstags 10^h-14^h & langer Samstag

NEWROZ UND DIE KURDEN

Immer am 21. März wird das Newroz-Fest gefeiert. Es hat einen iranischen Ursprung. Das alte iranische Reich war ein medisch-persisches Reich - die Meder sind die Vorfahren der Kurden. Die Iraner wurden früher Meder genannt. Nach geographischen Gesichtspunkten wurden später die Bezeichnungen geändert. Der Iran ist heute ein Land, das von vielen Nationalitäten bewohnt wird: von Persern, Kurden, Belutschen, Aseris, Arabern und Turkmenen.

In Kurdistan und im Iran wird Newroz seit Jahrtausenden gefeiert.

Die Sage berichtet, daß das Volk unter der Führung des Schmiedes Kawa einen Aufstand gegen den grausamen Tyrannen Dehak machte, den Tyrannen tötete und diesen Tag zum Feiertag erklärte.

Newroz entwickelte sich zum nationalen Feiertag des kurdischen Volkes und wird traditionell am 21. März gefeiert. Der nationale Befreiungskampf Kurdistans machte Newroz zum Symbol der Freiheit und des Widerstandes.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der 51. Jahrestag der Gründung der kurdischen Republik Mahabad. Nach Gründung dieser Republik konnte Newroz zum erstenmal frei und auf eigenem Land gefeiert werden. Der 31. März wurde zum "Tag der für Kurdistan Gefallenen" erklärt. Obwohl die Republik Mahabad nach 11 Monaten zerstört wurde, behält sie weiter Ausstrahlungskraft für unseren Kampf.

In Nordkurdistan sind zu Newroz Polizei und Militär mobilisiert, Menschen werden verhaftet, Ansammlungen und Demonstrationen aufgelöst, oft fließt Blut.

1992 wurden in Nordkurdistan Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die festlich gekleidet eine friedliche Demonstration durchführen wollten, von Polizisten und Soldaten mit Panzern angegriffen.

In Cizre, Nusaybin und Sirnak wurden mehr als 100 Menschen getötet.

Es heißt, in der Türkei könne man das Newroz-Fest frei begehen, aber die Fakten

sprechen eine andere Sprache: Den Kurden wird es nach wie vor verboten, sich irgendwo zu versammeln, zu singen und ein Feuer zu entzünden.

Der Staat dagegen feiert Newroz mit Ministerpräsident, Staatspräsident, Parteiführern und - mit Soldaten und Polizei!

Rassistische Organisationen werden mit der Durchführung von "Nevruz-Feiern" betraut, um Newroz in ein türkisches Fest zu verwandeln. Man darf nicht vergessen, daß Newroz ein Fest der unterdrückten Völker ist.

Und da kommt Staatspräsident Demirel am 21. März 1996 in einer Rede daher und erklärt, Newroz sei ein türkisches Fest. Dies ist ganz im Sinne der Turanci-Phantasien der türkischen Rassisten, die ihre turanische Welt von der Adria bis zur chinesischen Grenze sehen. Türkes verbindet Newroz sogar mit der Sage vom "grauen Wolf". *"Dies ist ein Tag, der aus den türkischen Hochzeitsriten kommt."*

Die Helferin des jetzigen Ministerpräsidenten und Außenministerin Ciller sekundiert: *"Dies ist der Tag der Vermählung von Adam und Eva. Andere sagen, es sei der Tag, an dem der ehrwürdige Ali (Schwiegersohn von Mohamed) geboren wurde."*

Diejenigen, die heute mit Polizei und Militär ein Blutbad am kurdischen Volk anrichten, fürchten zu Recht den rebellischen Geist des Schmiedes Kawa. Denn zum Schluß haben immer die Armen und Unterdrückten gesiegt, die Unterdrücker und Ausbeuter dagegen verloren.

Zu wünschen bleibt, daß Kurden und alle unterdrückten Völker den Newroz (neuen Tag) des Jahres 2609 im Sinne eines Jahres für Frieden, Freiheit und Demokratie feiern können.

Bülent Ulurak
(ein kurdischer Patriot,
Bochum)

AN DIE LESERINNEN UND LESER DER ANTIFAZ

Nach der ersten Nummer der "Neue(n) Demokratische(n) Jugend" haben wir, die NDJ - Kommission, beschlossen, zu den in Europa erscheinenden antifaschistischen, antiimperialistischen Zeitungen/Zeitschriften Kontakt aufzunehmen. Das erste Treffen fand mit der AntifaZ statt.

Dabei haben wir wichtige Gemeinsamkeiten unserer politischen Ziele festgestellt: Wir treten gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ein, wir sind Internationalisten und kämpfen gegen Imperialismus und für die Freiheit der unterdrückten Völker.

Nun wollen wir uns bei den Leserinnen und Lesern der AntifaZ vorstellen.

Die "Neue Demokratische Jugend" ist die Zeitschrift der Yeni Demokratik Genclik / Neue Demokratische Jugend Organisation.

Im September 1996 erschien die erste Ausgabe unserer Zeitschrift, sie wird im Abstand von 2 Monaten herausgebracht. Wir greifen die Probleme der Jugend auf, geben Perspektiven an und nehmen zu aktuellen Problemen in der Welt Stellung.

Wer ist die NDJ ?

Die Neue Demokratische Jugend ist eine antifaschistische, antiimperialistische und demokratische Jugendorganisation, die im Jahre 1990 von der ATIK (Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa) gegründet wurde.

Die NDJ veranstaltet jährlich ihren Kongreß, bei der die Kommission, das führende Organ der NDJ, gewählt wird. Am Kongreß nehmen Delegierte teil aus den Ländern, wo die NDJ in Komitees oder

Vertretungen organisiert ist. Beim Kongreß werden Themen, die vom Ausschuß vorgestellt werden, für das jeweilige Jahr diskutiert.

Zu Kontrolle der Aktivitäten der NDJ - Kommission wird von den Delegierten ein Kontrollausschuß gewählt. Der Kontrollausschuß kontrolliert in seiner einjährigen Amtszeit die Aktivitäten der NDJ und überwacht, ob die NDJ die Jugend nach den Beschlüssen des Kongresses führt. Falls die NDJ den Beschlüssen nicht folgt, hat der Kontrollausschuß die Befugnis, einzugreifen.

Die Struktur der YDG baut sich auf der Lebensweise des demokratischen Zentralismus auf und gibt durch diese Struktur seinen Aktivitäten die Richtung vor. Die Länder, in denen die Aktivitäten weit entwickelt und die Organisation breit verankert ist, sind folgende: Deutschland, Österreich, Frankreich, Niederlande und die Schweiz. Daneben bestehen Kontakte und Vertretungen in Kanada, England, Belgien, Griechenland und Australien.

Aktivitäten und Ziele der YDG :

Kampf der Mißachtung der Menschenrechte

In unserer Gegenwart haben die Menschen weder auf demokratischer noch auf militärischer Ebene die Möglichkeit, wie Menschen zu leben. Aufgrund der ökonomischen und politischen Verhältnisse werden sie in verschiedenen Teilen der Erde unterdrückt und hingerichtet.

Das Recht zu leben, das Grundrecht und natürlichste Recht des Menschen, wird von der reichen Minderheit sehr beeinträchtigt und fügt den Menschen Unrecht, Elend und Armut zu.

Ökonomische, akademische und demokratische Probleme der Jugend und der Standpunkt der YDG

Die Jugend ist ein wichtiger produzierender und konsumierender Teil der Bevölkerung. Die Jugend ist aufgrund ihres Alters ein aktiver, dynamischer und verändernder Teil der Bevölkerung.

Sie steht vor großen ökonomischen, akademischen und demokratischen Problemen.

Die YDG unterstützt die Jugend mit großem Eifer, damit sie ihre Rechte und Forderungen erreichen und gegen die Angriffe auf ihre Grundrechte erfolgreich sein kann.

Die NDJ kämpft gegen die Gesetze, die das Recht zu wählen und gewählt zu werden, das Recht auf Aufenthalt für Jugendliche, die in Europa geboren und aufgewachsen sind oder als Emigranten, Flüchtlinge nach Europa gekommenen türkischen und kurdischen Einwanderern verwehrt.

Die Jugendlichen, die in Europa leben oder gezwungen werden, in Europa zu leben, sind dagegen, dass sie die Staatsbürgerschaft des Landes, in dem sie leben, annehmen müssen, um am politischen Leben teilzunehmen. Außerdem kämpfen sie für gleiche Bedingungen und Rechte, wenn es um Schule, Ausbildung und Beruf geht.

Die Neue Demokratische Jugend setzt sich überall, wo sie existiert, für die Rechte und Forderungen und für die Politisierung der Jugendlichen ein. Durch die Kürzung der sozialen Hilfen und die Entfremdung der Jugendlichen vom politischen und sozialen Leben werden die Jugendlichen wissentlich zu kriminellen Taten getrieben.

Die Jugend, die ökonomischen, akademischen und demokratischen Problemen ausgesetzt ist, wird von den Kapitalisten mit der Trennung nach Nationalität, Region, Rasse, Religion, Sprache, Kultur, Hautfarbe und Geschlecht konfrontiert. Mit der herrschenden Politik des "Trenne, zerstöre, regiere!" wird die Grundlage bzw. die Quelle der Probleme verschleiert.

Die Neue Demokratische Jugend versucht mit ihren Aktivitäten, die Jugendlichen darauf aufmerksam zu machen und sie zum Kampf gegen diese Politik der Herrschenden zu motivieren.

Verschiedene Vereine unterstützen solche Aktivitäten und nehmen daran teil.

Kultur, Kunst und Sport und der Standpunkt der YDG

Die Jugendlichen benötigen immer Kultur, Kunst und Sport - Veranstaltungen. Viele können aber aufgrund ökonomischer und sozialer Probleme an solchen Veranstaltungen nicht teilnehmen, obwohl dies eines der wichtigsten Bedürfnisse der Jugendlichen ist.

Durch solche Veranstaltungen werden den Jugendlichen Möglichkeiten eröffnet, ein soziales Bewußtsein zu entwickeln und ein freundschaftliches Verhältnis untereinander aufzubauen.

Dies Bewußtsein der Jugendlichen ist sehr wichtig, wenn es darum geht, ökonomische, akademische und demokratische, psychologische und andere Probleme zu diskutieren und miteinander Lösungen für diese Probleme zu finden. Solche Treffen bieten die Möglichkeit, die Jugendlichen auf vielen Gebieten aufzuklären und weiterzubilden.

Durch solche Arbeiten werden Probleme und Botschaften in verschiedenen Teilen der Bevölkerung verbreitet.

Einer der wichtigsten Punkte ist, daß die Jugendlichen bei solchen Veranstaltungen ihre Talente auf den Gebieten Kultur, Kunst und Sport fördern und neue Fähigkeiten lernen können,

Internationale Aktivitäten und die YDG

Die oben erwähnten Probleme und Themen sind Probleme der Jugendlichen aus allen Ländern und Nationalitäten. Die Jugend teilt viele Probleme, die auf dieser Welt existieren und die allgemein und international sind.

Solange das Begreifen der Probleme, das Finden von Lösungen und das Entwickeln von Alternativen nicht mit internationalen Empfindungen und Wissen angegangen werden, wird es schwierig, im Kampf gegen die Probleme Erfolge oder zumindest Teilerfolge zu erzielen.

Eine Organisation, die gegen Rassismus, Fortschrittfeindlichkeit und Nationalismus kämpft und die für Freundschaft, Frieden und Brüderlichkeit eintritt, muß selbstverständlich international sein.

Die YDG geht mit diesem Wissen und Empfindungen die Probleme an und versucht, Lösungen für die Probleme zu finden.

Weitere Aktivitäten entwickeln wir in den Bereichen sozialer und psychologischer Probleme zwischen männlichen und

weiblichen Jugendlichen und im Kampf gegen die Zerstörung der Natur und der Umwelt.

Dies war eine kurze Vorstellung der "Neuen Demokratischen Jugend" und ihrer Aktivitäten.

Jeder Verein, jede Organisation und Person, die die gleichen Ziele verfolgt, kann mit uns Kontakt aufnehmen.

Mit internationalen Grüßen

**Neue Demokratische Jugend
Kommission**

**Nachbereitungsreader
zur Antifa-Demo
in Wurzen am
16.11.1996**

Inhalt:

- Protokoll des Nachbereitungstreffen
- Hauptredbeiträge
- Nachbereitungstexte des BGR
- Diskussionsbeiträge anderer Antifa-Gruppen
- Berichte in Antifa-Zeitschriften
- Pressereaktionen

zu bestellen bei:

BGR, c/o VL, PF 54, 04251
Leipzig, Fax: 0341-9608303

60 Seiten, 5,- DM + Porto
wird ständig aktualisiert;
bitte diesbezüglich
Material zuschicken



weitere Materialien:

- * Broschüre "Wurzen - Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen", August 1996, 108 S., 5,- DM, auch im Internet: <http://www.nadir.org>
- * Video, Zusammenschlitt von Fernsehbeiträge vor und nach der Demo, 10 min, 5,- DM
- * Infomappe "Rechtsextreme Strukturen im Muldentalkreis und Wurzen", 1991-September 1996, 120 S., 20,- DM
- * Ergänzung zur Infomappe, ab Oktober 1996, wird ständig aktualisiert, z.Zt. 10 DM

Marxloher Aktionseinheit gegen Polizeiübergriffe

Im Duisburger Stadtteil Marxloh wohnt ein relativ hoher Anteil an Menschen aus der Türkei. Dort haben sich auch zahlreiche türkische und kurdische Vereine niedergelassen.

In den Duisburger Medien wird seit einiger Zeit heftig darüber gestritten, ob dort ein Muezzin die gläubigen Moslems ebenso zum Gebet aufrufen darf, wie es die christlichen Konfessionen mit dem sonntäglichen Glockenläuten machen. Der politische Hintergrund, daß die meisten der in Deutschland gegründeten Moscheen nicht in erster Linie religiöse, wohl aber politische Ziele verfolgen und für den türkischen Staat tätig sind, wird dabei öffentlich kaum mal angesprochen. Nichts war allerdings in den Duisburger Zeitungen davon zu lesen, daß insbesondere linksorientierte türkische und kurdische Vereine wiederholt das Ziel polizeilicher Durchsuchungsaktionen geworden waren, bei denen mit der Einrichtung der Lokale nicht gerade sorgfältig umgegangen wurde und die zufällig dort anwesenden Personen (auch in Gegenwart von Kindern) sich demütigende Behandlungen gefallen lassen mußten.

Gegen derartige Übergriffe hatte sich im November letzten Jahres in Marxloh eine Aktionseinheit gebildet, die sich aus Vertretern und Vertreterinnen der betroffenen Vereine und einer Reihe deutscher Gruppen zusammensetzte.

Eine als Flugblatt auf den Straßen von Marxloh und benachbarten Stadtteilen verteilte und in Hausbriefkästen gesteckte zweisprachige "Erklärung an die Duisburger Öffentlichkeit zu den Polizeiübergriffen gegen ausländische Vereine in Duisburg-Marxloh" standen als Unterzeichnende (Dezember 1996): Volks Kultur Haus, Verein zur Förderung der sozialen und kulturellen Situation türkischer Landsleute, Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet, Jugend- und Kulturverein, Immigrantens-Arbeiter- und Jugendkulturverein, MLPD Duisburg-Marxloh, Redaktion der AntifaZ, Hans Czerwinski (Solidarität International), Kerbela Zeitschrift, Internationaler Freundschaftsverein e.V. Recklinghausen, PDS Kreisverband Duisburg.

In dem Flugblatt war u.a. herausgestellt worden: "Ohne Vorankündigungen wurden die Vereinslokale überfallartig von bewaffneten und maskierten Beamten gestürmt. Fragen nach dem Zweck der Polizeirazzien wurden mit Einschüchterungen beantwortet. Das Vorgehen der Polizei entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Es gründet sich auf

einer allgemeinen Stimmungsmache vor allem gegen türkische und kurdische Arbeitervereine. Ihnen werden unter der Hand Straftaten bzw. die Nähe zu Straftaten zugeschoben. Das soll dann die Begründung liefern für weitere Verschärfung des Ausländerrechts."

Und da bereits die Nichtbeachtung der Anwesenheit von Kindern angesprochen wurde: Eine solche - eklatante - Verschärfung stellt zur Zeit die Einführung von Kinderpässen dar, mit denen der Bundesinnenminister Kanther angeblich Schlepperbanden das Handwerk legen will, während sich diese Maßnahme in Wirklichkeit auch gegen in Deutschland geborene Kinder richtet - man ist inzwischen wieder sehr weit davon entfernt, ihnen eine automatisch wirkende deutsche Staatsangehörigkeit anzubieten, wovon man etwa nach dem Brandanschlag in Solingen noch groß getönt hatte, um die Mitwirkung der eigenen Politik an derartigen Anschlägen vergessen zu machen. Solche Verunsicherung schaffenden Erfahrungen gehören zum Alltag von Menschen, die sich in den betroffenen Vereinen sammeln. So wird systematisch ein Klima der Erpressung erzeugt.

In dem Flugblatt war davon noch nicht die Rede. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß die Polizeiaktionen vor den Blicken der Öffentlichkeit versteckt wurden, weil das

nicht ins Bild eines demokratischen Rechtsstaates paßt. Gefordert wurde: "Schluß mit den Polizeirazzien gegen die demokratischen kurdischen und türkischen Vereine in Marxloh!" und "Strafverfolgung der Beamten, die für diese Einsätze verantwortlich zeichnen!"

Die Öffentlichkeitsarbeit, bei der zahlreiche Gespräche zwischen Betroffenen und der Wohnbevölkerung geführt wurden, zeigte Wirkung. Auch die Medien nahmen sich plötzlich der Sache an. Die Polizei sah sich plötzlich mit dem Vorwurf des Rechtsbruchs konfrontiert.

Sabine Weiß, CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksvertretung Hamborn, sah offenbar eine günstige Gelegenheit, sich und ihre Partei als Wahrer von Recht und Ordnung zu profilieren. Sie machte sogleich die überfallenen Vereine öffentlich madig, weil sich Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden (sie nannte PDS und "Marxisten-Leninisten"), mit ihnen solidarisiert haben oder solche Vereine irgendwas mit verbotenen Organisationen (sie sprach von der DHKP-C) zu tun haben. (Daß solche Verbote auf deutschem Boden ein Ausdruck der Kumpanei mit dem Mafia-Regime in Ankara darstellen, verschwieg sie allerdings.) Ebenso pauschal rechtfertigte sie die Polizeiaktionen als Maßnahmen zur Sicherheit einer angeblich

bedrohten Bevölkerung. Duisburgs Polizeipräsident mochte sich dieser Vernebelung nicht so ganz unterordnen. Er wurde da deutlicher: Es sei der Polizei darum gegangen, zu zeigen, wer hier der Herr im Hause ist. Einem Verein wurde konkret vorgeworfen, daß bei ihm eine Schußwaffe gefunden wurde. Genau genommen, wurde diese jedoch nicht bei dem Verein gefunden, sondern bei einem Gast des Vereins, der aus einer anderen Stadt gekommen war. Und es war auch ein für die nachgereichte "Begründung" glücklicher Zufall, denn dergleichen war bei keiner anderen der sehr gehäuften Razzien geschehen. So konnte dieser "Fund" demagogisch ausgebreitet werden.

Er sorgte auch innerhalb der Aktionseinheit für eine im Ergebnis unergiebige Diskussion. Für die Aktionseinheit war eine gemeinsame Plattform verabschiedet worden, in der festgehalten war, daß die Mitglieder über alle wichtigen Sachverhalte unterrichtet sein müßten, da Solidarität nur auf der Grundlage von Ehrlichkeit und Ernstnahme übernommener Verpflichtungen beruhen kann. In dem Verschweigen dieses Waffenfundes, mit dem sich die Aktionseinheit einer unvorhergesehenen Schwierigkeit ausgesetzt sah, sahen anwesende Vertreter der MLPD einen Mangel an proletarischer Denkweise. Auch den Umgang mit Waffen selbst, für die man keinen Waffenschein besitzt, sahen sie in Deutschland zur Zeit als Ausdruck eines kleinbürgerlichen Denkens an. Entgegen gehalten wurde ihnen, daß die Widersprüche in der Türkei schärfer sind als hierzulande und sich für viele Menschen als unmittelbar lebensbedrohend darstellen, was sich auch in dem Verhalten dieser Menschen im Ausland widerspiegelt, denn die Widersprüche wandern mit ihnen hierher. Es gehe den Betreffenden dabei gar nicht um die deutsche Gesellschaft, sondern um die Verhältnisse in der Türkei. Diese Erklärung bot erneut Anlaß zu einer Kontroverse, da zu internationaler

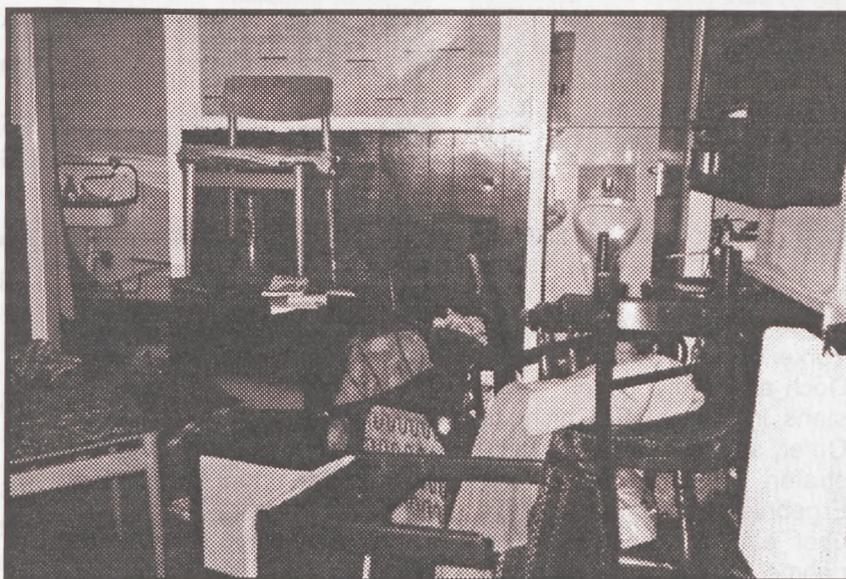
Solidarität auch gehört, daß man sich für die gesellschaftlichen Belange in dem Land, wo man als Immigrant oder Flüchtling Solidarität einfordert, zumindest auch interessieren und nicht abseits stehen sollte. Wie will man hier Solidarität geltend machen, wenn man sich nicht als dazugehörig begreift?

In einem abschließenden Bericht zur Arbeit der Aktionseinheit wurde - auch angesichts einer in der Lokalpresse an Hand von Leserbriefen sichtbar gewordenen Kontroverse - festgehalten, daß das Hauptziel der Aktionseinheit, Öffentlichkeit herzustellen, erreicht worden sei. Eine Zeitlang sind die Vereine auch von der Polizei in Ruhe gelassen worden. Eine erneute Polizeiaktion gegen einen Verein (begründet mit "Volksverhetzung") war mit einem richterlichen Durchsuchungsbefehl abgedeckt worden. Gefunden wurde nichts von Bedeutung. Und so wurde denn diese Aktion als eine Art Rückzugsgefecht betrachtet. Man sah sich zu einer Legitimation gezwungen. Polizeiaktionen gegen fortschrittliche Kräfte wird es geben, solange der Kapitalismus das Heft in der Hand hat. Als ein Mangel der eigenen Arbeit wurde angesehen, daß es nicht - wie zunächst angekündigt - zu einem Strafantrag gegen die Polizei gekommen war. Da die Aktionseinheit über die Öffentlichmachung der

Polizeirazzien hinaus keine weitergehenden Ziele verfolgte, wurde sie im Februar 1997 für beendet erklärt.

Zu hoffen bleibt, daß die Zusammenarbeit auch zu einer länger anhaltenden Klimaverbesserung im Verhältnis zwischen den Vereinen beigetragen hat. Der Vertreter der AntifaZ erinnerte abschließend an das beschämende Schauspiel am 1. Mai 1996, wo die Polizei schlichtend zwei feindliche Gruppen der türkischen Linken auseinanderhalten mußte. Auch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die sich dafür eingesetzt hatten, daß die Demonstration unter der Schirmherrschaft des DGB stattfand und nicht verboten worden war, würden sich künftig gründlich überlegen, ob sie sich erneut darauf einlassen. Noch gefährlicher sei ein Niveau der Auseinandersetzung, bei dem man sich gegenseitig erschießt (wie es im Fall des von einer Gruppe zu einer anderen gewechselten Kemal Yazar geschehen war). Wenn hier ein Wandel im Umgang miteinander eingetreten sei, habe sich die Aktionseinheit gelohnt. Auch seitens der deutschen Mitglieder fand das ungeteilte Beifall, auf seiten der türkisch-kurdischen eher Zurückhaltung.

KD



So schafft die Polizei Ordnung in den Vereinen

PROZESS GEGEN DIE JUGENDLICHEN VON MANISA BEENDET:

Nicht die folternden Polizisten, sondern die SchülerInnen wurden verurteilt

Am 25. Dezember wurden in Manisa in der Türkei 16 Jugendliche festgenommen, weil sie ein Transparent aufgehängt hatten, das die Aufschriften trug: "Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!" und "Nein zu den Studiengebühren!"

12 Tage wurden die Schüler und StudentInnen in der Anti-Terror-Abteilung in Manisa festgehalten und verhört. 12 Tage wurden sie dort gefoltert. Mit Elektroschocks, eiskaltem Wasser aus Hochdruckschläuchen, sexuellen Belästigungen, Androhung von Vergewaltigung und immer wieder Schlägen auf empfindliche Stellen des Körpers.

Eher zufällig, bei einem Besuch im Gefängnis, erfuhr ein Abgeordneter der CHP von der Folter an den Jugendlichen. Seine Berichte und die danach ans Licht kommenden Beweise für die Folter an den SchülerInnen erschütterten die Öffentlichkeit nicht nur in der Türkei.

"In diesem Land wird gefoltert", warf die CHP der türkischen Regierung im Parlament vor. Die Ereignisse in Manisa zeigten ein weiteres Mal, daß die von den Verantwortlichen hartnäckig geleugnete Praxis der Folter zur Standartverhörmethode der türkischen Polizei gehört. Vor dem europäischen Menschenrechtsgerichtshof wurde eine Klage gegen die Türkei eingereicht.

Doch alle Bemühungen, wenigstens in diesem Fall nicht die Opfer, sondern die Täter zu bestrafen, brachten bisher kein Ergebnis. Am 16. Januar 1997, über ein Jahr nach der Festnahme, wurden zehn der sechzehn Jugendlichen in Izmir zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Die Anklage lautete auf "Verüben eines Anschlages mit Molotow-Cocktails auf einen Friseurladen, Beschmieren eines Zugwaggons, Bildung einer bewaffneten Bande und Mitgliedschaft in der verbotenen DHKP-C". Beweise dafür gab es keine, wohl aber jede Menge Indizien und Zeugenaussagen, die die Unschuld der Angeklagten beweisen konnten. Der Besitzer des Friseurladens sowie die Feuerwehrleute gaben an, der Brand sei durch den Gasofen des Ladens entstanden. Der Besitzer des Ladens wurde deswegen auch zu einer Geldstrafe verurteilt.

Der Bahndirektor sagte aus, es habe gar keinen beschmierten Waggon gegeben. In der cWohnung der Jugendlichen wurde keinerlei Hinweis auf eine Bande und schon gar keine Waffe gefunden. Niemand hat die Angeklagten beim Verteilen von Flugblättern gesehen oder sonstige Beweise vorgelegt, die den Verdacht auf die Mitgliedschaft in der DHKP-C stützen könnten.

Dessen ungeachtet sprach das Statssicherheitsgericht in Izmir 10 der 16 Angeklagten schuldig.

Faruk Deniz (24), Levent Kilic (25), Emrah Sait Erda (23), Askin Yigi (19) und der Lehrer Ali Göktas (30) wurden zu 12 Jahren und 6 Monaten, Ayse Mine Balkanli (19), Münire Apaydin (19), Sema Tasar (18) und Özgür Zeybek (17) zu 2 Jahren und 6 Monaten, Jale Kurt (19) zu 3 Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ohne stichhaltige Beweise sollen die jungen Menschen nach der grausamen Behandlung durch türkische Polizisten nun für Jahre hinter Gittern

verschwinden. Träume und Hoffnungen 10 junger SchülerInnen und StudentInnen wurden vernichtet.

Die Täter dagegen befinden sich auf freiem Fuß und gehen weiterhin ihren Geschäften nach. Nach türkischem Gesetz werden Beamte, die verdächtigt werden, sich in Ausübung ihres Amtes eines Verbrechens schuldig gemacht zu haben, bis zum Abschluß der Verhandlung weder in Untersuchungshaft genommen noch vom Dienst suspendiert. Im Gegensatz zu den verurteilten Jugendlichen arbeiten die der Folter angeklagten Polizisten also weiter. Und die eigentlichen Verantwortlichen für die Taten dieser Befehlsempfänger werden erst gar nicht angeklagt.

Die in Izmir verurteilten Menschen sind unschuldig. Ihre Verurteilung ist rechtswidrig, ihre Folter ein Verbrechen. Wir fordern, daß das Urteil revidiert und die Jugendlichen freigesprochen werden. Wir fordern die Bestrafung der Folterer und der Verantwortlichen. Folter ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Der türkische Staat macht sich der systematischen Anwendung von Folter schuldig. Wir fordern, daß die Türkei sich vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verantworten muß.

Protestfaxe an:

**Staatspräsident
Süleyman Demirel:**
0090 312 427 1330

**Ministerpräsident
Necmettin Erbakan:**
0090312417 04 76

**Justizminister
Sevket Kazan:**
0090 312 462 35 46

**Staatssicherheitsgericht
Izmir:**
0090 232 462 35 49

**Informationszentrum
für freie Völker**

Prozeß im Mordfall Göktepe

Vorbemerkung

Der im Januar 1996 in Istanbul im Polizeigewahrsam umgekommene Metin Göktepe ist einer von zahlreichen Journalisten, die die Ausübung ihres Berufes in der Türkei mit dem Leben bezahlt haben. Bekanntlich geht der türkische Staat mit dem Leben von ihm mißliebigen Menschen nicht gerade zimperlich um. Die Türkei ist allerdings nicht der Staat, in dem in jüngster Zeit die meisten Journalisten ums Leben gekommen sind. In Algerien waren es mehr. Aber im Unterschied zu dort geschehen die Morde an Journalisten in der Türkei zumindest mit Wohlwollen staatlicherseits, auch wenn es sich in der Regel um Täter-unbekannt-Morde handelt, bei denen Ermittlungen seitens der staatlichen Behörden sehr schleppend oder überhaupt nicht stattfinden und wo es folglich auch nicht zu einem Verfahren vor Gericht kommt. Bei einem Journalisten der Zeitschrift Gercek, Namik Taranci, wurde beobachtet, daß die "unbekannten Täter", die ihn auf offener Straße erschossen hatten, danach bei der Polizei von Diyarbakir ein- und ausgingen. Offiziell jedoch gab es keine unleugbaren Beweise. Das ist beim Fall von Metin Göktepe anders. Dort gab es an der Beteiligung der Polizei von vornherein im Prinzip nichts zu vertuschen. Der Fall wurde angesichts der hochschlagenden Wellen im befreundeten westlichen Ausland und massenhafter Proteste auf den Straßen von Istanbul sogar im türkischen Parlament zur Sprache gebracht. Der Mordfall Göktepe und seine Handhabung durch die Justiz ist mithin zu einem weltweit beachteten Schulbeispiel für den "Rechtsstaat" Türkei geworden. Er ist bis heute nicht zu Ende. Folglich handelt es sich hier um einen Zwischenbericht, und zwar von zwei Terminen an sehr weit auseinanderliegenden Orten, die wiederum von dem Ort, an dem die Tat verübt wurde, ebenfalls sehr weit entfernt sind.

Berichte der Kieler Rechtsanwältin Birgitt Lüebe-Kessenich, die als Beobachterin an dem Prozeß teilnahm

Bericht vom 18.10.1996

Ich wurde am 01.10.1996 angesprochen, ob ich kurzfristig an einer Delegationsreise in die Türkei teilnehmen könnte. Der Prozeß gegen 48 Polizisten, die u.a. wegen der Ermordung des Journalisten Metin Göktepe der Tageszeitung Evrensel angeklagt sind, sollte eröffnet werden. Zusammen mit der Rechtsanwältin Susanne Fuchs aus Kiel, dem Gewerkschafter und Mitglied des Landesvorstandes der PDS Wolfgang Krüger aus Berlin und dem Medienreferenten beim DGB und Fotografen Helmut Roos aus Mannheim fuhr ich in der Zeit vom 17. bis zum 21.10.1996 in die Türkei. Außer uns befanden sich noch eine Delegation aus Frankreich der Organisation "Journalisten ohne Grenzen", Dockarbeiter aus England und eine EU-Abgeordnete vor Ort.

Metin Göktepe wollte am 08.01.1996 von einer Beerdigung von Todesopfern aus dem Istanbul-Gefängnis Ümraniye berichten. Er geriet in eine Polizeikontrolle, wurde festgenommen und mit vielen anderen Gefangenen in eine Sporthalle gebracht. Am nächsten Tag wurde seine Leiche entdeckt. Die Ermittlungen ergaben, daß sein Körper, durch Schläge verursacht, massivste Verletzungen aufwies; laut Autopsiebericht hatten schwere körperliche Mißhandlungen zu seinem Tod geführt. Die Polizei leugnete zunächst die Festnahme Göktepes, konnte dies aber wegen der vielen Augenzeugen der Verhaftung nicht mehr aufrechterhalten. Es wurde dann zwar die Verhaftung eingeräumt, der Tod aber als Unfall - Göktepe sei vom Stuhl bzw. von einer Mauer gefallen - dargestellt. Nachdem der Autopsiebericht bekannt geworden war,

nahmen die Strafverfolgungsbehörden widerwillig die Ermittlungen auf. Die Polizisten, als Staatsdiener, unterlagen dem Schutz eines Gesetzes aus dem Jahre 1913. Der Vorgang mußte von den Strafverfolgungsbehörden abgegeben werden an das Polizeipräsidium, das zunächst Vorermittlungen durchführte. Das Ergebnis wurde dem zuständigen Ausschuß beim Regierungspräsidium vorgelegt, der dann zu entscheiden hatte, ob er einer Strafverfolgung zustimmt. Aufgrund des Drucks der - auch internationalen - Öffentlichkeit wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingerichtet und die Polizisten nochmals vernommen. Sie wurden gefoltert. Ihre Aussagen führten nunmehr zur Anklageerhebung. Die Polizisten wurden zwar vom Dienst suspendiert, sind jedoch bis zum heutigen Tag nicht in Haft genommen.

Angeklagt sind 11 Polizisten wegen der Ermordung Göktepes, weitere 37 wegen der Mißhandlungen von Personen, die gleichzeitig mit ihm verhaftet worden waren.

Der Prozeß sollte zunächst am 15.07.1996 vor dem "normalen" Strafgericht und nicht, wie normalerweise üblich bei politischen Prozessen, vor dem Staatssicherheitsgericht des Tatortes Istanbul eröffnet werden. Vier Tage vor Beginn hob das Gericht den Termin auf und teilte die Verlegung in die Provinzstadt Aydin, ca. 800 km von Istanbul entfernt, mit.

Dort begann der Prozeß tatsächlich am 18.10.1996. Auf der Fahrt mit dem Bus von Izmir nach Aydin wurde unser Bus, in dem sich außer uns noch ca. 30 türkische Prozeßzuschauer befanden, von der Polizei angehalten. Ein ziviler und ein uniformierter Beamter kontrollierten die Pässe, ermöglichten aber eine schnelle Weiterfahrt. Bei uns Prozeßbeobachtern war zunächst die Befürchtung aufgekommen, daß wir festgesetzt und unsere Prozeßteilnahme verhindert werde.

Vor dem Gerichtsgebäude hielten sich - teils in geringer Entfernung - Polizisten auf, ausgestattet mit Maschinenpistolen, Mannschaftswagen und Panzerfahrzeugen, sowie zivile Beamte, letztere vielfach erkennbar am Handy.

Die nationale und internationale Presse war in dem Prozeß, der insbesondere in der türkischen Presse als "historisches Ereignis" bezeichnet wurde, durch ca. 60 Journalisten vertreten.

Der Prozeß begann im Gerichtssaal. Für unsere Begriffe war der Saal schon voll, als wir ankamen, unsere türkischen Freunde schoben uns aber hinein. Es war so eng, daß ich die Arme nicht anheben konnte. Das türkische Recht erlaubt, daß während der Sitzung gefilmt bzw. fotografiert wird, so daß ein großer Teil des Raums schon von den anwesenden Journalisten eingenommen wurde.

Das Gericht war mit 3 Richtern besetzt, anwesend waren die 4 Verteidiger der Angeklagten, der Staatsanwalt sowie die Nebenkläger und ihre Rechtsanwälte. Das türkische Recht schreibt die Anwesenheit der Angeklagten nicht vor, so daß auch keiner von ihnen erschien. Begonnen wurde damit, daß das Gericht feststellte, welche Nebenklagevertreter teilnehmen. Es wurden endlos Namen verlesen, denn die Hälfte des Istanbuler Rechtsanwaltsvereins und damit ca. 300 Rechtsanwälte sind dem Verfahren beigetreten, rund 60 waren am ersten Prozeßtag anwesend. Der Vorsitzende diktierte das Protokoll, das von einer Protokollführerin auf einer

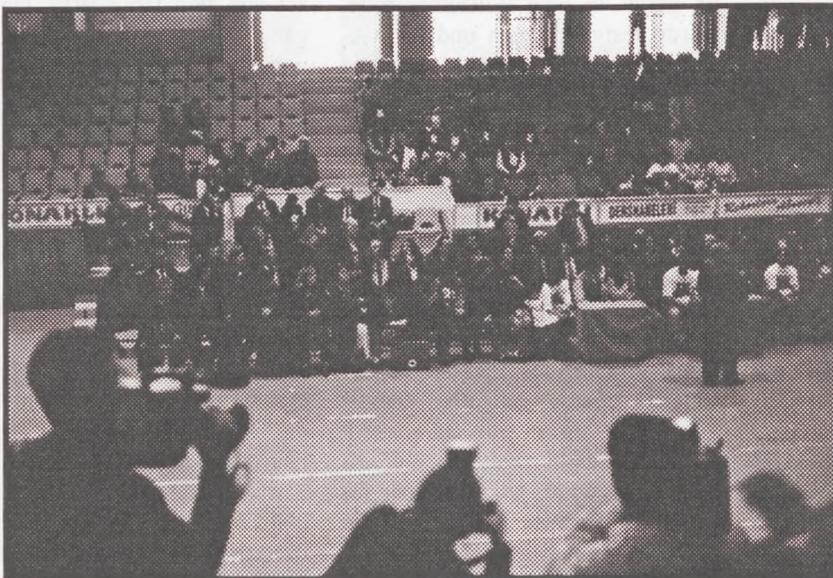
mechanischen Schreibmaschine mit Durchschlägen getippt und Seite für Seite sofort an die Prozeßbeteiligten verteilt wurde.

Aufgrund der Überfüllung des Prozeßsaales war ein ordnungsgemäßes Verhandeln nicht möglich, so daß die Sitzung unterbrochen und der Prozeß in die Sporthalle Aydins verlegt wurde. Dort wurde auf dem Spielfeld der Richtertisch aufgebaut, die Verteidiger erhielten neben Stühlen auch noch einen Tisch, die Nebenkläger und die Nebenklagevertreter mußten sich mit engen Bänken begnügen. In den Zuschauerrängen fanden die ca. 400 Zuschauer und 60 Journalisten ausreichend Platz.

Nachdem die Prozeßbeteiligten namentlich aufgerufen worden waren, die Nebenkläger Angaben gemacht hatten, begann die Beweisaufnahme. Angehört wurden 4 Zeugen. 3 von ihnen waren Journalisten, die zusammen mit Göktepe von der Beerdigung berichten wollten. Sie seien, nachdem sie schon mehrere Polizeikontrollen passiert hätten, erneut in eine Kontrolle geraten. Dort habe man von ihnen die Vorlage des angeblich erforderlichen gelben Presseausweises verlangt. Göktepe habe mit den Polizisten darüber diskutiert. Ein Polizist, dessen Foto ihnen der Vorsitzende Richter aus den Akten vorhielt und

den sie wiedererkannten, habe angeordnet, daß Göktepe verhaftet werde.

Der weitere Zeuge, der am ersten Sitzungstag vernommen wurde, der Inhaber der Zeitung Evrensel, bekundete, daß er um 14.00 Uhr über die Verhaftung Göktepes informiert worden sei und sich sofort mit dem Polizeipräsidenten und der Vorsitzenden des Presserates in Verbindung gesetzt habe. Der Polizeipräsident sei durch ihn telefonisch und per Fax und zusätzlich



Sporthalle Aydin: Die NebenklagevertreterInnen

auch von der Presseratssprecherin über die Verhaftung informiert worden. Um 17.00 Uhr habe er noch einmal mit dem Polizeipräsidenten telefoniert. Zu diesem Zeitpunkt habe dieser behauptet, Göktepe sei nicht verhaftet worden.

Am Schluß der Sitzung beantragten die Nebenklagevertreter, den Prozeß zurück nach Istanbul zu verlegen. Dies wurde damit abgelehnt, daß die Verlegung nach Aydin rechtskräftig sei. Weiterhin beantragten sie gerade auch im Hinblick auf eine drohende Verjährung der Möglichkeit der Inhaftnahme der angeklagten Polizisten noch einmal, diese festzunehmen. Sowohl der Staatsanwalt als auch das Gericht lehnten dies ab. Das Gericht wolle jedoch eventuell das persönliche Erscheinen der Angeklagten zum nächsten Termin anordnen.

Das Verfahren soll am 29.11.1996 fortgesetzt werden. Das Gericht hofft, daß zu diesem Zeitpunkt die gesamten Akten aus Istanbul und insbesondere auch der vollständige Autopsiebericht vorliegen.

Aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit war die türkische Regierung gezwungen, den Prozeß gegen die Polizisten durchzuführen. Der Versuch, die Öffentlichkeit durch die Verlegung in die Provinz faktisch auszuschließen, muß als gescheitert angesehen werden, da trotz dieser äußeren erschwerenden Bedingungen eine große Präsenz von Presse und Zuschauern gegeben war. Die Taten der folternden Polizisten werden vom türkischen Staat als kriminelle Verbrechen abgetan, tatsächlich aber handelt es sich um politische.

Menschen, die sich in der Türkei für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, indem sie an einer friedlichen Demonstration teilnehmen oder ein Schriftstück veröffentlichen, werden nach dem Antiterrorgesetz in Haft genommen, gefoltert, haben frühestens nach 15 Tagen das erstmalige Kontakt zu einem Rechtsanwalt, sitzen teilweise ohne Anklage oder Verurteilung über Jahre in Haft oder verschwinden einfach. Demgegenüber laufen die Mörder Göktepes noch heute frei herum.

Der türkische Staat versucht, durch alltäglichen Terror, insbesondere kritische Journalisten und Rechtsanwälte mundtot zu machen. Göktepe wurde in Ausübung seiner Arbeit für die Zeitung Evrensel umgebracht. Evrensel war maßgeblich an der Aufdeckung dieses Verbrechens beteiligt. Inzwischen wurde die Zeitung gerichtlich verboten. Sie konnte noch über den ersten Prozeßtag berichten, am 29.11.1996 wird sie jedoch nicht mehr existieren.

Der Termin 29.11.1996 fand nicht statt. Vielmehr wurde nun ein neues Gericht mit der Fortsetzung des Verfahrens betraut, in einer anderen Ortschaft, weit weg von Aydin gelegen.

Bericht vom 06.02.1997:

Am 06.02.1997 wurde der Prozeß gegen 48 Polizisten, die u.a. wegen der Ermordung des Journalisten Metin Göktepe angeklagt worden waren, in der Provinzstadt Afyon fortgesetzt. Zusammen mit 9 weiteren Delegationsteilnehmern - den Rechtsanwälten Cornelia Ganten-Lange, Sigrid Töpfer und Björn Stehn, den Studenten Konrad Schäfer, Mathias Giese und Fabian Rust, dem Journalisten Pascal Beucker sowie Ayla Arslan und Kemal Bozay - fuhr ich in der Zeit vom 04. bis zum 08.02.1997 zur Prozeßbeobachtung in die Türkei. Außer uns befanden sich Delegationen aus Frankreich, Belgien, Niederlande, Schweiz und Großbritannien vor Ort.

Der Prozeß wurde nach fast viereinhalbmonatiger Unterbrechung um 14.30 Uhr in Afyon fortgesetzt. Afyon ist eine kleine Provinzstadt in Anatolien, ohne Flughafen und von den Städten Istanbul, Ankara und Izmir aus schwer zu erreichen. Die Verlegung des Prozesses in einen schwer erreichbaren Ort war nicht geeignet, die Prozeßbeobachter und vor allem die internationalen Delegationen vom Erscheinen abzuhalten. Anwesend waren 2000

Prozeßbeobachter, die internationalen Delegationen sowie die gesamte türkische Presse.

Der Prozeß war von vornherein in die Sporthalle Afyons gelegt worden. Sämtliche Prozeßbeobachter wurden kontrolliert. Auf dem Weg zu den einzelnen Treppen, die zu den Rängen führten, standen Militärpolizisten mit Gewehren und auf jeder der Stufen, die zu den Sitzreihen führten, mit Schlagstöcken ausgestattet. Die Prozeßbeobachter saßen in den Rängen. Auch auf dem eigentlichen Spielfeld war Militär aufgebaut. Weiterhin hielt sich eine Einheit, ausgestattet mit Gummiknüppeln und Schilden, sichtbar in den obersten Rängen auf.

Der Richtertisch war an der einen Seite des Spielfeldes aufgebaut. Davor befanden sich, abgegrenzt durch ein 1 m hohes Gitter und umstellt von Soldaten, 18 Stühle. Es entstand der Eindruck, die angeklagten Polizisten würden erscheinen und dort Platz nehmen.

Die Familie Göktepe und die übrigen Nebenkläger wurden durch 90 Rechtsanwälte, die sich dem Verfahren als Nebenklagevertreter angeschlossen hatten, vertreten.

Für die Polizisten waren 5 Verteidiger erschienen.

Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung und erkundigte sich zunächst nach dem für die Saalordnung Verantwortlichen. Dann sprach er für die Presse die Erlaubnis aus, 15 Minuten zu filmen und zu fotografieren. Danach sei Schluß. Die Presse habe in den Rängen Platz zu nehmen. Weiterhin untersagte er Zwischenrufe und drohte damit, den Prozeß abzubrechen und um 3 Monate zu verschieben bzw. einzelne Personen entfernen zu lassen.

Nachdem die 15 Minuten um waren, forderte der Vorsitzende die Presse auf, Platz zu nehmen und das Fotografieren und Filmen einzustellen. Es ist in der Türkei grundsätzlich erlaubt, daß während der Gerichtsverhandlung gefilmt und fotografiert wird. Die Nebenklagevertreter wiesen darauf hin, daß ein großes öffentliches Interesse an der Berichterstattung über den Prozeß bestehe und daß der Richter dies nicht einfach

untersagen dürfe. Die Presse werde den ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens nicht stören. Der Vorsitzende beharrte jedoch darauf, daß die Journalisten sich setzten, und drohte nochmals mit Abbruch der Verhandlung. Die Journalisten weigerten sich zunächst, das Spielfeld zu verlassen, und übten kurzfristig einen Sitzstreik aus. Der Abbruch des Verfahrens sollte jedoch nicht riskiert werden, so daß die Journalisten sich nach ca. 5 Minuten auf die ihnen in den Rängen zugewiesenen Plätze zurückzogen. Das Filmen und Fotografieren wurde jedoch nicht eingestellt.

2 belgische Rechtsanwälte waren in Roben erschienen und hatten beim Gericht den Antrag gestellt, sie als Nebenklagevertreter zuzulassen. Das Gericht verlas diesen Antrag und gab den Prozeßbeteiligten Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Die Verteidiger reagierten mit heftigen Worten auf diesen Antrag und sprachen von "die Türkei nur den Türken" und Ausländer hätten sich nicht einzumischen. Diese Ausführungen provozierten die Prozeßbeobachter, so daß heftige Proteste und Zwischenrufe erfolgten, die aber aufgrund des Einschreitens der Nebenklagevertreter sofort wieder eingestellt wurden. Es schloß sich ein heftiger Wortwechsel zwischen Verteidigung und Nebenklagevertretung an, so daß das Gericht noch einmal massiv damit drohte, wenn dies nicht sofort aufhöre und auch die Zuschauer ihre Zwischenrufe und Unmuts- oder Beifallsbekundungen nicht unterlassen würden, der Prozeß abgebrochen werde.

Nachdem dann sämtliche Nebenklagevertreter und Verteidiger namentlich aufgerufen wurden, überreichten die Nebenklagevertreter den Antrag, die Polizisten öffentlich und vor Gericht anzuhören und sie in Untersuchungshaft zu nehmen. Im Antrag wurde gleichzeitig Protest dagegen erhoben, daß einige der Polizisten geheim und ohne Beteiligung der Nebenklagevertreter in Istanbul bzw. Eyüp vernommen worden seien. Ein erster anberaumter Termin, über den die Nebenklagevertreter unterrichtet worden waren, war abgesetzt worden. Als die Nebenklagevertreter zum zweiten

Termin erschienen waren, erfuhren sie, daß schon eine geheime Vernehmung einiger Polizisten durchgeführt worden war. Dem Gericht lag das Protokoll über die Vernehmung vor, das nach Mitteilung der Nebenklagevertreter diffus und sehr kurz sein soll. Den Polizisten sei nur die Frage gestellt worden, was sie zum Tode Göktepes sagen könnten.

Das Gericht teilte mit, daß einige der Angeklagten nicht angehört werden konnten, da ihre Adressen nicht vorgelegen hätten. Es sei insofern ein Auskunftsantrag an den Polizeipräsidenten gerichtet worden, der jedoch nicht beantwortet worden sei. Einige der Angeklagten hätten ihre Wohnung aufgegeben, ohne ihre neue Adresse mitzuteilen, einige Angeklagte seien krank gewesen. Das Gericht wies darauf hin, daß noch einige Polizisten vernommen werden müßten.

Auf Frage der Nebenklagevertretung, ob die Polizisten denn anwesend seien, antwortete das Gericht, daß es dies nicht wisse. Tatsächlich war kein Polizist anwesend. Die Verteidiger gaben zu verstehen, daß ihnen die Adressen der Angeklagten bekannt seien, sie diese aber aus Sicherheitsgründen nicht nennen würden.

Danach wurde die anstehende Beweisaufnahme durchgeführt. Anwesend waren 2 Augenzeugen. Der erste Zeuge berichtete, daß er an der Beerdigung teilnehmen wollte, festgenommen und ins Sportstadion Eyüp mit dem Bus transportiert wurde. Dort sei er mißhandelt worden. Er habe auf dem Boden gelegen und gehört, daß die Polizisten darüber sprachen, daß ein Journalist da sei, der eine Sonderbehandlung verdiene. Er habe dann mitbekommen, daß 10 Polizisten auf Metin Göktepe eingeschlagen hätten. Nachdem dieser ohnmächtig geworden sei, hätten sie versucht, ihn mit Wasser wieder wach zu bekommen. Danach hätten sie weiter mit Knüppeln auf seinen Kopf und Körper eingeschlagen. Göktepe sei wieder ohnmächtig geworden. Das Ganze sei ca. 2 bis 3 m von ihm entfernt geschehen. Er habe das Blut Göktepes gesehen. Später sei dann ein Polizist gekommen und

habe gesagt, Göktepe sei gestorben. Er selber durfte später gehen und habe dann im Flur den toten Göktepe, eingewickelt in einer Decke, liegen gesehen. Er sei sicher, die Polizisten, die auf Göktepe eingeschlagen hätten, wiederzuerkennen. Die Polizisten hätten nicht, wie es üblich ist, eine Nummer getragen, so daß er sich diese auch nicht habe merken können.

Seit seiner ersten Aussage sei er dreimal festgenommen und bedroht und gefoltert worden. Man habe ihn jeweils zur Antiterrorereinheit gebracht und dort mit Elektroschocks und Wasser mißhandelt. Einmal sei er krankgeschrieben worden. Ein weiteresmal sei er entführt worden. Man habe ihm eine Plastiktüte über den Kopf gezogen und ihm zu verstehen gegeben, daß man ihn ersticken lassen wollte. Außerdem sollte er ein Papier unterschreiben, daß er einmal im Monat einen Bericht für den türkischen Geheimdienst verfasse. Dies alles sei passiert, um ihn unter Druck zu setzen, nicht vor Gericht auszusagen.

Die Verteidigung hielt dem Zeugen vor, staatsfeindlichen, separatistischen Aktivitäten nachgegangen zu sein. Außerdem habe er seine Aussage auswendig gelernt.

Der zweite Zeuge wollte ebenfalls an der Beerdigung teilnehmen. Er sei verhaftet worden, man habe ihn geschlagen und in das Stadion Eyüp gebracht. Als er sich auf dem Korridor befand, habe er gehört, wie jemand rief: "Ich bin Metin Göktepe, ich bin Journalist von Evrensel." Daraufhin seien 8 Polizisten mit Knüppeln auf Göktepe losgegangen und hätten auf ihn eingeschlagen.

Er selber sei, nachdem er seine Aussage gemacht habe, von der Polizei bedroht und unter Druck gesetzt worden, seine Aussage vor Gericht nicht zu wiederholen.

Zum Schluß der Sitzung nahmen die Prozeßbeteiligten Stellung. Der Staatsanwalt sah keinen Grund gegeben, daß die Angeklagten verhaftet werden. Er beantragte eine Gegenüberstellung der Angeklagten und der beiden Zeugen.

Die Verteidigung sagte, daß die Polizisten mit einer Disziplinarstrafe bedacht seien. Sie würden seit

einem Jahr nur noch nach der geringeren Gehaltsstufe bezahlt. Weiterhin wies die Verteidigung darauf hin, daß Metin Göktepe an verbotenen Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen teilgenommen habe und ebenfalls staatsfeindlichen, separatistischen Aktivitäten nachgegangen sei. Er habe sich selbst zuzuschreiben, was ihm passiert sei.

Das Gericht hat beschlossen, daß in der nächsten Verhandlung die restlichen Zeugen vernommen werden und daß eine Gegenüberstellung der Zeugen und der Polizisten erfolgen soll. Da die Adressen der Polizisten teilweise nicht bekannt seien, werde ein Antrag an den Gouverneur von Istanbul gerichtet werden, die Adressen mitzuteilen. Dann werde das Gericht entscheiden, ob die Polizisten eventuell in Haft zu nehmen seien.

Der Prozeß soll in Afyon bleiben und von dem Gericht durchgeführt werden. Er soll am 11.04.1997 fortgesetzt werden.

Der Ablauf des Prozesses ist als Farce zu bewerten. Auch nach türkischem Recht ist es üblich, daß Personen, die wegen eines Tötungsdelikts angeklagt sind, in Haft genommen werden. Hinzu kommt, daß die Polizisten geheim und ohne Beteiligung der Nebenklagevertreter angehört wurden.

Die taktische Überlegung, den Prozeß in die Provinz zu verlegen und dadurch die Teilnahme von Prozeßbeobachtern zu verhindern, ist nicht aufgegangen. Meines Erachtens wurde deshalb seitens der Verteidigung durch demagogische Angriffe auf die beiden Augenzeugen und die Person Göktepes versucht, die Prozeßbeobachter zu Protestaktionen zu provozieren und dadurch einen Abbruch der Verhandlung zu erreichen. Die Verteidigung versuchte weiter, die Glaubwürdigkeit der Zeugen zu untergraben, indem sie deren politische Aktivitäten hervorhob und dadurch deren Aussagen in Zweifel ziehen wollte. Überdies versuchte sie, den toten Metin Göktepe zum Täter zu machen, der das, was ihm geschehen sei, selbst zu verantworten habe.

Die Tatsache, daß beide Augenzeugen glaubhaft schilderten, aufgrund

ihrer Aussage bedroht bzw. gefoltert worden zu sein, macht deutlich, daß mit allen Mitteln versucht wurde, diesen Prozeß gegen die Polizisten nicht stattfinden zu lassen. Wir Delegationsteilnehmer gehen davon aus, daß das Leben der Zeugen gefährdet ist. Sollte ihnen tatsächlich etwas passieren, so wäre unseres Erachtens der türkische Staat zur Verantwortung zu ziehen.

Für den Prozeß ist es dringend notwendig, daß er auch zukünftig beobachtet wird. Der Druck der Öffentlichkeit und insbesondere auch die Teilnahme ausländischer Delegationen und Journalisten vermögen die Bedeutung des Prozesses immer gegenwärtig sein zu lassen und bieten die einzige Gewähr, daß er ordnungsgemäß durchgeführt wird und nicht im Sande verläuft.

Leserbrief

Brief zum Interview mit der Irren-Offensive Datteln (AntifaZ 62):

Münster, 22.12.96

Als Ärztin, die selbst bei der Psychiatrie gearbeitet hat, finde ich es sehr interessant, die Psychiatrie aus einer anderen Sicht widergespiegelt zu sehen. Ich finde es korrekt, Institutionen erst einmal kritisch in Frage zu stellen und sich zu fragen, ob man sie wirklich braucht. Eine ähnliche Idee wie Eure Vorstellung von einem "Weglaufhaus" gibt es auch innerhalb der Psychiatrie, z.B. existiert in Bern eine sogenannte Souteria, wo Psychosekranken mit möglichst wenig Medikamenten und stattdessen mit Reizabschirmung und enger Betreuung behandelt werden. Ich denke, Psychiatriekritik kann auch für Psychiater hilfreich sein.

Trotzdem möchte ich etwas an Eurer Darstellung kritisieren, nämlich daß das, was von Euch in der Psychiatrie negativ erlebt und beurteilt wird, nur auf bestimmte Motive wie beispielsweise Bequemlichkeit oder Feigheit zurückgeführt wird. Am deutlichsten zeigt sich dies in Eurer Äußerung: Es kann vorkommen, daß auf der Psychiatrie festgestellt wird, 'der hat ja Herzrhythmusstörungen, den geben wir besser auf die Innere, wenn er dann da verreckt, ist es ja nicht unser Problem!'

Wenn ein Patient Komplikationen entwickelt und in einer anderen Fachabteilung wie Innerer Medizin besser aufgehoben wäre, sollte man ihn dort vorstellen und, wenn nötig, dorthin verlegen, damit er die bestmögliche Behandlung bekommt. Das ist selbstverständlich. Die Patienten haben ein Recht darauf, medizinisch gut versorgt zu werden. Damit will ich nicht ausschließen, daß hier oder da auch andere Motive im Spiel sind.

Mit besten Grüßen

Brigitte Elborg



AntifaZ

Ich möchte ___ Exemplare der AntifaZ abonnieren:

Vor- und
Nachnahme: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Ein Jahresabo (6 Ausgaben) kostet derzeit:

- 1 Ex.: 27,- DM (18,- plus 9,- Porto)
- 2 Ex.: 45,- DM (36,- + 9,-)
- 3 Ex.: 72,- DM (54,- + 18,-)
- je weiteres Exemplar (bis 10) 18,- DM

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn ich nicht 4 Wochen vor Ablauf des Jahres schriftlich kündige.

Widerrufsgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 10 Tagen schriftlich bei der AntifaZ-Redaktion widerrufen werden.

Datum und Unterschrift _____

Einzugsermächtigung:

Geldinstitut: _____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

KontoinhaberIn: _____

Datum und Unterschrift _____

Widerrufsgarantie: Diese Einzugsermächtigung kann innerhalb von 10 Tagen schriftlich bei der AntifaZ-Redaktion widerrufen werden.



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

70/20 Jahre Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen...

Die erste umfangreiche Aufarbeitung
der Geschichte der Roten Hilfe
— von vor siebzig Jahren und seit der
Wiedergründung vor zwanzig Jahren

Rote Hilfe e.v.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
Telefon und Fax (0431)75141



Cafe Alibi

Kaiserwall 11a
45657 Recklinghausen
☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr
Sa + So ab 18.00 Uhr